

# PROTOKOLL

über die 27. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 15. September 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,  
Gemeinderatssitzungssaal  
Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

## öffentliche Sitzung

### Anwesend

#### **BÜRGERMEISTER:**

Hermann Leithenmayr

#### **VIZEBÜRGERMEISTER:**

Erich Sablik

Dr. Leopold Pfeil

#### **STADTRÄTE:**

Ingrid Ehrenhuber

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

#### **GEMEINDERÄTE:**

Kurt Apfelthaler

Hermann Bachner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Walter Gabath

Johann Glanzer

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Engelbert Lengauer

Brigitte Lohnecker

Friederike Mach

DI Frank Mundorff

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Dr. Tilman Schwager

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Eva Scheucher

#### **VOM AMT:**

MD. Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

MR. Mag. Helmut Lemmerer

OAR Walter Kerbl

#### **PROTOKOLLFÜHRER:**

OAR Anton Obrist

Andrea Garstenauer

## Tagesordnung

- 1) Eröffnung der Sitzung,  
Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit,  
Bekanntgabe der Protokollprüfer, Angelobung eines Ersatzmitgliedes des Gemeinderates
- 2) Behandlung von allfälligen Anfragen
- 3) Mitteilung des Bürgermeisters
- 4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS  
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefassten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)
- 5) Verhandlungsgegenstände
- 6) Aktuelle Stunde

### **Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:**

- 1) SH-Erl.-2200/90 Sozialer Dienst „Hauskrankenpflege“; Urlaubs- und Krankenvertretung durch den Verein „Steyrer Heimhilfe und Hauskrankenpflege“.
- 2) GHJI-92/94 Hardwareschaden auf der Siemens-Anlage, Reparaturkosten.
- 3) Präs-1052/88 Partnerschaft für Einrichtungen, die der 3. Welt zugute kommen; Ausbildungsprojekt gemeinsam mit der Lehrwerkstätte der Steyr Nutzfahrzeuge AG.

## Verhandlungsgegenstände

gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

### Berichterstatter Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

- 1) Ha-7627/86 8. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12.1.1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien.
- 2) Präs-227/89 Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates; Ergänzung der Geschäftsordnung.
- 3) Ha-7818/91 Forelle Steyr; Ansuchen um Gewährung einer ao. Subvention.
- 4) Fin-152/94 Gasthaus Köckinger, Stadtplatz 49, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 5) Bau2-2430/92 Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus dem Objekt Dukartstr. 15; Änderung des Beschlusses des Gemeinderates vom 7.7.1994.
- 6) Bau2-1300/92 Stadtentwicklungskonzept Steyr; Antrag auf Mittelfreigabe.
- 7) Rp-2/93 Fachabteilung für Kontrolle und Revision; Jahresbericht 1993 gem. § 39 Abs. 3 StS.

### Berichterstatter Vizebürgermeister Erich Sablik:

- 8) Fin-183/94 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluß 1993; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

### Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:

- 9) Fin 55/94      *Personal-Computertreff Steyr-Münichholz; Gewährung einer Subvention.*
- 10) Fp-4341/81      *Überarbeitung des bestehenden Organisationsplanes für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr.*
- 11) Fin-89/94      *Museum Industrielle Arbeitswelt; Förderung 1994.*
- 12) Fin-161/94      *Verein Industriemuseum Steyr; Jahressubvention 1994.*
- 13) VH-6367/83      *„Prof.-Anton-Neumann-Medaille“, Vorschlag für die Verleihung 1994.*

### Berichterstatterin Stadträtin Ingrid Ehrenhuber:

- 14) Bau5-7015/91      *Kindergarten Fabriksinsel; GWG der Steyr-Daimler-Puch GesmbH, Erhöhung des Baukostenzuschusses.*
- 15) Ha-4455/91      *Lebenshilfe OÖ., Subvention für Behindertenwohnheim Gleink, 3. Teilbetrag.*

### Berichterstatter Stadtrat Roman Eichhübl:

- 16) Stadtw.-43/94      *Ausbau der Gußwerkstraße, Baulos 1994, Verlegung der Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen.*
- 17) Stadtw.-55/94      *Verwaltungsgebäude Kommunalzentrum Steyr-Tabor, Ankauf der Büromöbel für die Büroräume der Stadtwerte.*
- 18) Stadtw.-183/93      *Verlustsätze Stadtbad und Kunsteisbahn 1993.*
- 19) Stadtw.-56/94      *Städt. Gaswerk, Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges im Bereich Ennser Straße zu den Gewerbeobjekten Gleink, Vergabe der Leistungen.*

- 20) Stadtw.-57/94 Städt. Gaswerk, Neuverlegung einer Erdgasabschließungsleitung für die Lortzingsiedlung, Vergabe der Leistungen.

### Berichterstatter Stadtrat Karl Holub:

- 21) Fin-179/94 Kreditübertragung von Vst. 1/4200/04300.9 über S 150.000,- (Betriebsausstattung) auf Vst 1/4200/618000.4 (Instandhaltung von sonstigen Anlagen).

### Berichterstatter Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl:

- 22) Bau5-201/93 Kommunalzentrum, 1. Bauetappe, Adaptierung des Bürogebäudes, Vergabe weiterer Arbeiten.
- 23) Bau3-7623/89 Fußgängerübergang Plenkberg, Grundeinlöse, Endvermessung, Bauaufsicht, Schlußrechnung.
- 24) Bau4-410/91 Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr, Mittelfreigabe 1994 für Planungsarbeiten.
- 25) En-27/94 Instandhaltung der Kraftfahrzeuge der städt. Elektriker.
- 26) Bau3-6720/90 Ausbau der Feldstraße und Asphaltierung der  
Bau3-301/91 Krenn-Gründe.
- 27) BauStr-396/94 Ausbau der Gußwerkstraße BA III vom Gußwerk II bis zur Mannlicher Straße, Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe.
- 28) Bau6-6672/92 Baumaßnahmen Steyrdorf 3. Teil, zusätzliche  
Bau 3-7370/92 Straßenbau- und Pflasterungsarbeiten Schnallenberg, Antrag auf Vergabe und Mittelfreigabe.
- 29) Ges-14/94 Straßenbenennung „Krenn-Gründe“
- 30) Ges-15/94 Straßenbenennung „Auer-Gründe“

**Berichterstatter Stadtrat Leopold Tatzreiter:**

- 31) Bau2-2430/92 Errichtung eines Parkdecks im Bereich des Bahnhofes Steyr, Ankauf der hiezu notwendigen Grundstücks-  
teile von den Ehegatten Dr. Ernst und Gertraud Muigg.
- 32) ÖAG-1873/90 Hauptreparaturwerkstätte Steyr, Zahlung der zweiten  
Kaufpreisrate.
- 33) ÖAG-28/93 Stadtgut Steyr, Zahlung der zweiten Kaufpreisrate.
- 34) Bau2-6446/89 Änderung des Baurechtsvertrages mit dem Forschungs-  
und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik -  
FAZAT.
- 35) Fin-201/94 Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr,  
Errichtung von 56 Wohnungen im Sonderwohnbau-  
programm, Zusicherung eines Annuitätenzuschusses  
nach der OÖ. Sonderwohnbauförderung

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und darf Sie herzlich begrüßen. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir die Kollegen Hans Payrleithner und Wilhelm Spöck gemeldet. Nehmen die beiden Herren die Funktion an? Jawohl. Wir teilen noch mit, daß die Gemeinderäte Bremm, Huber, Jansky und Jeloucan entschuldigt sind. GR Frank Mundorff hat angekündigt, daß er etwas später kommen wird. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu einer Angelobung und zwar darf ich Ihnen mitteilen, daß mit Schreiben vom 22. August 1994 die GAL-Fraktion im Steyrer-Gemeinderat mitgeteilt hat, daß Herr Marco Vanek in der Zeit vom 5.9.1994 bis 31.3.1995 an der Ausübung seines GR-Mandates verhindert ist, weil er einen Teil seines Studiums in GB absolvieren will. Gem. § 13, Abs. 3 des Statutes für die Stadt Steyr ersucht daher die Fraktion der GAL-Steyr für die Zeit der Verhinderung von Herrn Marco Vanek zur heutigen GR-Sitzung Frau Eva Scheucher einzuberufen. Dies ist geschehen. Da Frau Eva Scheucher mit Wirkung vom 8.9.1993 auf ihr GR-Mandat verzichtet hat und damit sämtliche Rechte und Pflichten erloschen sind, ist es notwendig, sie neuerlich anzugeloben. Zur Angelobung

ersuche ich Sie, sehr geehrte Frau Kollegin Scheucher, sich von ihrem Platz zu erheben und das Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe!" abzugeben. Die Gelöbnisformel lautet wie folgt: „Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes OÖ. gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ich gelobe.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke Ihnen herzlich, wir begrüßen Sie wieder im Gemeinderat und hoffen auf gute Zusammenarbeit. Mit dem schon vierten Schreiben der GAL-Fraktion teilte diese auch mit, daß Frau Eva Scheucher an Stelle von Herrn Marco Vanek in der Zeit seiner Veränderung im Umweltausschuß, im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, im Verkehrsausschuß, Sozialausschuß, Prüfungsausschuß und im Ausschuß für die Angelegenheiten des AP tätig sein wird. Weiters wird sie Ersatzmitglied im Kulturausschuß, Wohnungsausschuß, Bauausschuß, Schule- und Sportausschuß sowie Finanz- und Rechtsausschuß sein.

Ebenso übernimmt sie die Funktion als Fraktionsvorsitzende-Stellvertreterin. Das war nur eine Mitteilung, ich nehme nicht an, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, auf einer Wahl bestehen, da hier alle Funktionen von Herrn Vanek übernommen werden. Zu Punkt 2), Behandlung von allfälligen Anfragen, darf ich mitteilen, daß Herr GR Günter Fürweger mit Schreiben vom 5.9.1994 Anfragen an Herrn Stadtrat Karl Holub gerichtet hat. Mittlerweile wurde mir kundgetan, daß auch eine ähnlich lautende Anfrage an den Herrn Stadtrat Schloßgangl ergangen ist. Bezugnehmend auf diese Anfragen muß ich Sie, Herr Kollege Fürweger, darauf hinweisen, daß nach der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr derartige Anfragen beim Bürgermeister einzubringen sind, der diese dann an die zuständigen Stadtsenatsmitglieder weiterzuleiten hat. Nachdem sich die beiden Herren Stadträte trotzdem bereiterklärt haben, diese Anfragen heute zu beantworten, darf ich den Kollegen Holub oder den Kollege Schloßgangl ersuchen, herauszutreten. In die Reihenfolge mische ich mich nicht hinein.

VIZEBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:  
Darf ich dazu etwas sagen?

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:  
Ich würde bitten, Herr  
Bürgermeister, die Anfragen zu  
verlesen, den Titel der ...

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Ja, das wird dann kommen.

VIZEBÜRGERMEISTER  
DR. LEOPOLD PFEIL:  
Jetzt, bevor ein Referent ans Podium  
kommt!

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Erlauben Sie mir fortzufahren. Ich  
hätte den Kollegen Schloßgangl  
ohnehin gebeten, weil das so  
vorgesehen ist, zunächst die Anfrage  
zu verlesen und dann seine Antwort  
zu geben. Ich gehe aber davon aus,  
weil es sich hier - wir mir gesagt  
wurde - um nahezu idente Anfragen  
handelt, daß wir beim Kollegen Holub  
vielleicht davon absehen können, bzw.  
daß er nur noch auf das Spezialthema  
in der Anfrage eingeht, sofern es bei  
ihm anders lautet. Ich habe nämlich  
nur eine dieser Anfragen, nämlich die  
vom Kollegen Holub übermittelt  
bekommen. Der Kollege Schloßgangl  
hat mir gerade erst gesagt, daß hier  
auch an ihn diese Anfrage gestellt  
wurde. Ich darf nun Herrn Stadtrat  
Schloßgangl bitten.

STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:  
Sehr geehrte Herren Bürgermeister,  
meine Damen und Herren des

Gemeinderates, liebe Gäste! Es ist von Herrn Gemeinderat Fürweger eine Anfrage an mich gerichtet worden und zwar: „Es gibt derzeit 2 Bauprojekte in Steyr, für die Sie als politischer Referent des GB f. Bauangelegenheiten zuständig sind. Es sind dies:

1) der „ewige Rohbau“ der Fa. Leimhofer in der Wehrgrabengasse 6, der seit 1987 die historische Stadtlandschaft verschandelt und

2) ein balkonartiger Vorbau aus Stahlbeton und Eloxalverkleidung am Haus Schwarz-Hofer, Stadtplatz 39, der eine Renaissancefassade verhunzt. Sehr geehrter Herr Stadtrat!

1) Wurden von Ihnen im Fall Leimhofer und im Fall Schwarz-Hofer Anzeigen wegen Nichteinhaltung von baubehördlichen Auflagen erstattet?

2) Warum wurden Sie im Falle Leimhofer - die Frist für die Fertigstellung lief im Jahre 1992 ab - nicht früher aktiv?

3) Wie konnte es überhaupt passieren, daß sich im Falle Schwarz-Hofer der Hausbesitzer ungestört - anscheinend ohne begleitende Baukontrolle der FA f. Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung - in so einer exponierten Lage über alle Vorschriften hinwegsetzte und eine Stahlbetonkonstruktion mit Eloxalverkleidung an eine Renaissancefassade anbaute?

4) Warum wurde von Ihnen in beiden Fälle die Baupolizei nicht rechtzeitig eingeschaltet?

5) Inwieweit wurde von Ihnen als zuständiger Baureferent die FA f.

Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung angewiesen, in den Fällen Leimhofer und Schwarz-Hofer aktiv zu werden?“

Ich komme zu meiner Beantwortung der Fragen. Ich möchte von hinten anfangen und zuerst auf das Bauvorhaben Schwarz-Hofer eingehen. Gleich einmal zu Punkt 5)

„Inwieweit wurde von Ihnen als zuständiger Baureferent die FA f. Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung angewiesen...?“

Bitte, für die Abteilung hätte ich eigentlich bzw. habe ich kein Weisungsrecht. Da ist ein anderer Referent zuständig, nämlich der Kollege Holub. Bezüglich der Anzeigen: Ich möchte vorab bemerken, daß ich nicht Anzeigestadtrat der Stadt Steyr bin sondern Baustadtrat, und ich pflege die Bauangelegenheiten im Konsens und natürlich in der nötigen Frist und gesetzlichen Auflage einer Erledigung zuzuführen. Im Falle Schwarz-Hofer gibt es mit Bescheid vom 16.8.1993 eine Bewilligung für einen beantragten Terrassenzubau. Der Bescheid wurde mit div. Bedingungen versehen, wie jene, daß der ständige Kontakt mit dem Referat für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Ortsbildpflege gehalten werden muß. Es hat diverse Kontakte gegeben, der zuständige Referent bzw. der zuständige Beamte hat sich des öfteren auf der Baustelle aufgehalten und mit dem Bauherrn die Bauabwicklung durchbesprochen. Es wurde ihm auch die Auflage des Denkmalamtes zur Kenntnis

gebracht, aber der Errichter, DI. Schwarz, hat sich nicht an die Baubewilligung gehalten. Er hat nicht - wie vorgeschrieben - fünf Stützen gebaut, sondern nur drei, er hat eine Eloxalverkleidung gemacht und dgl. mehr. Prinzipiell ist dazu zu sagen, daß

1) die Mindestverpflichtung, die das Bauamt und die Behörde hat, darin besteht, eine Bewilligung zu erteilen;  
2) man davon ausgeht, daß Bauherr und Baufirma konsensmäßig bauen und

3) eine Kontrolle bei der Fertigstellung bzw. bei der Kollaudierung stattfindet. Es wird in vielen Städten so gehandhabt. Wir in Steyr haben zusätzlich eine Baukontrolle; allerdings ist ein Mann, der Herr Hieß, bei über 800 Bauvorhaben terminlich und zeitlich natürlich völlig überfordert. Es ist aber die Anlage Schwarz-Hofer überhaupt nicht aus der Zeit. Am 6. Juni wurde im Bauausschuß darüber diskutiert - sie ist ja noch nicht fertig, diese Terrassenverbauung - und am 5. Juli 1994 wurde der Baubehörde von der FA f. Altstadterhaltung und Denkmalpflege zur Kenntnis gebracht, daß die ausgeführte Terrasse schwere Abweichungen vom Baukonsens aufzeigt. Nach Wahrung des gesetzlich vorgeschriebenen Parteiengehörs wurde am 3. August 1994 ein Bescheid erlassen, entweder die nachträgliche Baubewilligung zu beantragen, oder beim ausgeführten Vorbau sämtliche Elemente, die nicht dem bewilligten Einreichplan entsprechen, zu beseitigen und den

rechtmäßigen Zustand herzustellen. Fristablauf ist und damit rechtskräftig wird der gegenständliche Bescheid um den 20. Sept. 1994. In der Zwischenzeit wurde Ihr Fraktionskollege Dr. Schwager im Auftrag der Firma Schwarz vorstellig und hat nach einer Akteneinsicht darum gebeten, daß bis zum gegebenen Verlängerungstermin die geänderten Baupläne und die Baueinreichung mit dem Ansuchen nachgereicht werden. Mir ist bekannt, daß heute ein Ansuchen eingereicht wurde, es fehlen jedoch die Pläne. Diese werden - so wurde angeführt - nachgereicht. Soweit zum Bauvorhaben Schwarz-Hofer.

Nun zu dem zweiten und vielleicht viel interessanteren und etwas ausführlicheren Bauvorhaben Leimhofer. Der Kollege Fürweger ist allerdings nicht ganz informiert, er hat sich anscheinend diese Anfrage aus der Zeitung herausgenommen, in der ich einmal einem Journalisten Rede und Antwort gestanden habe. Es geht nämlich noch viel länger zurück als 1987, nur hat das damals der Journalist nicht geschrieben. Die erste Genehmigung wurde nämlich schon im Mai 1984 - noch bei meinem Vorgänger - erteilt, und zwar am 30. Mai 1984. Am 8. Juli 1987 wurde dann eine Planänderungsbewilligung verfügt, wobei verschiedene Planungsmaßnahmen, die vom Amt vorgeschlagen wurden, auch vom Bauherren berücksichtigt wurden und unter derselben Zahl eine bescheidmäßige Bewilligung erhielten. Ich möchte zur

allgemeinen Kenntnis noch einiges ausführen. Nachdem sich dieses Bauvorhaben jetzt schon 10 Jahre hinzieht, möchte ich kurz den Hergang zusammenfassen. Gemäß der OÖ. Bauordnung erlischt die Baubewilligung für ein Bauvorhaben nach dem Ablauf einer Frist von 3 Jahren nach Eintritt der Rechtskraft des Bewilligungsbescheides, also wenn nicht innerhalb dieser dreijährigen Frist mit der Ausführung des Baues begonnen wird. Die Frist für die Fertigstellung des Bauvorhabens ist über Antrag des Bauwerbers angemessen zu verlängern. Er muß glaubhaft machen, daß er an der rechtzeitigen Fertigstellung gehindert wurde und die Fertigstellung innerhalb der Nachfrist durchführen wird. Bei ungenutztem Fristablauf erlischt somit die Baubewilligung. Nun zum weiteren Verlauf und zum rechtzeitigen Einschreiten oder Anzeigen. Es hat schon viel früher, bevor die Frist abgelaufen war, am 12.12.1991 ein Gespräch mit den Fachabteilungen gegeben. Es war ein Gespräch mit dem Baurechtsamt und dem Architekten Scheuer, wo ich sie auf diese Baupläne aufmerksam gemacht habe. Da habe ich auch darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Bauvorhaben noch nicht erledigt sei. Daraufhin wurde mir mitgeteilt, welche Schwierigkeiten es mit dem Bauherren gibt. Er geht nicht auf die Vorschläge des Denkmalamtes ein. Es hat ein persönliches Gespräch mit dem Bauwerber im Frühjahr 1992

gegeben. Bei diesem Gespräch fragte ich Herrn Leimhofer, was er vorhätte und wann er endlich fertig bauen möchte. Die Stadt hat maßgebliches Interesse daran, daß diese Bauruine verschwindet. Ich habe ihm auch zugesagt, mich zu verwenden, daß er von der Stadt die größtmögliche Unterstützung bekommt. Er hat erklärt, er sei sehr stark von den Beamten udgl. behindert worden und er komme mit denen nicht zusammen. Außerdem hätte er wenig Zeit, weil er in einer Berufsausbildung steht. Er hat eine Lehrerausbildung oder so etwas gemacht. Er sagte auch, er habe sich ein Bauernhaus gekauft und sei daher jetzt - nach dieser langen Zeit - nicht mehr so stark an der Fertigstellung dieses Bauvorhabens interessiert. Ich habe dann versucht, einen Gesprächstermin mit ihm und den Beamten zu vereinbaren. Dieses Unternehmen war sehr schwierig, da er sehr viel unterwegs ist. Mit Ende Juli 1992 lief die Baubewilligung ab. Am 20. Juli hat diese Besprechung im Beisein von Herrn Leimhofer stattgefunden. Es waren auch noch der Herr Baudirektor, der Herr Architekt Scheuer und meine Person anwesend. Herr Leimhofer hat sich in Beschimpfungskanonaden gegen die Beamten und speziell gegen den Denkmalreferenten bzw. Denkmalbeamten ergangen. Ich hatte Mühe, die beiden auseinanderzuhalten, das muß ich hier ganz klar sagen. Ich habe in einem mehrstündigen Gespräch versucht, einen Konsens zu finden. Herr Scheuer hat sich noch einmal

bereiterklärt, Vorschläge zu unterbreiten, die auch auf die Wünsche des Bauherren etwas besser eingehen. Er wollte aber überhaupt nicht anerkennen, daß er zB eine Attika nicht verschließen dürfe. Er wollte die Dachform nicht akzeptieren. Er wollte die Fassade mit einer Holzverkleidung im 1. Obergeschoß nicht akzeptieren. Ich will jetzt auf die Details nicht eingehen. Auf jeden Fall war es dann am 20.7.1992 und am 24.9.1992 soweit. Herr Architekt Scheuer hat das ganze Bauvorhaben aufgenommen. Er hat den Baufortschritt aufgenommen. Am 15.10.1992 hatte ich ein Gespräch mit Herrn Scheuer, bei dem er mir die Planung bis 30.10. zugesagt hat. Das ist mittlerweile geschehen. Am 2.2.1993 war darüber ein Bericht im Bauausschuß, wo Herr Scheuer unter Pkt. 9) wieder auf die Situation hingewiesen hat. Er sagte, es müßte eine Veränderung nach seinen Vorschlägen stattfinden. Sollte dies nicht geschehen, müßte man härter durchgreifen. Am 5.4. gabe es eine neue Lokalverhandlung. Am 19.4. erging ein Baubescheid. Herr Leimhofer hat dagegen berufen. Am 3. Sept. 1993 hat der Stadtsenat die Berufung abgelehnt. Inzwischen hat Herr Leimhofer am 13.8. eine neue Einreichung mit den Vorschlägen des Herrn Scheuer eingebracht, die natürlich einige Zeit ruhte, da das Berufungsverfahren noch nicht abgeschlossen war. Am 23.3.1994 hat das Land den Bescheid des Stadtsenates - also die Ablehnung der

Berufung - bestätigt. Er war auch noch beim Land vorstellig. Am 5.7. hat dann der Architekt Scheuer die Stellungnahme zu der neuen Einreichung abgegeben. Diese Variante ist dann in die Endbegutachtung gegangen. Am 6. Sept. 1994 war die Bauverhandlung und in ca. 4 Wochen ist mit einem positiven Baubewilligungsbescheid zu rechnen. Soweit meine Stellungnahme. Ich möchte Ihnen, Herr Fürweger, nicht verschweigen, daß - wenn Sie Pech haben und der Herr Leimhofer im Laufe der Zeit kein Geld mehr hat - Sie wieder bis zu drei Jahren auf die Fertigstellung warten. Wenn Sie dann noch mehr Pech haben und in den nächsten drei Jahren nicht mehr im Gemeinderat sind, erleben Sie die Fertigstellung nicht mehr als Gemeinderat. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke.

GEMEINDERAT  
GÜNTER FÜRWEGER:  
Der Stadtrat ...

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Bitte die Frage! Das war keine Frage!

GEMEINDERAT  
GÜNTER FÜRWEGER:  
Nicht erkannt ...

STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Aber bitte, Sie haben den ganzen Aktenlauf dezitiert gehört! Ich kann weder in ein Beamtenverfahren noch in ein gesetzliches Verfahren eingreifen. Auf jeden Fall glaube ich, kann man hier von einer Inaktivität nicht sprechen. Ich möchte einmal sehen, daß Sie sich um irgendeine Sache so bemühen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals dem Kollegen Schloßgangl. Ich bitte den Kollegen Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium! Mit Schreiben vom 5.9.1994 ergeht an mich auf dem Briefpapier der freiheitlichen Partei Österreichs, Geschäftsstelle der FPÖ, 4400 Steyr, Stögerstraße 5, die fast gleiche Anfrage, wie sie Stadtrat Schloßgangl schon verlesen hat:

„Sehr geehrter Herr Stadtrat! Gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes richte ich folgende schriftliche Anfrage an Sie: Es gibt derzeit zwei Bauprojekte in Steyr, für die Sie als politischer Referent für Denkmalschutz zuständig sind. Es sind dies

- 1) der „ewige Rohbau“ der Firma Leimhofer in der Wehrgrabengasse 6, der seit 1987 die historische Stadtlandschaft verschandelt und
- 2) ein balkonartiger Vorbau aus Stahlbeton und Eloxalverkleidung am Haus Schwarz-Hofer, Stadtplatz 39, der eine Renaissancefassade verhunzt.

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

1) Wurden von Ihnen im Fall Leimhofer und im Fall Schwarz-Hofer Anzeigen wegen Nichteinhaltung von Denkmalschutzaufgaben erstattet?“, hier weicht es also ab.

„2) Warum wurden Sie im Fall Leimhofer, die Frist für die Fertigstellung lief schon im Jahr 1992 ab, ....“, hier gleichen sich die Texte.

„3) Wie konnte es überhaupt passieren, daß sich im Falle Schwarz-Hofer der Hausbesitzer ungestört - anscheinend ohne begleitende Baukontrolle der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung - in so einer exponierten Lage über alle Vorschriften hinwegsetzte und eine Stahlkonstruktion mit Eloxalverkleidung an eine Renaissancefassade anbaute?“ Hier endet die Frage mit den Worten: „Ich ersuche Sie, diese Anfrage bei der nächsten GR-Sitzung zu beantworten.“ Die Fragen 4) und 5) waren lediglich an den Kollegen Schloßgangl gerichtet. Er hat sie auch beantwortet. Zur Frage 3), damit wir bei der geübten Reihenfolge von hinten nach vorne bleiben: Verehrter Herr Kollege Fürweger, oder verehrte freiheitliche Partei! Wie konnte es ...

Unverständlicher Zwischenruf.

Ihr müßt intern klären, wer das Briefpapier verwendet! Ich glaube, das wäre irgendwo notwendig, denn wenn ich das Briefpapier meiner Bank für ein privates Schriftstück verwenden würde, müßte ich mich

auch rechtfertigen. Ich zerbreche mir nicht den Kopf der freiheitlichen Fraktion, die wird das schon selber in Ordnung bringen. Wie es überhaupt passieren konnte, daß Schwarz-Hofer als Hausbesitzer ungestört bauen konnte, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Hätte ich eine Antwort, hätte ich ihn selbst gestört und mich womöglich der Besitzstörung schuldig gemacht. Das wollte ich durchaus nicht. Ich habe aber schon in seiner Bauzeit wiederholt die Denkmalschutzbeauftragten der Stadt auf die Bautätigkeit aufmerksam gemacht. Ich wurde dahingehend belehrt, daß es eine gültige Baubewilligung gibt. Wie schon von Herrn Stadtrat Schloßgangl erwähnt, wurden die Bausünden erst nach der Fertigstellung festgestellt. Man stellte fest, daß die Durchführung der Baumaßnahmen mit der bewilligten Baumaßnahme nicht konform geht. Daraufhin wurden Aktionen seitens der Denkmalschutzbehörde gesetzt. Die verständigten die Baurechtsamtsbehörde und die Vollzugsbehörden. Aber auch das haben wir schon gehört. Zu 3) möchte ich noch einiges sagen: Ich kann mir persönlich nicht erklären, wie es dazu gekommen ist, daß die Baukontrollbeamten der Stadt Steyr täglich an dieser Baustelle vorbeigingen, ohne etwas zu bemerken. Man hätte sehen müssen, daß das Bauwerk nicht so aussieht, wie es bewilligt wurde. Ich kann Ihnen aber auf die Frage, warum das so ist, daß es nicht aufgefallen ist, keine Antwort geben. Ich lade Sie daher herzlich ein, die Fragen

persönlich an die Baukontrollbeamten zu richten.

Zu Frage 2): „Warum wurden Sie im Falle Leimhofer, die Frist für die Fertigstellung lief im Jahr 1992 ab, nicht früher aktiv?“ Ihr spätes Kommen, Graf Isulan, entschuldigt Euer Säumen!“, heißt es in Wallenstein. Sie sind deshalb in der Lage, diese Frage zu stellen, weil Sie in der vergangenen Periode dem Gemeinderat noch nicht angehört haben und daher nicht wissen konnten, wie oft sich die entsprechenden Gremien der Stadt mit dem Bauvorhaben Leimhofer schon auseinander gesetzt haben. Eine kleine Aufzählung hat Ihnen Herr Stadtrat Schloßgangl aus der jüngeren Periode geliefert. Mit Dingen aus der abgelaufenen Periode möchte ich die Damen und Herren des Gemeinderates, die das seinerzeit miterlebt haben, nicht mehr langweilen. Ich bin auch davon überzeugt, daß das keinen Menschen mehr ernsthaft interessiert. Es hat jeder Mensch wahrgenommen, daß der Hauseigentümer den Aufforderungen nicht näher Folge geleistet hat. Es waren also sehr unerquickliche Telefonate, die ich selbst auch noch in der abgelaufenen Periode entgegennehmen mußte. Es kamen Anrufe vom Hauseigentümer und natürlich auch von Leuten, denen das nicht nur im Jahr 1994 aufgefallen ist. Fest steht, wenn einer nichts tut, dann passiert auch nichts. Der Herr Hausbesitzer hat sich also den ständigen Aufforderungen der Behörden, die mit ihm beschäftigt

waren, ganz einfach durch Untätigkeit widersetzt. Warum ich nicht früher aktiv wurde, kann ich also in diesem Sinn nicht beantworten. Ich war früher schon aktiv. Wenn Sie das nicht wissen, kann ich nichts dafür. Ich würde Sie bitten und auch sehr höflich ersuchen, mich nicht für Ihre Unwissenheit verantwortlich zu machen. Wurden von Ihnen im Fall Leimhofer und im Fall Schwarz-Hofer Anzeigen wegen Nichteinhaltung von Denkmalschutzauflagen erstattet? Ei freilich, über das Thema Anzeigen haben wir vermutlich in unserem Rechtsgefühl ein unterschiedliches Verständnis. Ich habe die Denkmalschutzbehörden als zuständiger Referent damit wiederholt befaßt, bin aber nicht so sehr ein Anhänger des Ordnungsstaates. Es ist nicht meine Mentalität, alles sofort über das Gericht zu verhandeln. Aber es dürfte anscheinend Ihre sein. Die Denkmalschutzauflagen sind zweifellos nicht eingehalten worden, das ist ein sehr beklagenswerter Zustand. Hier teile ich Ihre Ansicht. Ich kann Ihnen nicht einmal dankbar sein dafür, daß Sie mit dem Schreiben vom 5.9.1994 Gelegenheit gegeben haben, hier zu sagen, daß man mit dem Vorgang nicht zufrieden ist, weil das schon viele Jahre hindurch geschehen ist. Ich hoffe, daß die Anfrage damit beantwortet ist. Ich möchte Ihnen aber noch einen kleinen Tip am Rande mitgeben: Bevor man den Weg über spektakuläre Anfragen in den Gemeinderat geht, wäre es angebracht, sich vorher direkt zu

erkundigen. Dies wäre durchaus auch eine Frage des zwischenmenschlichen Umgangs gewesen. Außerdem wäre es ganz gut, wenn Sie sich in Ihrer Fraktion erkundigen könnten, welche Vorschriften die Geschäftsordnung aufweist, wenn Sie eine Anfrage im Gemeinderat einbringen möchten oder etwas mit Hilfe von Anfragen wissen möchten. So würden wir dem Gemeinderat Situationen wie diese ersparen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, die Anfragen sind beantwortet worden. Ich darf nun mit Punkt 3) Mitteilungen des Bürgermeisters zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage fortfahren. Es ist zu berichten, daß Ende August 3468 Personen arbeitslos gemeldet waren. Das sind 122 mehr als im Vormonat, im Jahresvergleich aber um 531 weniger. Die Arbeitslosenquote liegt bei 8,4 %. Das ist natürlich nach wie vor ein Spitzenwert in Oberösterreich. Der Anteil der arbeitslosen Ausländer ist gegenüber dem Vormonat um 44 auf 183 Personen gestiegen. Bei den älteren Arbeitslosen, das sind jene, die 50 Jahre und älter sind, sinkt die Zahl weiter. Im August dJ. im Vergleich zum Vorjahr waren um 215 Personen weniger vorgemerkt. Ich darf Ihnen berichten, daß uns Herr Finanzminister Dkfm. Lacina am 25. August 1994 besucht hat. Er war im Finanzamt und auch im Forschungszentrum für Arbeit und

Technik. Er hat die Projekte, die dort betrieben werden, angefangen bei der Fachhochschule bis hin zum VPTÖ und der regionalen Förderung etc. vorgestellt bekommen. Er war sehr beeindruckt. Er hat positiv registriert, daß hier in der Krisenregion Steyr etwas passiert. Es gibt andere Regionen, die auch Strukturprobleme haben und auch versuchen, sich selbst zu helfen. Er hat diese Projekte als durchwegs förderungswürdig erklärt. Wir haben in diesem Zusammenhang noch einmal über die Vorfinanzierung der Nordspange gesprochen. Es wurde ja durch die Presse bekannt, daß der Abgeordnete Murauer gesagt hat, daß es hier Probleme geben wird. Es wurde am 18. Juni schon vereinbart, daß wir die Vorfinanzierung durch die Stadt, aber mit Genehmigung vom Finanzministerium durchführen. Er hat dies neuerlich bestätigt, wird uns schriftlich diese Zusage mitteilen und uns auch seine Spitzenbeamten nennen, mit denen die Vorfinanzierungsvereinbarungen konkret abgeschlossen werden sollen. Ich darf berichten, daß wir dazu auch das Land mit einbinden müssen, weil es durch drei Körperschaften, nämlich durch die Stadt, das Land und den Bund abgesegnet werden muß. Ich darf Ihnen weiters berichten, daß im Zusammenhang mit der Errichtung der Bahnhofsüberbauung gewisse Probleme aufgetaucht sind. Die haben Ihre Ursache im Innenverhältnis der Bundesbahn. Ich habe aus diesem Grund den Baudirektor der ÖBB, Herrn Dr.

Ebner, eingeladen. Er war auch am 22.8. dJ hier im Rathaus. Wir haben mit ihm und seinen Mitarbeitern von der ÖBB Generaldirektion (Landesdirektion in Linz) das Problem und die weitere Vorgangsweise besprochen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß hier von der ÖBB-Direktion OÖ. das Projekt weitergereicht wurde. Aber nicht wie besprochen an das Ministerium, sondern an die Generaldirektion. Hier wurde von der Innenrevision der ÖBB mitgeteilt, daß eine eisenbahnrechtliche Verhandlung die Voraussetzung für die Errichtung des Baues ist, aber diese nur dann denkbar ist, wenn vorher die Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund, Land und der Stadt auf Basis der echten Kosten abgeschlossen ist. Wobei hier die Ausschreibung, die die echten Kosten bringen würde, nicht möglich ist, bevor die Verhandlung abgeführt wird. Also haben wir es hier mit einem sehr komplexen und schwierigen organisatorischen Dickicht zu tun. Die Stadt hat daher nach langen Gesprächen beschlossen, das Projekt direkt über die ÖBB einzureichen, das heißt, es ist zunächst ein bahnfremdes Projekt. Auf diese Art können wir nämlich die Kosten erheben und dann kann die weitere Vorgangsweise eingeleitet werden. Die Kosten haben sich hier nach oben hin entwickelt. Es gab einige Umstände, die vorher in dieser Form nicht abzusehen waren. Ich darf erinnern, daß die 80 Mio. Schilling die Schätzbasis der ÖBB gewesen ist. Von dieser Basis sind wir

ausgegangen. Im Zuge der Planung wurde natürlich mitgeteilt, daß hier die Gesellschaften Post und Bahn gewisse Voraussetzungen fordern, die sich auf der Kostenseite niederschlagen. Es sind auch bahneigene Maßnahmen für die Modernisierung des Bahnhofes mit eingeflossen. Diese alleine machen eine Summe von S 17 Mio. aus. Es ist soweit gegangen, daß ein zusätzliches Schleppgleis im Raum Münichholz errichtet werden muß. Dieses ist nach intensiven Verhandlungen und Gesprächen notwendig. Wir haben daher angeordnet, daß das Projekt auch noch einmal auf der Kostenseite durchleuchtet werden soll. Es soll auch wenn möglich abgespeckt werden, aber ohne die Funktionen dabei zu verlieren. Das passiert in diesen Wochen, aber dann soll die Einreichung erfolgen. Wir gehen davon aus, daß hier ein Baubeginn ca. im Februar-März des kommenden Jahres möglich sein wird. Eine Fertigstellung wäre unter diesen Umständen im Oktober 1996 zu erwarten. Meine Damen und Herren, das waren die Mitteilungen. Zu Pkt. 4): Ich darf Sie bitten, die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen. Ich beginne mit Tagesordnungspunkt 5) Behandlung der Verhandlungsgegenstände und übergebe den Vorsitz an den Kollegen Sablik.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche um Ihren Vortrag.

BERICHTERSTATTER

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der 1. Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit der Freigabe der 8. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12.1.1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht für Heimplätze der WIST-Wien. Wir haben mehrmals über diese Thematik diskutiert, der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) Ha-7627/86

8. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12.1.1978 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht der Heimplätze der WIST in Wien.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 5.3.1987 wurde dem Verein „Wirtschaftshilfe der Studenten OÖ.“ in Linz für das dauernde Einweisungsrecht auf 40 Heimplätze für Steyrer Studenten ein jährlicher Kostenbeitrag auf die Dauer von 10 Jahren zugesichert. Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 5. Juli 1994 wird der Freigabe der für das Jahr 1994 erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 284.400,-- zugestimmt. Die genannten Mittel werden in diesem Ausmaß von S 284.400,-- von der entsprechende VAST. freigegeben. Ich bitte, die Debatte darüber abzuführen und die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Gemeinderat Lengauer meldet sich zu Wort. Wünscht noch jemand das Wort?

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Wir werden dem Antrag zustimmen, da ja der Kostenbeitrag aufgrund von Verträgen zu leisten ist. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang Wünsche deponieren. Ich hätte eine Frage bezüglich der Vergabe der Heimplätze der Stadt Steyr. Ich ersuche auch, daß die Mitteilung der Namen rechtzeitig erfolgt. Ich würde auch ersuchen, die Kriterien für die Reihung der Heimplätze bekanntzugeben. Mit „rechtzeitig“ meine ich vor Mitteilung an die Bewerber. Das sind meine Wünsche zu diesem Antrag. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine weiteren Wortmeldungen? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann dazu nur sagen, daß die Bewerbungen in einem gewissen zeitlichen Abstand einlaufen. Zum Teil sind es Bewerber, die bereits in diesen Heimen untergebracht sind, zum Teil sind es neue Bewerber. Wir können ja nur im Rahmen der für uns im Zuge dieses Vertrages

zugesicherten Plätze wiederum Plätze weitergeben. Diese Plätze werden frei, wenn jemand mit dem Studium fertig ist. Somit können zusätzliche oder neue Plätze vergeben werden. Wir gehen bei der Reihung ausschließlich und ohne Ausnahme nach sozialen Gesichtspunkten vor. Es ist hier bei der Bewerbung eine Einkommensbestätigung der Familie vorzulegen und die Reihung wird nur nach diesem Kriterium vorgenommen. Es gilt aber auch nur für Bewohner der Stadt Steyr, also Bürger dieser Stadt. Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang mitteilen, daß wir heuer nur zwei freiwerdende Plätze gehabt haben und dafür 12 oder 13 Bewerber. Wir hätten aufgrund dieses Vertrages nur zwei solche Plätze vergeben können. Ich habe aber aufgrund der guten und intensiven Beziehungen zu einem anderen Haus, nämlich dem WIST-Haus, allen Bewerbern in Steyr die Möglichkeit verschafft, so einen Heimplatz in Wien zu bekommen. Die Familien sind sehr erfreut darüber. Sie wissen ja, wie das ist, wenn man einen jungen Menschen hat, der in die große Stadt gehen muß. Wenn er dann kein Quartier vorfindet, macht man sich Sorgen. Wenn man die Kosten von privaten Wohnungen bedenkt, ist ein Heimplatz schon besser. Ich persönlich bin sehr glücklich und froh darüber, daß es nach vielen Diskussionen doch zu einem Mehrheitsbeschluß gekommen ist. Ich bin auch froh darüber, daß wir nicht nur in Wien, sondern auch in Linz, in Salzburg, in Graz und in

Innsbruck Heimplätze bekommen haben. Ich halte das für einen ganz wichtigen Beitrag. Die Jugend gehört bei ihren Ausbildungsmöglichkeiten gefördert und die Stadt setzt hier - glaube ich - Geld in einer sehr sinnvollen Art und Weise ein. Ich würde Sie nunmehr bitten, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Tagesordnungspunkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt beschäftigt sich mit der Änderung der Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates im Zusammenhang mit der Ergänzung der Geschäftsordnung.

2) Präs-227/89

Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates;

Ergänzung der Geschäftsordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 13. Juli 1994 werden die in der Anlage beigeschlossenen Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates für den beim Magistrat der Stadt Steyr eingerichteten Gestaltungsbeirat beschlossen. Die Kundmachung dieser Statuten hat durch Anschlag

an der Amtstafel der Stadt Steyr über eine Dauer von 2 Wochen zu erfolgen. Die Statuten treten mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung in Kraft. Mit gleichem Datum tritt die mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr am 21.1.1993 erlassene Geschäftsordnung für den beim Magistrat der Stadt Steyr eingerichteten Gestaltungsbeirat außer Kraft.

Ich bitte Sie auch hier, dem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen zu diesem Punkt? Herr Dr. Pfeil, Herr Dr. Schwager und Herr GR Payrleithner.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bin sehr froh darüber, daß diese Richtlinien über die neuen Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungsbeirates heute im Gemeinderat so beschlossen werden. Es ist ein sehr guter Vorschlag. Unsere Fraktion stimmt dem gerne zu. Einige Änderungen bzw. Gespräche werden vielleicht in absehbarer Zukunft noch notwendig sein. Zum Beispiel fehlen mir ein paar feine Details. Wir haben im Stadtsenat darüber gesprochen, daß Flüchtigkeitsfehler bis zur heutigen GR-Sitzung ausgetauscht werden. Ich habe keinen Austausch

bekommen. Ich weiß nicht, wie es den Kollegen im Gemeinderat diesbezüglich geht. Ein Beispiel: Es heißt auf Seite 4 unten bei Punkt 3.1. „mit der Größe von 7000 m<sup>2</sup>“. Es muß natürlich heißen „ab der Größe oder über der Größe von 7000 m<sup>2</sup>“. Wir haben gesagt, das ist kein Problem, das kann im Gemeinderat ausgetauscht werden. Solche Flüchtigkeitsfehler sollten dann auch tatsächlich korrigiert werden. Nein, ich habe es mir extra aufgeschrieben, Herr Magistratsdirektor. Sie haben gesagt „...werden vom Amt aus für den Gemeinderat vorbereitet“, in derselben Art und Weise, wie wir es beim Katastrophenhilfsdienst gemacht haben. Da ist heute ein Austausch vorgenommen worden. Nun zum Grundsätzlichen. Der Eishallenbau hätte selbstverständlich über den Gestaltungsbeirat laufen müssen, das steht außer Diskussion. Ich glaube, wir hätten dadurch eine bessere Lösung bekommen. Ein Problem sehe ich noch, nämlich wie man dann mit dem Ergebnis des Gestaltungsbeirates umgeht. Wenn dann gesagt wird, aus Kostengründen nehmen wir doch das andere, finde ich das nicht richtig. Ein gutes Beispiel dafür ist auch das Bahnhofsparkdeck. Hier sieht man schon vor dem ersten Spatenstich, daß uns auch bei diesem Projekt die Kosten davonlaufen werden. Wir werden heute noch ein bißchen über das Bahnhofsparkdeck diskutieren, denn da habe ich schon Bedenken. Ich bin einerseits froh, daß es gekommen ist, aber wir sollten auch eine Regelung finden, wie wir dann mit

den gefaßten Ergebnissen umgehen. Es ist nicht ausdiskutiert, was passiert, wenn man einige Projekte - wie es jetzt passiert ist - bis zu siebenmal im Gestaltungsbeirat hat, obwohl das Projekt schon positiv beurteilt wurde, aber nur aus Kostengründen vom Werber wieder abgesetzt worden ist. Da frage ich mich als Steuerzahler, ob da nicht etwas geändert gehört, ob man so etwas nicht kostenpflichtig machen soll. Es kann ja nicht sein, daß jemand ein Projekt einreicht, dann wird es zum drittenmal genehmigt und dann sagt der Bauherr, es sei ihm zu teuer. Da werden wir vielleicht noch etwas diskutieren müssen, aber in Summe bin ich sehr froh darüber. Ich möchte mich von dieser Stelle aus bei Herrn Dr. Kaiser bedanken. Wir können mit dieser Lösung gut leben. Wir stimmen diesem Antrag zu. Schönen Dank.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT  
DR. TILMAN SCHWAGER:  
Hohes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich kann mich dem Lob meines Vorredners nur anschließen. Es war ein Werk, auf das wir schon lange hingearbeitet haben und auf das wir uns schon lange

gefremt haben. Aber wie man so schön sagt: Gut Ding braucht Weile. Aber die Weile hat natürlich wieder einen Nachteil gehabt, nämlich daß sich die Rechtslage, auf die sich diese Statuten stützen, mit 1.1.1995 gewaltig ändert. Die Damen und Herren Beamten sind aufgerufen, sich jetzt - nachdem die Landesgesetzblätter 66 und 67 aus 1994 gedruckt und sicherlich auch hier schon im Amte bekannt sind - damit einmal auseinanderzusetzen. Wir haben ab 1.1.1995 eine neue Bauordnung und die Bauverordnung wird es ab 1.1.1995 nicht mehr geben. Es wird nur mehr ein Bautechnikgesetz geben. Das wurde im Landesgesetzblatt 67/1994 veröffentlicht. Daß sich auch im Ingenieurkammerwesen in der Zwischenzeit einiges geändert hat, sei hier nur am Rande angemerkt. Aber das sind halt die Peinlichkeiten, wenn etwas allzulange dauert. Aber trotzdem gilt unser Lob und unser Dank den Beamten. Darum werden wir gerne diesem Antrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Gemeinderat Payrleithner.

GEMEINDERAT  
HANS PAYRLEITHNER:  
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Statuten über den Wirkungsbereich des Gestaltungs-

beirates waren schon des öfteren Thema bei GR-Sitzungen. Ich bin wirklich sehr froh, daß es heute zu dieser Beschlußfassung kommt. Keine Angst, Herr Bürgermeister, ich fange jetzt keine Diskussion über die Kunsteishalle an. Aber die großen Bausünden müssen aufgezeigt werden. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, daß hier baulich eine Veränderung bzw. Richtigstellung stattfindet. Die würde dann über den Gestaltungsbeirat abgewickelt werden. Dies wäre eine tolle Angelegenheit und erscheint mir auch ganz wesentlich. - Vielleicht im Hinblick auf die Diskussion, die wir heute am Anfang der GR-Sitzung gehabt haben, nämlich auf diese konsenswidrige Errichtung einer Terrasse an einer Renaissancefassade im Kernbereich der Altstadt. Auf Seite 5 Pkt. 3.3. steht: „Die bauliche Bedeutsamkeit eines Projektes in bevorzugter Lage ...“ usw. Ich glaube, alleine schon damit können wir hoffen, daß wir in Zukunft derartiges ausschließen können.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich freue mich, daß hier eine einhellige Zustimmung zu erwarten ist. Es war ja nicht sehr einfach, diese Statutenänderung und

Geschäftsordnungsänderung über die Bühne zu bringen. Wir haben viele Diskussionen abgehalten. Ich bekenne mich absolut zum Gestaltungsbeirat, was nicht ausschließt, daß auch hier im Gemeinderat nach wie vor Meinungen zur Entwicklung dieser Stadt nicht nur geäußert werden sollen, sondern sogar geäußert werden **müssen**. Wir können es uns natürlich nicht so leicht machen, daß wir einfach die Verantwortung, die der Gemeinderat zu tragen hat, auf ein Fachgremium von einigen Architekten delegieren. Diese Fachmeinung ist sehr gefragt. Ich erhoffe mir davon eine Katalysatorwirkung. Es soll damit qualitativvolles Bauen geschehen können. Wir wissen natürlich alle, daß die Bauwerber in Wirklichkeit eine starke Position haben. Das sind nämlich diejenigen, die diese Bauvorhaben finanzieren müssen. Wir müssen daher alle Beteiligten hören, und dann soll miteinander ein Ergebnis zustande gebracht werden. Es soll qualitativvolleres Bauen als in der Vergangenheit entstehen. Was die Bausünden anbelangt: Es sind natürlich dort und da welche begangen worden. Wir müssen diese Bausünden aber auch aus der Sicht der damaligen Zeit beurteilen. Wahrscheinlich waren in den 60iger Jahren oder noch früher die Bedürfnisse noch andere. Man hat auf die Qualität nicht soviel Wert gelegt, aber auch das Geld wurde dafür nicht aufgewendet. Aber eines möchte ich sagen: Die Bausünden, die in jüngerer Vergangenheit geschehen

sind, die sind nicht von irgendwelchen Gemeinderäten oder Mitgliedern des Stadtsenates oder vergangenen Bürgermeistern begangen worden. sind nämlich mit einer einzigen Ausnahme - soweit mir bekannt ist - von einem unserer Vorgänger, dem Gottfried Heuberger begangen worden. Das waren aber auch keine Baumeister oder Architekten, die die Zeichnungen selber gemacht haben. So entstand so manche dieser Bausünden, über die wir heute nicht gerade erfreut sind. Aber die meisten Bausünden sind von Baumeistern oder von Architekten gemacht worden. Die haben nämlich diese Bauwerke geplant. Daß wir es zur Ausführung kommen ließen, ist vielleicht eine kleine Teilschuld, die uns oder Vorgänger trifft. Es ist nur wichtig, daß wir das in der richtigen Gewichtung betrachten. Ich möchte zum Schluß noch sagen, daß die Ausführungen von Dr. Schwager im Hinblick auf die Veränderung in der Bauordnung natürlich gerechtfertigt sind. Wir haben das Thema auch im Stadtsenat erörtert und es ist bei der Beschlußfassung im Stadtsenat abverfügt worden, daß eine nochmalige Überprüfung im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Bauordnung vorgenommen wird. Diese Prüfung ist durchgeführt worden und es ist uns bis jetzt noch nicht bekannt gemacht worden, ob hier irgendwelche Adaptierungen notwendig sind. Wir können heute davon ausgehen, daß sich diese neue Geschäftsordnung und das Statut mit der neuen Bauordnung im Einklang

befinden. Daher, meine Damen und Herren, hoffe ich, daß Sie dieser neuen Geschäftsordnung Ihre Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer gibt dem Antrag die Zustimmung, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Ansuchen einer außerordentlichen Subvention an die Forelle Steyr, die bekanntlich ein neues Clubhaus der Sektion Tennis bauen möchte. Es wird hier folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Behandlung gerichtet.

3)Ha-7818/91

Forelle Steyr - Ansuchen um

Gewährung einer ao. Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 27. Juni 1994 wird der Forelle Steyr für den Neubau des Clubhauses der Sektion Tennis eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 500.000,-- gewährt, wobei 1994 S 300.000,-- und 1995 S 200.000,-- zur Auszahlung gelangen. Zum genannten Zweck werden für das Jahr 1994 Mittel im Ausmaß von S 300.000,-- bei der VAST.

1/2690/777000.5 in Form einer Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Pfeil am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Es fällt mir schwer, jemanden zu kritisieren, wenn er nicht anwesend ist. Herr Stadtrat Zagler hat sich offensichtlich für eine Zeit entschuldigt. Ich hoffe, nicht aus diesem Grund. Ich möchte nicht über oder gegen oder für die Forelle sprechen, sondern ich möchte über die Budgetsituation sprechen. Es gibt hier eine Weisung, die von der Finanzbehörde im Hause gedeckt ist. Diese Weisung geht vom Finanzstadtrat aus. Sie lautet, daß keine Kreditüberschreitungen kommen sollen. Wir haben aber ständig seit Jänner dJ. Kreditüberschreitungen auf der Tagesordnung stehen. Wenn selbst Herr Stadtrat Zagler - ich muß ihn kritisieren, auch wenn er nicht da ist - im Stadtsenat sagt, das sei ein Fehler im Budget, dann bitte ich Ihn von dieser Stelle aus, das neue Budget für 1995 besser zu planen. Es soll nicht mehr vorkommen, daß wir laufend mit Budgetüberschreitungen zu tun haben. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Unser Problem ist es, daß unsere Stadtsenatsmitglieder nicht hauptberuflich tätig sind. Seine Hauptberuflichkeit hat den Kollegen Zagler daran gehindert, der ganzen Sitzung beizuwohnen. Er ist nur vorübergehend nicht da. Es gibt halt einmal die Situation - gerade bei einem Direktor einer HAK -, daß bei Schulbeginn zeitliche Probleme auftreten. Es gibt Termine, bei denen er dabei sein muß. Man muß sich dann eben zwischen Haupt- und Nebenberuf entscheiden. Es ist halt ein Unterschied, ob jemand ein Schuldirektor ....

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Außerdem kommt er in kürzester Zeit wieder! Es ist ja nur eine vorübergehende Abmeldung. Ich glaube, es ist unwürdig, jemanden vorwerfen zu wollen, daß er auch einen Hauptberuf hat! So, Herr Gemeinderat bitte!

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Auch unsere Fraktion hat eine Kritik anzubringen. Nicht deswegen, weil der Herr StR. Zagler nicht da ist, sondern weil wir meinen, daß das Budget besser geplant werden muß. Ich habe damals bei der Budgetrede gesagt, mir kommt es so vor, daß manches nicht richtig

durchgeplant ist. Dieser Punkt 3) heute zeigt uns das wieder ganz klar, ebenso der Punkt 32). Vielleicht haben wir dann die Möglichkeit, vielleicht ist dann der StR. Zagler da, daß wir beim Punkt 32) darauf hinweisen können, daß hier eine Tatsache besteht, die bei der Budgetabfassung klar war. Es war klar, daß das zu bezahlen ist. Warum das dann nicht ins Budget hineinkommt, weiß ich nicht. Wir müssen darauf hinweisen, denn jetzt gibt es wieder neue Budgetplanung. Wir ersuchen, daß Dinge, bei denen es klar ist, daß sie bezahlt werden müssen, eingeplant werden. Das weiß auch ich als Nicht-Kaufmann.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Die Erklärung von VbGm. Sablik hat mich veranlaßt, mich ebenfalls zu diesem Thema zu melden. Nicht deshalb - das darf ich am Beginn meiner Ausführungen festhalten - weil es mir darum geht, dem Kollegen Zagler vorzuwerfen, daß er aus beruflichen Gründen dieser Sitzung zumindest teilweise nicht beiwohnen kann. Als Mitglied des Stadtsenates - so wie vorhin Vizebürgermeister Dr. Pfeil darauf hingewiesen hat - werde ich ständig mit Budgetüberschreitungen, Budgetausweitungen und

Kreditüberschreitungen konfrontiert. Das heißt, es werden einfach die Zahlen des vorgegebenen Budgets, das schlußendlich hier von diesem Gemeinderat beschlossen wird, abgeändert, ausgeweitet oder eben verändert. Um diese Tatsache geht es hier. Interessanterweise muß ich feststellen, daß - wenn es sich um Ressorts der SPÖ handelt -, Kreditüberschreitungen durchaus sehr großzügig gehandhabt werden. Aber wenn es sich beispielsweise um den Kulturbereich des Herrn Dr. Pfeil handelt, wird darüber gesprochen. Wenn er dringend Finanzmittel benötigt, die für ihn vorgesehen sind, wird daraus ein großes Theater gemacht. Dieses Faktum darf ich hier von dieser Stelle aus sehr deutlich hervorheben. Ich hoffe auch, meine Damen und Herren, daß diese Vorgangsweise im Budget 1995 nicht mehr fortgesetzt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Weitere Wortmeldungen? Keine?  
Herr Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die Kritik betrifft also nicht den Inhalt des Antrages, nämlich die Subvention für die Forelle. Darüber bin ich schon einmal sehr froh. Der Ablauf ist nicht erfreulich, weil Kreditüberschreitungen niemals erfreulich sind. Es ist allerdings so, daß gerade die

Position Forelle, aber auch dieser Punkt Steyr-Daimler-Puch AG, Repa-Ankauf, 33 Mio. zweite Rate - wenn ich mir das richtig in Erinnerung rufe - nicht ganz so leicht zu planen war. Wir haben der Forelle versprochen, daß wir ein Drittel der Kosten für die Errichtung eines Clubhauses in Form einer Subvention über 2 Jahre geben. Es war zum Zeitpunkt der Budgeterstellung die Situation vorhanden, daß die Forelle keine Baugenehmigung vom Eigentümer des Grundstückes bekommen hat. Der Grundstückseigentümer ist die WAG Linz und die hat hier keine Zustimmung gegeben. Es sei denn - und das war die Bedingung -, daß hier dieses Grundstück von der Stadt oder vom Verein von der WAG angekauft wird. Im Zuge der weiteren Gespräche, die sich über Monate gezogen haben, hat sich die Forelle mit der WAG geeinigt und das Grundstück angekauft. Sie haben einen Vertrag verfaßt, daß sie im Laufe von einigen Jahren dieses Grundstück erwerben möchten. In diesem Zusammenhang werden wir uns auch wieder mit dieser Thematik beschäftigen, denn der Verein kann sich das Grundstück in Wirklichkeit nicht leisten. Seine Mitgliedsbeiträge sind dafür zu wenig und darum hat er bei der Gemeinde angeklopft. Nachdem wir dort auch einen Campingplatz haben, den wir als wichtige Einrichtung für den Tourismus betrachten, sind wir gezwungen zu investieren. Es wird für uns ein Thema sein, in welcher Weise wir dazu beitragen, diese

Grundstücksgeschichte zu reparieren. Erst als sie sich geeinigt haben, hat hier eine Zustimmung durch die WAG stattgefunden. Plötzlich wird die Forelle in die Lage versetzt, hier tatsächlich das Haus zu errichten. Darum sind sie gekommen und haben gesagt: „Gebt uns das Geld, denn wir möchten jetzt bauen!“ Darum war es hier nicht ganz klar. Ähnlich ist es auch bei der Steyr-Daimler-Puch AG, aber da werden wir nach Maßgabe der Diskussionswürdigkeit dann das Thema bei diesem Punkt abhandeln. Ich würde Sie nun trotzdem bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer dem Antrag zustimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im Zusammenhang mit der Erhaltung einer alten und einzigen urigen Gasthauseinrichtung am Stadtplatz haben wir uns auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden geeinigt, daß die Stadt hier eingreift und durch eine Förderungszusage Sorge trägt, daß diese Einrichtung am Stadtplatz bleiben soll. Es handelt sich dabei um die ehemalige Gaststubeneinrichtung des Gasthauses „Goldener Ochse“ von Herrn Friedrich Köckinger. Es ist

durch unser Eingreifen möglich geworden, daß diese Einrichtung jetzt im Styria-Hotel wieder bewohnbar ist - ist das der richtige Ausdruck? - oder jedenfalls wieder errichtet wurde, und wir sind hier veranlaßt, im Zuge der Einhaltung unseres Förderungsversprechens insgesamt S 150.000,-- aus den Titeln Denkmalpflege und Wirtschaftsförderung heute freizugeben.

4) Fin-152/94

Förderung aus den Mitteln der Denkmalpflege u. der Gewerbeförderung für den Aus- und Einbau der historischen Möblierung des ehemaligen Gasthauses „Zum Goldenen Ochsen“ sowie die Neueröffnung einer Gaststätte im Objekt Stadtplatz 40.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund der Amtsberichte des Geschäftsbereiches für Bauangelegenheiten vom 12. Juli 1994 bzw. des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 4. August wird Herr Friedrich Köckinger, Stadtplatz 40, 4400 Steyr, folgende Förderung gewährt:

- a) Aus den Mitteln der Denkmalpflege für den Aus- und Einbau der historischen Gasthauseinrichtung des ehemaligen Gasthauses „Zum Goldenen Ochsen“ sowie deren Restaurierung ein Betrag in der Höhe von S 65.000,-- und
- b) aus den Mitteln der Wirtschaftsförderung für die Eröffnung eines neuen Gasthauses ein 2%iger Zinszuschuß, berechnet anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: S 1.100.000,--, Laufzeit: 10

Jahre, halbjährliche Kapitalraten), das sind ca. S 85.000,-- verteilt auf fünf Jahre. Zu diesem Zweck wird bei der VAST. 5/3630/778000.0 ein Betrag in der Höhe von S 65.000,-- sowie bei der VAST. 5/7820/756000.9 ein Betrag von S 22.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich ersuche Sie, die Debatte abzuhalten und im Anschluß diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort gemeldet Herr Dr. Schwager, StR. Eichhübl, StR. Holub und GR. Payrleithner. Noch jemand? Bitte Herr Dr. Schwager.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich hier ein paar kritische Anmerkungen anbringe, so ist es keineswegs irgendwie Neid, daß ich vielleicht dem Förderungswerber die Förderung nicht willig wäre. Ich bringe sie auch nicht in irgendeine Relation zu Auto-Leasingraten etc., aber ich darf mir hier vielleicht die eine oder andere Bemerkung zu einem Antrag erlauben, dem wir letztlich selbstverständlich doch zustimmen werden. Das Gasthaus Köckinger in seiner alten Form war wirklich das letzte, wirklich urige Gasthaus am Stadtplatz. Ich darf hier den Herrn Bürgermeister gerne zitieren. Das Haus Mader ist einfach schon eine Stufe weiter, möchte ich sagen. Es ist

vom alten „Wirtshaus“ schon etwas weiter entfernt. Köckinger in der alten Form hat Tradition in diesem Haus, von der bekannten MA XIII - die Umwandlung in Geschäftsbereich mußte es nicht mehr mitmachen - bis hin zum „Stammtischfeger“. Das ist jene Person, die bei ihrem Erscheinen bewirkte, daß der Stammtisch sofort geschlossen aufstand. Auch dieser kam aus diesem Hause. Also, hier ist wirklich eine Relation gegeben, die förderungswürdig ist. Wir freuen uns auch, daß die Einrichtungen - nämlich die Tafeln - hier konserviert wurden und daß sie im neuen Gasthaus Köckinger wieder untergekommen sind. Woran ich mich ein wenig stoße, ist die Tradition des „Goldenen Ochsen“. Der ist meines Erachtens nicht mit dem Namen Köckinger verbunden, sondern hausverbunden. Es wurde auch - im Jahr 1980, glaube ich - die Hausfassade des Stadtplatz 35, nämlich des alten Ochsen, im Zuge der damaligen Aktion restauriert, und dazu gehörte auch die Restaurierung des Hauszeichens. Es ist ja auch nicht das Schwechater-Haus oben deswegen zur „Blauen Kugel“ geworden, weil die blaue Kugel vom Wieserfeldplatz da herunter gekommen ist. Es wird auch meines Erachtens das Köckinger nicht deshalb zum „Goldenen Ochsen“ werden, wenn er mit dem Hauszeichen - ich nenne es so bitte, es ist wahrscheinlich sicher sein Eigentum, das ist überhaupt keine Frage - abgefahren ist und dieses irgendwo im Keller versteckt. Ich

halte auf die Hauszeichen in Steyr und insbesondere im Altstadtbereich sehr viel. Die Hauszeichen sind der Ausdruck einer alten Schmiedeeisenkunst, mit der unsere Stadt verbunden ist. Wir konnten und können stolz sein auf die Vielzahl und die Schönheit der Hauszeichen die landauf - landab gepriesen werden. Es tut in der Seele weh, wenn dieses Hauszeichen von dem Objekt, wo es hingehört, wegkommt. Und ich könnte mir vorstellen, daß wir in der entsprechenden Fachabteilung einmal an einer Verordnung arbeiten könnten, das wäre denkbar, daß nämlich eine Reallast auf diesen Häusern intabuliert werden könnte, daß die Hauszeichen beim Haus zu bleiben hätten. Das wäre es.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Stadtrat Eichhübl als nächster.

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Selbstverständlich ist es ein Anliegen der freiheitlichen GR-Fraktion, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, Mittel aus der Gewerbe- oder Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe bereitzustellen. Daher war es auch ein besonderes Anliegen bei Budgetverhandlungen unserer Fraktion, diese Mittel entsprechend

aufzustocken. Zu diesem Bekenntnis gehört auch die Erhaltung von Traditionsbetrieben. In diesem Fall handelt es sich um die Erhaltung von noch vorhandenen Möbelstücken aus einem sehr traditionellen Wirtshaus, wie bereits vorhin Kollege Schwager ausgeführt hat. Noch dazu eines, das sich einer derartigen Beliebtheit nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch hier im Hause erfreut. Allerdings - und das habe ich auch bereits bei der Diskussion im Stadtsenat gesagt und darauf hingewiesen - geht es uns von der freiheitlichen GR-Fraktion jetzt darum - wenn man jetzt bereit ist, aus dem Bereich Mittel für Denkmalpflege und deren Erhaltung S 65.000,- zur Verfügung zu stellen -, eine gewisse Absicherung mit einzubauen, damit dieses Mobiliar auch tatsächlich für spätere Jahre erhalten bleibt. Das geht uns nach wie vor ab. Wir werden selbstverständlich - und das hat auch bereits der Kollege Dr. Schwager gesagt - diesem Antrag die Zustimmung geben. Aber ich bitte Sie, in Zukunft - oder sofern das jetzt noch möglich ist - diese unsere Wünsche mit zu berücksichtigen, denn es kommt ja nicht von ungefähr, daß man Mittel bereitstellt für die Erhaltung von erhaltungswürdigem Mobiliar und Gegenständen. Daher müßte auch für die Zukunft, das betone ich nochmals, eine Absicherung in dieser Richtung mit eingebaut werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, ich wiederhole meine Wortmeldung aus dem Stadtssenat inhaltlich. Es ist schon richtig, daß zur Kultur Mitteleuropas und Oberösterreichs insbesondere auch die Kultur des Wirtshauses oder Gasthauses dazugehört, und ich beruhige meinen Freund Schloßgangl schon jetzt, ich weiß schon, daß es auch vom Land OÖ. Wirtshausförderung gibt. Aber ich meine nicht nur, daß das eine kulturhistorische Tat ist, sondern daß das schlicht und einfach eine gemeinschaftsfördernde und auch wirtschaftsfördernde Aktion ist. Die Wirtshäuser sind in den Dörfern fraglos Kulminationspunkte des gesellschaftlichen Lebens und werden auch deshalb geführt. Wir werden jetzt keine Wirtshausdiskussion führen, ich werde auch nicht unbedingt der Anregung Folge leisten, daß alle Hauszeichen - so schön sie auch sind und so gut sie auch katalogisiert sind in Steyr, wie vielleicht der eine oder der andere weiß -, unter Erhaltungsverpflichtung im Grundbuch ersichtlich gemacht werden sollten. Ich fürchte nämlich, daß sich daraus die Ableitung ergäbe, daß wir kundige Beamte zum Denkmalschutz einsetzen müßten und ich glaube, da wären Kunsthistoriker und Architekten eher gefordert. Ich

glaube, daß die kulturhistorische Bedeutsamkeit der Gaststubeneinrichtung null gegeben ist. Ich fühle mich dort sehr wohl, ich trinke dort auch sehr gerne ein Bier, ich bekenne mich zu meinen Fehlern. Ich bin auch der Meinung, daß der Förderungswerber durchaus zu Recht Mittel bezieht, weil das Bewahren dieses Lokales oder der Einrichtung im Interesse liegt, und ohne wirtschaftliche Unterstützung hätte er das nicht aufrechterhalten können - soweit ja. Was mir persönlich dabei recht unangenehm aufgefallen ist, das möchte ich hier nicht verschweigen. Nämlich, daß über meinen Namen ein Antrag auf S 65.000,- aus Denkmalmitteln gestellt wird und ich davon erfahre, weil mir der Beamte den Antrag vorlegt. Mit dem Bemerkten, das sei in der Fraktionsobmännersitzung so besprochen worden und der Herr Bürgermeister hätte ihm die Weisung gegeben. Das ist nicht ganz der Vollzug des Statutes der Stadt Steyr, in dem es heißt, der Bürgermeister hat sich des Stadtssenatsmitgliedes zu bedienen, wenn er selber Aktionen setzt. Ich bin schon bedient worden, das ist schon richtig, mit einem vorgelegten Antrag, den ich dann unterschreiben durfte. Ich habe ihn auch mit vollem Namen unterschrieben und das ist Ihnen ja auch sorgfältigerweise beigelegt worden, daß meine Unterschrift darauf ist. Daher erkläre ich Ihnen, warum ich das so unterschrieben habe, obwohl ich nicht der Meinung bin, daß es richtig ist, das aus

Denkmalmitteln zu bestreiten. Ich habe das unterschrieben, weil ich meine, daß ich das den Fraktionsobleuten, die dem Bürgermeister das „Ja“ zu einer konzertierten Förderung gegeben haben, als Referent schuldig bin. Das gehört also, wenn sie das schöne Wort Courtoisie verstehen wollen, zur Courtoisie in der Amtsausübung als politischer Referatsleiter. Schade ist es schon, wenn ich auf der anderen Seite sehen muß, wieviel Bauvorhaben entweder nicht oder wenig oder spät gefördert werden können in der Stadt Steyr, weil das Geld im Budget nicht vorhanden ist und beim Wirtshaus haben wir es auf einmal aus den Denkmalmitteln. Ich sage schon ja zur Förderung, ich bedauere es nur, daß man die ohnehin viel zu knappen Denkmalförderungsmittel hier wirklich fremd eingesetzt hat. Wenn man über die Denkmalförderungsmittel nachdenken wollte, dann müßte man sich vorher im klaren darüber sein, ob eine Wirtshauseinrichtung überhaupt Denkmal sein kann im eigentlichen Sinn. Baudenkmal natürlich nicht, erhaltenswertes Möbel möglicherweise schon. Ich weiß aber nicht, wie man der Verpflichtung zur Erhaltung dieser Gegenstände Nachdruck verleihen soll; sollte man etwa in eine Förderungserklärung die Verpflichtung zur Verwendung eines bestimmten Holzschutzmittels oder die taugliche Instandhaltung gegen Bier-verschütten hineinwidmen? Also irgendwo sind die Maßnahmen schon etwas überzogen. Daß ein

öffentliches Interesse am Bestand des Wirtshauses besteht, wird durch die Förderung dokumentiert. Schöner wäre es gewesen, es wäre eine reine Wirtschaftssförderung gewesen, die ist es nämlich und sonst nichts anderes. Es ist eine Wirtschaftsförderung, wenn einem Betrieb ein Ambiente ermöglicht wird, vielleicht ihn auch dazu überreden muß. Herr Bürgermeister, ich will da Deine Überredungsgabe überhaupt nicht schmälern! Es ist Dir gelungen, den Gastwirt zu überzeugen, daß er nutznießen wird, wenn das alte Ambiente seinen Gästen Freude bereitet und das tut es ja auch. Jeder, der dort gesessen ist, weiß, daß das eine schöne Wirtsstube ist. Aber bitte, lassen wir die Kirche im Dorf, fördern wir die Denkmale oder Denkmäler, die Denkmäler sind, und fördern wir die Wirtschaft dort, wo die Wirtschaftsförderung angebracht ist. Das Vermischen ist nicht gut, und wenn man konzertierte Aktionen durchführt, wäre ich dankbar, wenn ich in Zukunft als Instrumentenführer in einem Orchester vorher Noten in die Hand bekäme, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja. Noten müssen wir drucken.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Kollege Payrleitner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITNER:

Werte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Als seinerzeit das altehrwürdige Gasthaus Köckinger seine Pforten schloß, haben ja viele sinngemäß gemeint: „Jetzt haben sie uns endgültig das Wohnzimmer zugesperrt.“ Dem war dann Gott sei Dank letzten Endes doch nicht so. Der Besitzer hat sich entschlossen, wieder ein Gasthaus zu eröffnen. Ich finde es schon sehr positiv und erfreulich, daß diese Wirtshauseinrichtung wieder dort installiert wurde, denn wir haben ja bitte keine Garantie bei Bautätigkeiten in diesem Ausmaß, daß derartiges erhalten bleibt - wie uns in der Vergangenheit ja des öfteren schon bewiesen wurde - und das Haus steht ja unter Denkmalschutz. Die Einrichtung fällt ja bekanntlich nicht unter Denkmalschutz. Es wäre anderweitig gar nicht möglich gewesen, diese Wandvertäfelung zu entfernen. Ich bin wirklich sehr erfreut und es paßt vielleicht ein wenig zur oberösterreichweiten Wirtshausdiskussion - die Gasthäuser sind ja angeblich oder tatsächlich großräumig im Absterben -, daß ein richtiges Wirtshaus wieder errichtet wurde. Zum Schild: Es ist so, Kollege Holub, es hat einmal in den 60iger Jahren oder vielleicht schon früher den nach wie vor vorhandenen und sehr rührseligen Verein Heimatpflege gegeben, der sich sehr große Verdienste erworben hat. Es hat ja schon einmal andere Zeiten gegeben, das ist ja nicht das erste Mal, daß

Schilder entfernt wurden. Wer sich seinerzeit mit einer Schilderaktion stark gemacht hat, das war nämlich damals zufällig mein Vater, Obmann des Vereines Heimatpflege, daß diese alten Wirtshaus schilder und Zunftzeichen und so weiter in der Altstadt wieder errichtet und angebracht wurden. Teilweise sind sie ja auf Dachböden oder in Kellern usw. herumgelegen. Wir haben ja auch keine Garantie, daß die neuen Besitzer bzw. jene Personen, die das Haus jetzt umbauen - Gott sei Dank endlich, muß ich sagen, der Zustand war ja ohnedies nicht mehr sehr erträglich - all diese Dinge, die wir alle heute sehr schätzen, auch wirklich erhalten hätten. So ist es wenigstens im Gasthaus erhalten geblieben. Es nennt sich ja nach wie vor so und ich finde es prinzipiell nicht schlecht, daß es nach wie vor sichtbar und erhalten ist. Sicher wäre es mir wahrscheinlich auch am Stadtplatz, am Haus selber, lieber.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Danke, Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Zunächst möchte ich bemerken, daß wir nur mehr acht Geschäftsbereiche haben. Lieber Kollege Schwager, von 13 kann überhaupt keine Rede mehr sein! Daß unsere Hauszeichen wunderschön sind und Zeichen der Schmiedekunst, die erhalten gehören, da kann ich

überhaupt nur beipflichten. Das zu unterstützen, ist gar keine Frage. Wir haben auch hier in der Abfertigung, in der Abverfügung dieses Antrages im Stadtsenat hineingeschrieben, daß hier der Kontakt mit den neuen Hausbesitzern zu dem Zweck aufgenommen wird, diese zu veranlassen, daß dieses Hauszeichen wieder dort hinkommt. Normalerweise, wenn ich so ein Haus hätte, täte ich das ohnehin. Aber wir werden versuchen, das zu erreichen. Es ist nur so, daß die Mittel dazu halt nicht so ultimativ sind, wie manche sich das vorstellen oder wie manche das befürchten. Zum Kollegen Eichhübl möchte ich sagen, es soll auch weiterhin die Einrichtung erhalten bleiben. Ich gehe von dem aus und wir müssen natürlich auch unterstellen, wenn wir solche Förderungen machen, daß wir niemals Garantien bekommen können. Das ist halt so. Wir müssen darauf vertrauen, daß diejenigen, die diese Förderung bekommen, dieses Objekt oder das Haus oder die Einrichtungen - in diesem Fall eine Einrichtung, das ist nämlich das etwas andere als sonst bei solchen Förderungen - in Ehren halten und der Nachwelt erhalten. Eine moralische Verpflichtung wird es auf jeden Fall geben, Garantieerklärungen unterschreiben nicht. Ich kann mich nicht daran erinnern, daß uns jemals einer bei irgendeiner Förderung unterschrieben hat, daß das ewig dann auch so bleibt. Besonders in der Wirtschaftsförderung wissen wir, wie das Auf

und Ab in der Wirtschaft ist. Wir müssen hier auch richtige Einschätzungen treffen und ein gewisses Vertrauen in den Förderungsnehmer setzen. Ja, der Kollege Holub hat sich heute wieder darin gefallen, das Thema besonders ironisierend abzuhandeln, das sind wir von ihm gewohnt. Also mir sind seine kleinen Fehler mit dem Bier trinken an sich lieber. Ich kann nur eines festhalten, daß hier, jedenfalls von meiner Seite, keine böse Absicht vorhanden war. Es war halt zu diesem Zeitpunkt so - das hat ja der Kollege Payrleithner richtig gesagt -: Als endgültig, nach langem Leiden festgestellt wurde, daß der „Goldene Ochse“ die Türen schließt, sind die Fraktionsvorsitzenden beisammengesessen, natürlich um über andere Themen auch noch zu reden, aber es ist halt außer Programm und ohne auf der Tagesordnung zu stehen auch dieses Thema angesprochen worden, und es hat Einvernehmen geherrscht, daß wir alles tun sollten, um diese Einrichtung eines so alten und urigen Wirtshauses am Stadtplatz zu erhalten. Ich habe gesagt, das wird halt wahrscheinlich ein bißchen etwas kosten, wie das immer so ist bei solchen Gelegenheiten, und es war einhellige Auffassung, daß wir uns das ein bißchen etwas kosten lassen sollen. Als es dann zum Einlösen gegangen ist, wie das schon dort war, hat der natürlich gesagt: „Und wie ist denn das jetzt, was Du gesagt hast, Bürgermeister?“ Da bin ich in der fatalen Lage gewesen, wieder die Herrschaften zusammenzuholen und

zu sagen: „Ja, jetzt müssen wir aber auch etwas tun!“ Dann war es gar nicht so einfach, diese Lösung zu finden. Es ist zugegebenermaßen etwas außerhalb der Reihe, eine andere Förderung, wie wir sie sonst haben, daher setzt sie sich aus zwei Förderungstöpfen zusammen. Ich bin natürlich davon ausgegangen, daß hier eine intensive Kommunikation zwischen dem Fraktionsvorsitzenden der ÖVP, dem Kollegen Schloßgangl, und Dir, lieber Freund Holub, stattfindet. Ich habe auch angenommen, wenn er für die ÖVP spricht, daß er hier auch Deine Zielzustimmung hat, nachdem er dreimal in die Beratung gegangen ist. Es war nämlich von der Höhe der Förderung her auch nicht ableitbar - das muß auch dazu gesagt werden -, daß wir das ganze aus dem Titel Wirtschaftsförderung machen, weil wir ja hier auch in einer gewissen Analogie zu anderen Wirtschaftsförderungsstellen vorgehen mußten. Hier hat also das auch mit eine Rolle gespielt. Ich bin an sich froh, daß auch in der Sache hier die Übereinstimmung vorhanden ist, daß diese Förderung erfolgen soll und alle eigentlich damit zufrieden sind, daß dieses Wirtshaus durch das Eingreifen des Gemeinderates auch für die Zukunft bei uns am Stadtplatz erhalten bleibt. Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wer stimmt dem Antrag zu? Bitte ein Zeichen. Stimmenthaltungen?

Gegenstimmen? Keine. Danke vielmals. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus dem Objekt Dukartstraße 15. Wir haben diese Thematik schon einmal erörtert und einen Beschluß gefaßt. Es hat sich hier eine Änderung ergeben und es ist eine Änderung des Beschlusses vom 7.7.1994 erforderlich. Die Absiedlung erfolgte - wie wir alle wissen - im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung der Bahnhofsüberbauung und der Rampe, die dort im Bereich dieses Grundstückes errichtet werden muß. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) Bau2-2420/92

Absiedlung des Malereibetriebes Suppanschitz aus dem Objekt Dukartstraße 15, Änderung des Beschlusses des GR vom 7.7.94.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten vom 11. August 1994 wird der Beschluß des Gemeinderates vom 7. Juli 1994 betreffend die Gewährung einer Wirtschaftsförderung für den Malereibetrieb Suppanschitz in der Form geändert wird, daß anstelle dem bisher gewährten Verzicht auf die Einhebung von 3 Monatsmieten die Stadt lediglich auf den Mietzins für die Monate August und September

1994 verzichtet und den Mietzins des Malereibetriebes für Juli 1994 in Höhe von S 16.600,-- an Herrn Ferdinand Knabl zur Auszahlung bringt. Die übrigen Bedingungen des genannten Gemeinderatsbeschlusses bleiben unverändert. Zum genannten Zweck wird bei der VAST. 5/7820/776010.4 ein zusätzlicher Betrag von S 16.600,-- freigegeben.

Ich ersuche auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen zu diesem Punkt? Keine. Stimmen wir ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke, nächster Punkt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes Steyr ergeht der Antrag auf Mittelfreigabe. Der Antrag lautet wie folgt:

6) Bau2-1300/92

Stadtentwicklungskonzept Steyr - Antrag auf Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 2.10.1992 und 5.8.1994 über die Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes für die Stadt Steyr werden Mittel in Höhe von S

995.000,-- inkl. MWSt. bei VAST. 5/0310/728000.3 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Wortmeldungen dazu, außer Herr Dr. Pfeil? Nein. Dann bitte Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Zum Stadtentwicklungskonzept möchte ich folgendes sagen: Wir sind von Anfang an dem Herrn Professor Breitling etwas kritisch gegenüber gestanden. Die Entwicklung beim Stadtentwicklungskonzept gibt uns recht. Wir haben große Probleme mit Betriebsansiedlungen und Herr Prof. Breitling hat ein Gutachten gemacht über Betriebsansiedlung im Bereich des Stadtgutareals, wo er selber sagt, er hat nicht bedacht, daß dort ein Wasserschutz- und Schongebiet ist. Dort wird es nie zu Betriebsansiedlungen kommen. Also für mich als Stadtentwickler ist das ein großer Flop. Ein weiteres Betriebsansiedlungsgebiet, wo die Fehler in der Vergangenheit liegen, ist zB das Industriegebiet im Hinterberg, wo wir eine Förderung der Z-Leasingbank AG haben. Eine Förderung der damaligen Z-Leasingbank AG, wo wir etwa um S 300,-- Grundstücke gekauft haben und sich heute keine Firma ansiedeln kann, weil die Grundstücke dort so teuer sind. Also meine Damen und Herren, das ist Stadtentwicklung! Meines Wissens nach hat sich bis

heute keine Firma angesiedelt. Ein Fall, der wohl ganz klein ist, aber symptomatisch für die Stadtentwicklung. Es gibt eine Lackiererei namens Tockner. Diese Firma möchte ihren Betrieb mit einigen Mitarbeitern von der Gemeinde Garsten nach Steyr verlegen. Der Herr Tockner ist an die Stadtgemeinde Steyr herangetreten und hat um ein geeignetes Grundstück gebeten. Eine Lackiererei ist zugegeben kein sehr schönes Gewerbe für ein Wohngebiet. Aber es sollte möglich sein, in einer Stadt wie Steyr ein Gebiet zu finden, das dem Herrn Tockner bzw. der Fa. Tockner angeboten werden kann und wo er in Ruhe seine Firma bauen kann. Einen Betrieb, der auch Arbeitsplätze schafft! Wir haben ein Grundstück gefunden, es wurde ein Vertrag mit Herrn Tockner aufgesetzt, dieser wurde im Stadtsenat beschlossen und plötzlich sagt man „Kommando zurück“! Man sagt dem Herrn Tockner, daß es dort keine Lackiererei geben wird. Man begründet das mit den Worten, es passe uns dort nicht und Verordnungen hätten wir auch keine. Also ich frage mich wirklich, ob das der richtige Weg ist. Wir reden so viel von Gewerbeförderung, von Betriebsansiedlungen. Hier wäre ein zentrales Gebiet. Wir haben in der Stadtentwicklung großen Nachholbedarf. Wir werden also in Gesprächen mit Prof. Breitling noch einiges nachholen müssen. Wir brauchen hier bessere Lösungen für Steyr. Es kann nicht so sein, daß wir die Leute im Kreis herumführen.

Zuerst bieten wir ihnen etwas an und dann, 14 Tage später, sagen wir nein. Das geht nicht. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Dr. Schwager bitte. Weitere Wortmeldungen?

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Kritik an dem vorliegendem Stadtentwicklungskonzept ließe sich natürlich in manchen Punkten noch weiter fortsetzen. Es sollte ja, wie wir wissen, ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept sein. Um ein solches zu gestalten, ist es einmal das wichtigste, daß man Befunde aufnimmt. Sie werden vielleicht glauben, daß ich von der falschen Fraktion aus spreche, dem ist aber nicht so. Bitte erinnern Sie sich an die Diskussionen um die Bebauung der Leebergründe. Damals kam man darauf zu sprechen, daß es in diesem Bereich ein Biotop seltener Art gebe, welches auch erhaltungswürdig sei. Nun, in der letzten Umweltausschußsitzung hatten wir das Thema Biotope wieder am Teller. Es hat sich nämlich ein Verein angeboten, hinsichtlich der Biotope eine Befundaufnahme in Form einer Katalogisierung zu machen. Das, meine Damen und Herren, wäre die Aufgabe des Herrn Prof. Breitling gewesen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke, keine weitere Wortmeldung.  
Entschuldigung. Frau GR.  
Scheucher.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ganz kurz noch. meine Damen und Herren, ich will heute diese Sitzung nicht unnötig verlängern. So soll das nicht sein. Aber ich möchte einfach die Ausführungen von Herrn Vizebürgermeister Pfeil nicht unwidersprochen lassen. Ich glaube, wir haben deswegen ein Stadtentwicklungskonzept in Auftrag gegeben, damit genau diese Dinge nicht mehr passieren. Das müßte in diesem Stadtentwicklungskonzept einfach berücksichtigt werden! Auch wenn es sich hier um ein gemischtes Bauland handelt, darf es nicht passieren, daß mitten in ein Wohngebiet eine Lackiererei gebaut werden soll! Mir ist es lieber, wenn zuerst bei den Bescheiden und bei den Genehmigungen Fehler passieren, daß man dann noch rechtzeitig erkennen kann, daß hier keine Lackiererei gebaut werden kann. Die Leute, die dort ihre Häuser hingebaut haben, möchten keine Lackiererei vor der Nase! Ich gebe Ihnen recht, daß man das vorher anschauen hätte müssen. Aber nachdem dies nicht geschehen ist, ist es mir immer noch lieber, man revidiert dieses Angebot. Man müßte ihm die Gründe im Hinterberg schmackhaft machen. Ich will es nicht, daß mitten in einem Wohngebiet eine Lackiererei gebaut

wird, denn es kommt immer wieder zu gesundheitsschädigenden Emissionen! Dort hat einfach eine Lackiererei nichts verloren. Das wollte ich dazu nur sagen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine weiteren Wortmeldungen mehr? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren, am liebsten wäre es mir, wenn mir jemand einen Vorschlag machen könnte, wo man eine Lackiererei in Steyr plazieren könnte, da wäre ich sehr dankbar. Die Nachfrage nach Lackierereien ist nämlich da und es steht fest, wir wollen Betriebsansiedlungen machen. Ich muß sagen, es stimmt, daß mir seit ca. einem Jahr bekannt ist, daß sich die Firma Tockner um ein geeignetes Grundstück bemüht. Da haben Sie recht, Herr Kollege. Ich möchte aber auch noch sagen, daß das nie in diesem Zusammenhang erwähnt wurde. Er hatte bereits zwei Empfehlungen, wo er sich mit seiner Lackiererei niederlassen kann. Beide Gespräche mit dortigen Grundstücksbesitzern, mit denen er die Verhandlungen geführt hat und wo wir auch die richtige Widmung hätten, wurden nicht positiv abgeschlossen. Dieser Platz wäre also der dritte gewesen, den wir ihm angeboten haben. Es hat hier ein Proteststurm der Anrainer stattgefunden, welche Befürchtungen

gehabt haben. Keiner möchte gerne neben einer Lackiererei wohnen. Obwohl ich sagen muß, daß Lackierereien puncto Umweltbelastung auch nicht mehr das sind, was sie früher einmal waren. Heute gibt es moderne Formen der Schadstoffabführung. Jede Betriebsbewilligung wird davon abhängig gemacht, ob die Filter, die eingebaut werden, in Ordnung sind. Das ist das eine. Zum anderen möchte ich sagen, was uns der Herr Dr. Pfeil mit auf den Weg gibt, daß er gegenüber dem Prof. Breitling skeptisch ist, da beweist uns die Entwicklung, daß das ungerechtfertigt ist. Dem möchte ich entgegensprechen. Ich halte die Arbeit des Prof. Breitling für weitaus das Beste, das zum Thema Stadtentwicklung für die Stadt Steyr geschehen ist!

ZWISCHENRUF

VBGM. DR. PFEIL:

Da ist leider nichts geschehen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das kann man natürlich so abhandeln. Sie sind ja immer klüger, nicht wahr? Aber ich möchte feststellen, man kann einfach einen Experten wie den Dr. Breitling, der in halb Europa Referenzaufträge hat und von der Landesregierung x-mal schon beschäftigt wurde, der einen ordentlichen Lehrstuhl in diesem Spezialfach hat, der Mitglied der österreichischen Raumordnungskommission ist, der hier sehr in die Tiefe gegangen ist und uns ein

Material zur Verfügung stellt, über das wir erst noch diskutieren müssen im Gemeinderat, nicht in Frage stellen. Den kann man eigentlich nicht so behandeln. Er hat es sich nicht leicht gemacht. Die Frage Wasser- und Brunnenschutz ist in ständiger Bewegung, daher ist das in letzter Zeit neu aufgerollt worden und man hat halt im Zusammenhang mit Brunnenfeldern und Schutzgebieten eine Diskussion. Er weiß das genausowenig und niemand kann genau sagen, wie das wirklich ist. Er hat aber sehr wohl das Thema Betriebsansiedlungsgebiet und solche Bodenbereitstellungen als einen Schwerpunkt in seiner Arbeit betrachtet und die Notwendigkeit unterstrichen. Das muß man also in diesem Zusammenhang, glaube ich, sagen. Bankenförderung ist natürlich demagogisch bis dort hinaus. In Wirklichkeit ist es so, daß die damalige Z-Leasing dieses Grundstück von der Steyr-Daimler-Puch AG gekauft hat. Und zwar, wenn ich das richtig im Kopf habe, um einen Preis von ca. S 350,- pro m<sup>2</sup> im Jahr 1989. Daß im damaligen Gemeinderat die Meinung vorherrschend war, daß Betriebsansiedlung besser solche machen, die das besser können und verstehen, wissen Sie. Daher haben wir kein Amt für Betriebsansiedlung hier in unserer Stadt geschaffen. Daß sich das hinzieht und nicht so befriedigend gelaufen ist, ist eine andere Sache, da gebe ich Ihnen recht. Die Kosten für das Grundstück sind derzeit, soweit ich die Preise kenne,

wir haben ja vorigen Herbst so ein Grundstück gekauft, S 720,-- pro m<sup>2</sup>. Die Banken haben die Eigenheit, auf diese Grundstücke, die sie kaufen, die Kapitalkosten dazuzurechnen. Mir ist leider keine Bank bekannt, die das nicht macht. Ich hätte aber gerne einen guten Rat, wo es so eine Bank gibt. Da würden wir uns dann sehr gerne bedienen. Zudem haben sie natürlich Investitionskosten auf diese Grundstückspreise umgeschlüsselt. Wir haben das nachgerechnet und das hat auch seine Richtigkeit. S 720,-- pro m<sup>2</sup> für einen industriegewidmeten Grund, Herr Dr. Pfeil, ist okay. Wenn Sie mir so ein Grundstück sagen können in Oberösterreich, das man mit unseren vergleichen kann, da wäre ich Ihnen sehr dankbar. Ich habe mit dem Bürgermeister Dobusch über Grundstückspreise geredet, er kauft momentan Grünland um S 380,--, Wohnbaugebiet von S 1.500,-- aufwärts an! So schauen die Vergleichspreise aus! Wir sollten uns schon an der Szene orientieren! Die Sache ist ...

#### ZWISCHENRUF

VBGM. DR. PFEIL:

Warum glauben Sie, daß niemand den Grund um S 720,-- kauft? Es hat ja noch keiner gekauft!

#### BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Um S 720,-- pro m<sup>2</sup> wird jeder industriegewidmetes Land kaufen, wenn er die Absicht hat, seinen Betrieb anzusiedeln! Es hält aber die Herrschaften nicht ab und auf,

trotzdem zur Gemeinde zu kommen und um eine Förderung zu ersuchen. Selbst Leute, die das nicht so notwendig haben und die ganz an der Spitze des wirtschaftlichen Olymps angesiedelt sind. Ein Beispiel ist ein Betrieb, auf den wir sehr stolz sind, nämlich BMW-Steyr mit wirklich ausgezeichneten Wirtschaftserfolgen. Auch die werden uns mit Förderungen beschäftigen. Wir wissen das, wir müssen das schon so betrachten. Also, es kann keine Rede sein. Das Grundstück, das der Firma Tockner angeboten wurde, hätte S 500,-- pro m<sup>2</sup> gekostet, und die Förderung eines Betriebes, der sich ansiedeln will auf einem Grundstück mit Industriewidmung, ist sicher. Die Förderung ist so hoch, daß das Grundstück in diesem Ausmaß kostenlos ist. Dort sehe ich das Problem nicht. Es ist nur nicht so einfach, in dieser wirtschaftlich schwierigen Zeit, die hinter uns gelegen ist, Betriebsansiedler zu finden. Vor allem solche, die auch Beschäftigung mitbringen, nach Möglichkeit noch in einer anderen Branche als der Metallbranche! Darauf kommt es in erster Linie an! Das sollten wir uns bei solchen Diskussionen vor Augen halten. Alle diese Themen kommen eigentlich in einer sehr intensiven Weise und in einer sehr objektiven Betrachtung, die jedenfalls in den meisten Fällen sehr plausibel ist, auch in dem neuen Stadtentwicklungskonzept vor. Daher wird es ein Orientierungsrahmen für uns sein, wenn wir es beschließen, wir haben ja jederzeit Gelegenheit,

uns damit zu beschäftigen und für uns wichtige Entwicklungsnotwendigkeiten oder Möglichkeiten einzubringen. Es wird eine Richtlinie sein, einen Orientierungsrahmen, der weit ins nächste Jahrtausend hineinreicht, zu finden. Das hätte ich bei dieser Gelegenheit doch gerne gesagt und ich möchte Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen, damit die Honorarnote in der vorgeschlagenen Form von S 950.000,-- zur Auszahlung gebracht werden kann.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Gibt es noch Wortmeldungen? Keine. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Als letzter Antrag liegt uns der Revisionsbericht, also der Jahresbericht 1993 der FA f. Kontrolle und Revision gem. § 39 Abs. 3 des Stadtstatutes vor. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Prüfungsausschusses an den GR:

7) Rp-2/93

Jahresbericht 1993

gem. § 39, Abs. 3 StS

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1993 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Zu Wort gemeldet Herr Dr. Schwager. Bitte. Nächste Wortmeldung Herr GR Spöck.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ihnen liegt der Antrag des Prüfungsausschusses vor. Dieser wurde vom Herrn Bürgermeister bereits vorgetragen. Ich, als Obmann dieses Ausschusses, möchte dazu einige Worte sagen. Ich habe hier auch unterschrieben. Sie werden in den Ihnen vorliegenden Unterlagen eine Unzahl von Titeln bzw. Überschriften finden. Sie werden aber beim Vergleich mit früheren Jahren auch feststellen - auch aus der Zeit meiner Tätigkeit -, daß die Anzahl dieser Überschriften gewaltig angestiegen ist. Das heißt, daß das ehemalige Kontrollamt, nunmehr FA f. Kontrolle und Revision, offenbar effektiver geworden ist. Es ist dies auf eine wirklich glückhafte Einstellung eines Beamten zurückzuführen. Dieser Beamte bringt der Stadt sehr viel. Wenn Sie sich die Vielzahl der Titel durchsehen, so finden Sie zB eine Fotodokumentation der Exponate im Museum. Das ist eine Tätigkeit, die nicht sehr kostenintensiv ist, zumal sie mit Ferialpraktikanten personalmäßig abgedeckt wird. Dann - auf Seite 4 - finden Sie als dritten Titel FUZO-Steyrtdorf, Baustellenkontrolle. Sie finden das auch viel später bei der Arbeit, die hier von den Beamten des Kontrollamtes geleistet

wurde. Sie müssen sich vorstellen, daß sich hier die Fachbeamten quasi wie „Hanural Raschied“ durch Bagdad durch das Steyrdorf bewegen, um dort den Fortschritt der Baustellen, die wirklich Langzeitbaustellen waren, zu kontrollieren. Glücklicherweise wurde diese Baustelle mit einem schönen Ergebnis beendet. Sie finden auch eine Tätigkeit, die hier sehr fein umschrieben ist. Die Beamten des Kontrollamtes bzw. der Fachabteilung und hier wiederum insbesondere der Leiter dieser Stelle, haben sich mit einem Verein auseinandersetzen müssen, der von Buchhaltung keine Ahnung hatte. Dort sind zufällig lauter Frauen beschäftigt. Er mußte diesen Damen zuerst einmal erklären, was Buchhaltung ist. Und dann versuchte er, ein wenig Ordnung in das ganze hineinzubringen. Worauf man natürlich dann auch die Subventionswürdigkeit dieses Vereines in einem ganz anderen Licht sah. Dann, als eben Klarheit herrschte, erkannte man diesem Verein „Frauen für Frauen“ gerne weitere Subventionen zu. Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat man sich mit der Änderung der Miet- und Pachtverträge beschäftigt. Es ist, das habe ich schon bei einer anderer Gelegenheit erwähnt, der Rechtsabteilung unter Dr. Schmoll geglückt, bei Mietverträgen, nicht Pachtverträgen, die ja bekanntlich einer sehr engen und durch Novellen nicht gerade verbesserten Rechtslage unterliegen, Änderungen im Verhandlungswege herbeizuführen,

die noch dazu für die Stadt einen Vorteil bedeuten. Bei den Pachtverträgen kann ich nur hoffen, daß man vom Amt nicht übersehen hat, daß man den Pachtvertrag mit dem Theater ehestmöglich aufkündigt, um auch hier die Möglichkeit einer Neuverhandlung zu haben. Ich nenne hier keine Namen, aber Sie wissen, es geht um das Filmtheater. Das nennt sich auch ganz nett und verschwiegen und in Bescheidenheit des Amtes, wie es hier wirklich seine Art ist, Neufestsetzung von Verrechnungssätzen per 1.1.1994. Der GB VII, Kommunale Dienstleistungen, hat unter großem Aufwand versucht, dort nach wissenschaftlich fundierter Art eine Kostenrechnung zu betreiben. Das ist ein Ausfluß einer Tätigkeit, die eben gelobt gehört. Dann steht ein Stichwort hier: ÖWD-Anonymverfügungen. Das war ein Problem, das lange durch die Stadt gegeistert ist. Es war auch nicht gerade für das Fremdenverkehrs- und Tourismusimage unserer Stadt förderlich. Es gab hier sehr viele Fehlläufe. Es sind damit nur einige Beispiele hervorgehoben. Daß noch eine Menge Arbeit auf das Kontrollamt und die Mitglieder des Prüfungsausschusses zukommt, das sei nur am Rande gesagt. Sie werden gesehen haben, daß die Tagesordnung für 26. Sept. 1994 beachtlich ist, und daß wir da schon fast einen Träger brauchen, der uns die Unterlagen um ein Haus weiter bringt. Gott sei Dank müssen wir dafür nicht mehr hinauf gehen.

Daß wir uns zB. auch mit Grundstückspreisen befassen müssen, möchte ich nur am Rande festhalten. Die Preise, die die Stadtgemeinde Steyr aushandelt, müssen geprüft werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Danke, Herr GR Spöck bitte.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wie Kollege Dr. Tilman Schwager bereits betont hat, handelt es sich bei dem vorliegenden Bericht nur mehr um Überschriften. Die Verhandlungsgegenstände wurden in den Sitzungen genau behandelt. Ich möchte mich auch dem Dank an die Beamtschaft des Kontrollamtes unter der Leitung von Herrn SR. Dr. Gottlieb anschließen. Aufgrund dieser sehr guten Vorbereitungsarbeiten konnten, wie man sieht, sehr viele Verhandlungsgegenstände bearbeitet werden. Auch die begleitende Kontrolle kommt langsam nicht mehr zu kurz. Ich darf hier nur sagen, die Preisverhandlungen unter Miteinbeziehung des Kontrollamtes brachten immerhin über 5 Millionen Schilling. Bei den Verhandlungen am Montag geht es um eine Summe von 1,9 Millionen Schilling für das I. Quartal. Ich bitte, den Dank weiterzuleiten.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Keine weiteren Wortmeldungen mehr? Schlußwort bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort. Dem ist nichts hinzuzufügen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Kein Schlußwort. Abstimmung. Stimmen Sie dem Antrag zu? Wenn ja, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Kollegen Sablik um seinen Bericht bzw. um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ich lege Ihnen den Mitgliedsbeitrag des RHV Steyr und Umgebung für das Rechnungsabschlußjahr 1993 vor. Ich muß den vorlesen, weil er so kompliziert abgefaßt ist:

8) Fin-183/94

Reinholdungsverband Steyr und Umgebung, Rechnungsabschluß 1993 - Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Rechnungsabschlusses

des RHV Steyr und Umgebung für das Jahr 1993 wird der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den RHV Steyr und Umgebung in der Höhe von S 26,501.395,35 (Investitionskostenanteil S 14,946.134,68, Betriebskostenanteil S 11,555.260,67) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in Höhe von S 16,802.395,35 (S 26,501.396,35) abzüglich Akontozahlung von S 9.699.000,-- zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.). Zu diesem Zweck wird bei der VAS. 1/8110/774000.1 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 1,944.000,-- genehmigt und gleichzeitig ein Betrag in der Höhe von S 14,745.000,-- freigegeben. Zur Deckung der Kreditüberschreitung wird bei VAS. 5/8110/774000.2 der Ansatz um den gleichen Betrag verringert sowie ein Betrag in der Höhe von S 2,058.000,-- freigegeben. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht das Wort? Herr Dr. Schwager, bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich darf ganz kurz. Hohes Präsidium meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist der Antrag vorgetragen worden und dem gibt es nichts hinzuzufügen. Wir stimmen dem Antrag selbstverständlich zu. Es gibt nur eine kleine Anmerkung am Rande. Zu Zeiten, als ich noch zur

Schule gehen durfte bzw. mußte, wurde noch die äußere Form der Arbeiten benotet. Bei der Aufführung der Namen wurde bei allen, wie es sich gehört, vorerst der Vorname und dann der Familienname angeführt. Nur bei einer Person war es immer umgekehrt. Das stört! Denn somit konnte man glauben, daß man sich verlesen hätte. Ich bitte Sie, diese Kritik anbringen zu dürfen. Dies wäre einfach nicht notwendig.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Die Kritik wurde bereits im Stadtsenat aufgenommen und die durchführenden Beamten darauf hingewiesen. Wird ein Schlußwort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Nein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Dies ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Die Raucher sehnen sich nach einer kurzen Pause, wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten.

Pause

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich würde den Herrn Dr. Pfeil bitten, seine Anträge vorzustellen.

BERICHTERSTATTER

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!. In meinem ersten Antrag geht es um den PC-Club-Treff Steyr-Münichholz, Gewährung einer Subvention.

9) Personalcomputer-Treff

Steyr-Münichholz, Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Der Personalcomputer-Treff Steyr-Münichholz, vertreten durch dessen Vereinsobmann Rudolf Kaliba, 4405 Steyr-Münichholz, Punzerstraße 60 a, hat um eine Förderung seiner Tätigkeit angesucht. Im Herbst 1993 wurde dieser Verein von einer Gruppe engagierter Bewohner mit dem Ziel gegründet, eine sinnvolle Beschäftigung mit diesem neuen Medium zu bieten. Die Verantwortlichen weisen darauf hin, daß in der Zeit der immer geringer werdenden Kommunikation die Verbindung gemeinsamer Interessen wichtig für eine gemeinschaftlich orientierte Weiterbildungsarbeit ist. Der Verein Personalcomputer-Treff organisiert daher Vereinsabende und darüber hinaus Kurse, die von Vereinsmitgliedern gehalten werden.

Vor allem wichtig ist die Beschäftigung von Schülern und Jugendlichen im Computer-Bereich. Der Verein ermöglicht es dieser Altersgruppe durch kostenlose Angebote. Die Mitgliederanzahl beträgt derzeit über 80 Personen, darunter 28 Jugendliche, die - wie schon darauf hingewiesen - keinerlei Gebühren entrichten (der jährliche Mitgliedsbeitrag für Erwachsene beträgt S 250,-). Da mit diesem Beitrag die unentgeltliche Jugendarbeit und die Ausgaben nicht bestritten werden können, ersucht der genannte Verein die Stadt Steyr um eine finanzielle Förderung. Die Fachabteilung für Kulturangelegenheiten schlägt daher im Einvernehmen mit dem Kulturreferenten der Stadt Steyr, Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil vor, dem Verein Personalcomputer-Treff Steyr-Münichholz, vertreten durch Rudolf Kaliba, Punzerstraße 60a, 4405 Steyr-Münichholz, eine Förderung in Form einer einmaligen ao., nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von S 20.000,- aus der VAST 1/2590/757000.1 - laufende Transferzahlungen an private Institutionen ohne Erwerbscharakter bzw. projektbezogene Unterstützungen Steyrer Kulturvereine - zu gewähren. Da eine Bestreitung des Betrages aus der genannten Voranschlagsstelle nicht möglich ist, wird vorgeschlagen, S 20.000,- als Kreditübertragung aus der VA 1/2590/727000.8 - außerschul. Jugenderziehung - Entgelte für sonst.

Leistungen von Einzelpersonen - zu bewilligen. Die Magistratsdirektion wird von der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten gebeten, die notwendigen Beschlüsse der nach dem Stadtstatut vorgesehenen Gremien, einzuholen.

Ich darf anmerken, daß hier kein Einvernehmen mit dem Kulturreferenten hergestellt wurde. Dieses Schriftstück trägt auch nicht meine Unterschrift, es wurde auch nicht im Kulturausschuß oder in den Gremien behandelt, sondern das basiert auf Weisung des Herrn Bürgermeisters. Er sagt immer, er ist für breite Zusammenarbeit, aber wenn es um ein Ressort geht, das direkt einem anderen Ressort zugeordnet ist, dann wäre ich schon froh, wenn man das im Vorfeld klärt. Wir haben viele, viele Anträge, die wir aus Kostengründen und aus budgetären Gründen zurückstellen mußten. Der Kulturausschuß ist schlecht dran, wenn er sagt, wir haben sowieso kein Geld mehr, daher müssen wir die Anträge negativ bescheiden. Aus finanziellen Gründen - was wir schon öfter hatten - kommen diese Beschlüsse nicht einmal in den Stadtsenat, weil seitens der Finanzverwaltung gesagt wird, es fehle hier der Kreditvermerk. Zum Kredit möchte ich auch noch eines sagen: Auch das ist nicht budgetiert worden. Auf dieser genannte VASt. ist kein Geld mehr vorhanden. Wir haben diesen Antrag deshalb heute im Gemeinderat, weil es sich hier um eine Kreditübertragung vom Konto

außerschulische Jugend-  
erziehung handelt. Ich ersuche trotzdem den Gemeinderat um seine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird das Wort gewünscht? Kollege Glanzer bitte.

GEMEINDERAT

JOHANN GLANZER:

Werter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich würde Sie bitten, diesen Antrag wohlwollend zu unterstützen. Dazu eine kurze Begründung: Der Herr Vbgm. Pfeil hat schon gesagt, daß an diesem Projekt Jugendliche beteiligt sind. Es hat sich herausgestellt, daß das Bedürfnis nach Kursen und Schulungen am EDV-Sektor sehr hoch ist. Wer einen Kurs besucht hat und später nicht mehr weiß, wie es weiter geht, besucht den PC-Club. Hier gibt es für Jugendliche die Möglichkeit, sich kostenlos mit dem PC vertraut zu machen. Für den Jugendlichen/Schüler kostet die Teilnahme überhaupt nichts und er kann jederzeit dort hingehen. Herr Rudolf Kaliba hat sehr gute Verbindungen zu den Schulen und zu den Lehrern. Auch die befürworten dieses Projekt. Dies ist die einzige Möglichkeit, den Jugendlichen für die Zukunft am PC vorzubereiten. Es ist heute ganz normal, daß man zu Hause einen PC stehen hat. Auch ältere Personen, die schon in der Pension sind, kaufen sich einen PC. Dann gibt es die Möglichkeit, sich

dort ausbilden zu lassen. Es bezahlen nur Erwachsene einen Clubbeitrag. Schüler/Jugendliche haben freien Eintritt. Auch wenn es eine Kreditübertragung ist, würde ich Sie trotzdem bitten, daß Sie diesen Verein unterstützen. Es geht auch um die zu kaufende Software. Er versucht auch, bei Banken und Firmen Unterstützung zu bekommen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall. Zu den Ausführungen des Kollegen Dr. Pfeil möchte ich sagen, ich habe keine Anweisung gegeben, sondern ich habe einen Vorschlag an den zuständigen Beamten geschickt, hier S 20.000,— als Subvention vorzuschlagen. Also ist der zuständige Beamte von mir nicht gehindert, mit dem Kulturreferenten das Einvernehmen herzustellen oder das dem Kulturausschuß zur Beratung zuzuführen. Ich habe das deshalb gemacht, weil diese Leute bei mir vorstellig geworden sind. Ich hatte auch noch in Erinnerung, daß man bei einem ähnlichen Club, einem etwas größeren und etwas älteren, nämlich der Pfarre am Tabor S 50.000,— gegeben hat. Offenbar gibt es im Stadtteil Münichholz auch diese Neigungsgruppe, die im Prinzip förderungswürdig ist. Also so ist das gelaufen. Herr Dr. Pfeil, ich mache Bürgermeisterverfügungen sehr selten, die sind dann allerdings durchzuführen. Wenn sie über S

10.000,— gehen, müssen sie ohnehin im Stadtsenat abgesehen werden. Das wissen Sie alle und oftmals kommt einer der Herren oder Damen Stadträte zu mir und ersucht mich, so eine Bürgermeisterverfügung zu machen, weil das der kürzere Weg ist. Oft ist es notwendig, da die Fristen mit den Sitzungen sonst nicht termingerecht eingehalten werden könnten. Ich wollte nur noch diese Erklärung abgeben. Ich habe hier also keine Weisung gegeben, sondern eine Empfehlung, einen Vorschlag gemacht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann liegt hier offensichtlich eine Interpretationsschwierigkeit von seiten des Amtes vor. Mir ist etwas anderes mitgeteilt worden. Aber in der Sache sind wir beide derselben Meinung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr gut. Nachdem keine Wortmeldung mehr verlangt wird und das Schlußwort gesprochen wurde, darf ich hier um Ihre Zustimmung bitten. Danke sehr. Gegenteilige Auffassungen oder Stimmenthaltungen werden nicht angezeigt. Dadurch ist der Antrag einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, Überarbeitung des bestehenden Organisationsplanes

für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr.

10) FP-4341/81

Überarbeitung des bestehenden Organisationsplanes für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Bezirksverwaltungsangelegenheiten vom 27.6.1994 wird der in der Anlage beigeschlossene Organisationsplan für den Katastrophenhilfsdienst der Stadt Steyr in der vorliegenden, überarbeiteten Fassung genehmigt.

Ich darf dazu etwas sagen: Sie haben alle zwei Austauschblätter bekommen, die Seiten 37 und 39 sind auszutauschen. Dann braucht das ganze Werk nicht neu geschrieben zu werden. Zur Sache selbst: Ich darf darauf hinweisen, daß das ein überarbeiteter Katastrophenhilfsplan ist. Dies ist eine überarbeitete Fassung des bestehenden Katastrophenhilfsplanes aus dem Jahre 1983. Dieser nimmt nur auf die neuen Bereiche im Magistrat Rücksicht. Es gibt jetzt nicht mehr Magistratsabteilungen sondern Geschäftsbereiche. Ich bin davon überzeugt, daß dieser Katastrophenplan in allernächster Zukunft inhaltlich noch einmal angeschaut werden muß. Es ist sicherlich das eine oder andere in den letzten 11 Jahren veraltet. Es sind zum Teil noch alte Pläne drinnen, die nicht mehr aktuell sind. Ich hätte einen Wunsch

anzubringen, der besonders den Bereich Einsatzleitung betrifft. Es sollte nicht nur einen, sondern mehrere Stellvertreter geben. Gerade in der letzten Zeit gibt es mit dem Leiter der Bezirksverwaltung Probleme. Er ist seit längerem im Krankenstand, mir konnte von seiten des Dienstgebers nicht mitgeteilt werden, wie lange sich der Krankenstand noch hinzieht. Es ist aber ein Interregnum bzw. ein langandauernder Zustand, der Handlungsbedarf auch von seiten des Dienstgebers fordert. Es hat sich im Sommer gezeigt, daß auch der Stellvertreter nicht immer dasein kann. Aber gerade beim Katastrophenhilfsdienst bzw. Katastrophenplan sollte es immer so sein, daß ein Stellvertreter erreichbar und immer im Dienst ist. Ansonsten bitte ich um Ihre Zustimmung zum vorliegenden Katastropheneinsatzplan.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, zum Wort gemeldet Kollege Stadtrat Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich habe an sich nur eine kurze Bemerkung zu diesem vorliegenden Organisationsplan für den Katastrophenhilfsdienst zu machen. Ich darf an Diskussionen im Stadtsenat erinnern, wo Gerüchte

*laut wurden, daß es eine Koordinierung mit dem Roten Kreuz bezüglich der Verwendung von Einrichtungsgegenständen gäbe. Vielleicht könnte man das hier auch dem hohen Gemeinderat zur Aufklärung mitteilen. Ich möchte wissen, ob dieses Einverständnis bezüglich der Mitbenützung der Einrichtungsgegenstände des Roten Kreuzes vorhanden ist.*

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

*Danke vielmals. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlußwort.*

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

*Ein Schlußwort vielleicht noch. Ich glaube auch, wir sollten diesen Katastrophenplan einmal mittels einer Übung nachvollziehen. Dann kann man genau beurteilen, was geändert werden muß.*

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITENMAYR:**

*Danke vielmals. Diese Anregung wird aufgenommen. Wir müssen nachdenken, wie man so etwas in die Tat umsetzen kann. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.*

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**DR. LEOPOLD PFEIL:**

*Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 11). Die Geschäftsführung des Museums Industrielle Arbeitswelt, Wehrgraben 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Heger, hat mit Schreiben vom 5.3.1994 an den Magistrat Steyr, zH des Kulturreferenten Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, um eine Förderung des genannten Museums für das Jahr 1994 angesucht. Das Museum Industrielle Arbeitswelt ergänzt seinen Wunsch mit einem umfangreichen mittelfristigen Gestaltungskonzept. Die beigefügte Aufstellung gibt Aufschluß über die Aufwendungen des laufenden Betriebsjahres. Die Personalkosten des Vereines als größte Aufwendungsposition sind in der Ausrichtung des Museums begründet, nämlich eine Bildungs- und Forschungsstätte zu sein, die sich durch ein umfangreiches Dienstleistungsangebot und eine intensive Veranstaltungstätigkeit von sehr hohem pädagogischem Wert von anderen Schaubetrieben unterscheidet. Daher leitet die unterfertigte Fachabteilung im Einvernehmen mit dem zuständigen Kulturreferenten, Herrn Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, die Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses - Sitzung vom 16. Juni 1994 - weiter, dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Mag. Gabriele Heger, für 1994 eine Förderung in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in*

der Höhe von 1 Million Schilling angedeihen zu lassen. Der genannte Betrag ist im Voranschlag 1994 auf der VA 1/3600/757000.7 - Heimathaus, Subvention, Museum Arbeitswelt - vorgesehen. Der Antrag lautet:

11) Fin-89/94

Museum Industrielle  
Arbeitswelt - Förderung 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 8. August 1994 soll dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch die do. Geschäftsführerin Frau Mag. G. Heger, eine Förderung für das Jahr 1994 in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von 1 Million Schilling gewährt werden. Zum genannten Zweck wird der genannte Betrag bei der VA 1/3600/757000.7 freigegeben.

Ich bitte um Zustimmung für diese 1 Million Schilling.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird das Wort gewünscht? Eine Wortmeldung, Kollege Philipps bitte.

GEMEINDERAT

MAG. HARALD PHILIPPS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eine kleine Anmerkung möchte ich mir doch erlauben. Es geht wohl eher

darum, daß diese 1 Million Schilling diesem Museum Arbeitswelt zugute geschrieben werden sollte bzw. daß diese Subvention auch gegeben werden sollte. Ich möchte Sie auch ersuchen, hier diesem Antrag zuzustimmen. Allerdings wurde auch im Kulturausschuß besprochen, daß es darum geht, daß wir vorerst die 2 Millionen Schilling als Dauersubvention ablehnen, weil wir der Meinung sind, daß spezielle Veranstaltungen bzw. Ausstellungen auch extra gefördert werden können. Das heißt im Klartext, daß hier diese 2 Millionen Schilling abgelehnt wurden und daß diese 1 Million Schilling als Art Dauersubvention gesehen werden kann, während die Möglichkeit einer zweiten Million allerdings gegeben ist. Ein entsprechendes Konzept liegt vor.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort gewünscht? Ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Der nächste Antragspunkt 12) Verein Industriemuseum Steyr, Jahressubvention 1994. Meine Damen und Herren, Sie wissen, die

Stadt Steyr ist dem Verein Industriemuseum beigetreten, mit der Absicht, diesen Verein zu fördern. Dieser Verein soll die industrielle Entwicklung in der Region Steyr seit dem Beginn der industriellen Revolution bis herauf zur Gegenwart und mit Ausblick in die Zukunft darstellen. Es haben sich namhafte Firmen an diesem Verein beteiligt. Der Verein ist auch über den Sommer sehr aktiv gewesen. Es hat einige sehr fruchtbare Gespräche gegeben, es sind auch vage Förderungszusagen bzw. Möglichkeiten für die Zukunft von namhaften Politikern in der Sommerzeit gemacht worden. Die sind noch in Verhandlung, deshalb möchte ich davon Abstand nehmen, näher darauf einzugehen. Ich ersuche Sie, der Jahressubvention in der Höhe von S 500.000,-- für den Verein Industrie Museum zuzustimmen.

12) Fin-161/94

Verein Industriemuseum Steyr -  
Jahressubvention 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 16. August 1994 soll dem Verein Industriemuseum Steyr eine Förderung für das Jahr 1994 in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von S 500.000,-- gewährt werden. Zu diesem Zweck wird der genannte Betrag bei der VA 1/3600/757000.7 - Heimathaus, Subventionen - freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird das Wort zu diesem Antrag gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenhaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem letzten Antrag geht es um einen sehr erfreulichen Antrag. Es soll die Prof. Anton Neumann-Medaille an Frau Frieda Meindl verliehen werden. Frau Frieda Meindl ist seit 25 Jahren ununterbrochen als Kursleiterin für die VHS tätig. Sie hat die Nähkurse über. Sie ist Schneiderin und hat das den Erwachsenen sehr gut beigebracht. Das ist ein Ausdruck für eine konsequente Lehrtätigkeit. Ich möchte noch kurz auf Prof. Neumann eingehen. Er war einer der Gründungsäter der VHS-Steyr. Prof. Neumann war ein Politiker der ersten Stunde. Er wurde 1949 in den Gemeinderat gewählt, wurde dann Vizebürgermeister und war dann Vertreter der Region Steyr im Nationalrat für die VDU. Ich darf nur einen Satz von unserem ehemaligen BRG-Direktor zitieren, den er in seiner Laudatio bei der Gründung der Medaille gesagt hat, es klingt irgendwie wie ein Märchen. Er stellte sein Nationalratsgehalt zur Verfügung, um diese VHS in den

Anfängen zu finanzieren. So lange, bis sie dann von der Gemeinde übernommen wurde. Nicht einmal seine eigenen Partei- und Fraktionskollegen haben davon gewußt. Er hat der VHS heimlich sein Gehalt gegeben. Deshalb ist ihm auch diese Ehre zugewiesen worden. Gerade in Zeiten wie diesen, wo man überlegt, Kurse zu streichen, sollte man darüber nachdenken, wie die VHS entstanden ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung, diese Medaille zu verleihen. Sie soll dann bei einem der nächsten Kursleiterabende überreicht werden. Der Antrag lautet:

13) VH-6367/83

Prof. Anton Neumann-  
Medaille, Verleihung 1994;

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB VI - FA für Erwachsenenbildung wird für ihre 25jährige Tätigkeit als Kursleiterin an der VHS-Steyr Frau Frieda Meindl die „Prof. Anton Neumann-Medaille“ verliehen. Frau Meindl ist seit dem Herbstsemester 1970 als Kursleiterin für Nähen und Schnittzeichnen tätig und hat sich auch durch ihre Mitwirkung bei der Gestaltung mehrerer Leistungsschauen besondere Verdienste um die VHS erworben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung.

Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Vizebürgermeister Dr. Pfeil für seine Antragstellungen und würde die nächste Berichterstatterin, Frau Stadtrat Ehrenhuber bitten.

BERICHTERSTATTERIN

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mein erster Antrag betrifft den Kindergarten Fabriksinsel. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

14) Bau5-7015/91

Kindergarten Fabriksinsel -  
GWG der Steyr-Daimler-  
Puch GesmbH, Erhöhung  
des Baukostenzuschusses;  
Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III - FA Hochbau vom 5.7.1994 wird der vorläufigen Erhöhung des Baukostenzuschusses an die GWG der Steyr-Daimler-Puch GesmbH von S 3 Mio. (GR-Beschluß vom 3.7.1992) auf S 4,3 Mio zugestimmt. Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 1,3 Mio. bei der VAS. 5/2400/010100.5 freigegeben. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen

Vollzug des Beschlusses ermächtigt.  
Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke vielmals. Zu Wort gemeldet  
Frau Kollegin Fuchs. Ich erteile Ihr  
das Wort.

GEMEINDERÄTIN  
ULRIKE FUCHS:  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
meine Damen und Herren! Ich  
möchte vorausschicken, daß  
Kindergärten eine sehr wichtige  
Einrichtung sind. Aber es ist nicht  
einzusehen, daß die Stadt Steyr für  
den Kindergarten Fabriksinsel der  
Steyr-Daimler-Puch GesmbH statt  
dem bisher vorgesehenen  
Baukostenzuschuß von S 3 Mio nun  
S 4,3 Mio gibt. Die ursprüngliche  
Rechnung der Baukosten von S 3 Mio  
ist nun auf S 5,5 Mio. gestiegen. Das  
sind Mehrkosten von 83 %. Dies  
beweist, daß es von Anfang an keine  
sorgfältige Planung und keine  
sorgfältige Kalkulation seitens des  
Bauherren gab. Der Bauherr verlangt  
jetzt den erhöhten Baukostenzuschuß  
von S 4,3 Mio statt dem am 3.Juli  
1992 vom Gemeinderat gewährten  
Zuschuß von S 3 Mio. Das bedeutet  
eine Erhöhung von 70 %. Eine  
derartige Budgetbelastung wird von  
uns künftig abgelehnt. Es wäre aber  
an der Zeit, Planungs- und  
Baukosten als Fixpreise zu  
vereinbaren, so wie es jeder private  
Häuslbauer auch macht.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke vielmals. Noch weitere  
Wortmeldungen? Noch eine, Frau  
Kollegin Bauer bitte.

GEMEINDERÄTIN  
FELICITAS BAUER:  
Wertes Präsidium, meine Damen und  
Herren! Dieser Antrag ist für mich  
ein wunderbarer Beweis für das  
Versagen der Zwillingspartei.  
Erstens wird hier wieder einmal  
bewiesen, daß beide unfähig sind, mit  
öffentlichen Geldern ordentlich zu  
wirtschaften und zweitens, daß beide  
unfähig sind, ordentliche  
Familienpolitik zu machen. Die  
jahrelang verfehlte Familienpolitik  
bringt nämlich mit sich, daß wir  
schön langsam nicht mehr wissen, wo  
wir das Geld für die vielen noch  
fehlenden staatlichen Versorgungs-  
plätze wie Kindergärten, Altenheime,  
Babybetreuung usw. hernehmen  
sollen. Die Frauen müssen ja arbeiten  
gehen, dies wird auch  
Selbstverwirklichung genannt. Aber  
wenn sie mit Frust und wenig Geld  
am Band stehen müssen, um einen  
halbwegs lebenswerten Standard  
halten zu können und es sich nicht  
aussuchen können, ob sie sich lieber  
der Kindererziehung oder dem  
Golfspielen widmen sollen, bekomme  
ich den Frust und werde mich bei  
diesem Antrag der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Noch eine Wortmeldung? Nicht  
mehr, Schlußwort Frau Referentin.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß seitens des Landes für einen zweigruppigen Kindergarten, so wie er auf der Fabriksinsel errichtet wurde, S 7,8 Mio. veranschlagt werden. Es wäre noch zu bedenken, daß es sich hier nicht um einen Neubau handelt, sondern um ein denkmalgeschütztes Haus und auch deshalb wegen diverser Vorschriften seitens des Landes bezüglich Denkmalschutz entsprechende Erhöhungen eingetreten sind. Auch durch das Bauplanbewilligungsverfahren, das ebenfalls durch die Landesbaubehörde verordnet wurde, entstanden weitere Kosten. Ich würde aber dennoch bitten, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich glaube, es ist ganz wichtig, Kindergartenplätze zu errichten, das ist ja angeklungen. Gott sei Dank können wir in der Stadt Steyr sagen, daß wir eigentlich eine Vollversorgung haben. Wir haben fast alle Kinder der Stadt Steyr in unseren Kindergarteneinrichtungen untergebracht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir müssen ein paar Kindergärten ersetzen, die nicht im besten Zustand sind, aber das mit der Vollversorgung ist ziemlich zutreffend. Man kann das auch im Vergleich mit anderen Städten sehr genau überprüfen. Um das Faß gleich ganz zum Überlaufen zu bringen,

möchte ich mitteilen, meine Damen, daß das noch nicht die Endabrechnung ist. Man kann ja nicht so tun, als wäre das schon alles erledigt. Es ist dort ein Bau aufgeführt worden, der zu den Meisterleistungen gehört in bezug auf die Revitalisierung von alten Gebäuden. Es soll das Leben in diese Bereiche zurückgeholt werden. Die Stadt soll in dieser Art und Weise lebenswert erhalten werden. Wenn man sich mit der Geschichte dieser Gebäude beschäftigt, dann wird man feststellen, daß das Gebäude die letzten 20 Jahre leergestanden ist. Wir haben dort die Brücke renoviert, den Vorplatz gemacht und diesen Kindergarten gebaut. Ich glaube, daß diese Renovierung in einer hervorragenden Weise gelungen ist. Es hat sich aber im Zuge der Umbauten - natürlich ist das bei so alten Häusern nicht vorprogrammierbar - einiges herausgestellt, das nicht so leicht zu bewerkstelligen gewesen ist. Frau Kollegin, Fixpreise bei Umbauten auszuhandeln, das ist ein wahres Kunststück. Entweder ist der Preis so hoch - das könnte man tun, aber da wäre uns auch nicht geholfen -, oder aber man muß damit rechnen, daß unvorhergesehene Entwicklungen nachprüfbar gemacht und genau abgerechnet werden. Das ist für diesen Teil der Fall, und wir haben nicht einfach die Hand aufgemacht und gezahlt, sondern es sind noch Rechnungen im Haus, die genau geprüft werden. Ich weise nur darauf hin, weil es unfair wäre, bei dieser

Gelegenheit und bei dieser Abstimmung nicht darüber zu reden. Ich würde Sie bitten, nunmehr über den Antrag abzustimmen. Wer für die Bezahlung dieses Betrages ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr, ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Wer übt Stimmenthaltung? Zwei Stimmenthaltungen! Ich danke vielmals. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

STADTRÄTIN

INGRID EHRENHUBER:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um eine Subvention an die Lebenshilfe OÖ. Der Antrag lautet:

15) Ha-4455/91

Lebenshilfe OÖ. -Subvention für Behindertenwohnheime Gleink;  
3. Teilbetrag.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB V vom 27.7.1994 wird von der mit Gemeinderatsbeschluß vom 5.12.1991 bewilligten einmaligen ao., nicht rückzahlbaren Subvention von S 6 Mio. an die Lebenshilfe OÖ. für die Errichtung von Behindertenwohnungen im Stadtteil Gleink der vorgesehene Teilbetrag für 1994 in Höhe von S 2 Mio. bei der VAST. 5/4130/777000.1 freigegeben.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Ich sehe

keine Wortmeldung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke der Frau Kollegin Ehrenhuber. Ich bitte den Kollegen Stadtrat Roman Eichhübl, seine Anträge vorzubringen.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Gußwerkstraße, werte Herren Bürgermeister und werte Damen und Herren des Gemeinderates, soll einerseits eine Trinkwassertransportleitung und andererseits eine Erdgasversorgungsleitung verlegt werden. Ich möchte nur darauf hinweisen - das ist auch im Amtsbericht enthalten -, daß die Bauarbeiten durch die ARGE Industrieaufschließung-Hinterberg durchgeführt werden sollen, da diese sehr kostengünstig angeboten hatten. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

16) StW-43/94

Ausbau der Gußwerkstraße -  
Baulos 1994 - Verlegung der  
Erdgas- und Trinkwasserver-  
sorgungsleitungen,  
Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 27. Juni 1994 wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Gußwerkstraße, Baulos 1994,

nachstehender Auftragsvergabe für die Neuverlegung von Erdgas- und Trinkwasserversorgungsleitungen zugestimmt:

1) Wasserleitungenbau

a) Tiefbauleistungen

ARGE Industriaufschließung  
Hinterberg

Anteil S 229.200,--

b) Ankauf der Sphärogußrohre

Firma Kontinentale HG, Wels  
S 421.330,--

c) Einbau Streckenschieber

Firma Höller-Eisen, Oberweis  
S 13.900,--

d) Rohrtransport

städt. Wirtschaftshof

Anteil ca S 3.000,--

Alle Beträge exklusiv MWSt.

II) Gasleitungsbau

a) Tiefbauleistungen

ARGE Industriaufschließung  
Hinterberg S 94.300,--

b) Ankauf der Sphärogußrohre

Firma Kontinentale HG, Wels  
S 181.900,--

c) Einbau Streckenschieber

Firma Höller-Eisen, Oberweis  
S 3.900,--

d) Rohrtransport

Städt. Wi-Hof

Anteil ca S 2.000,--

Alle Beträge exklusive MWSt.

Die erforderlichen Mittel für den Wasserleitungsausbau sind von den Stadtwerken Steyr aufzubringen. Die benötigten Mittel für den Gasleitungsbau werden vorerst über einen bei der Bank Austria-Länderbank laufenden Kontokorrentkredit finanziert. Nach Vorlage der Endabrechnung für das

Bauvorhaben werden die getätigten Investitionsmaßnahmen entsprechend eines Beschlusses des Vergabegremiums vom 5.5. dJ. aus Mitteln des Sparkassenfonds Steyr als zinsenloses Darlehen finanziert.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung über den von mir vorgetragenen Antrag zu eröffnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, alle sind damit einverstanden, daß die Gußwerkstraße ausgebaut wird. Wir kommen zur Abstimmung. Wer einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Gegenstimmen, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bin schon ein bißchen ermüdet.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Im neu zu errichtenden Verwaltungsgebäude Kommunalzentrum Steyr-Tabor sollen Büromöbel für die Büroräume der Stadtwerke angeschafft werden, da die derzeit benutzten Einrichtungsgegenstände aufgrund der hohen Standzeit nicht mehr entsprechend geeignet sind. Daher lautet der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

17) Stadtwerke-55/94

Verwaltungsgebäude

Kommunalzentrum Steyr-Tabor,  
Ankauf der Büromöbel für die  
Büroräume der Stadtwerke.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes der  
Direktion der Stadtwerke vom 16.  
August 1994 wird der Auftrags-  
vergabe für die Lieferung der  
Büromöbel im Verwaltungsgebäude  
des Kommunalzentrums Steyr-Tabor  
an die Geschützte Werkstätte  
GesmbH, Linz, gemäß Anbot vom 22.  
Juni 1994 zum Anbotpreis von S  
882.912,-- exkl. 10 % USt.  
zugestimmt. Die Stadtwerke werden  
nach Vorliegen der Endabrechnung  
beim Landesinvalidenamts einen  
entsprechenden Antrag zur  
Rückerstattung einer 15%igen  
Prämie - das sind rund S 132.400,-- -  
stellen, wodurch sich die Kosten auf  
rd. S 751.000,-- verringern. Die  
Finanzierung bedarf einer  
gesonderten Beschlußfassung durch  
das Vergabegremium des Sparkassen-  
fonds Steyr. Durch die gegebene  
Dringlichkeit (eine Übersiedlung der  
Stadtwerkeverwaltung in das  
Kommunalzentrum wird für Ende  
Oktober 1994 angestrebt) wird gemäß  
§ 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt  
Steyr 1992 der Magistrat zum  
sofortigen Vollzug ermächtigt.

Ich darf, Herr Bürgermeister, mit  
Ihrem Einverständnis eine  
Anmerkung machen. Diese  
Anmerkung ist auch gleichzeitig  
mein Schlußwort. Wir, die  
Fraktionen, haben im Stadtsenat  
Rücksprache und Beratungen  
abgehalten. Ich hoffe, daß Sie mit

diesem Antrag auf Vergabe an die  
von mir genannte „Geschützte  
Werkstätte“ einverstanden sind. Ich  
darf mir noch eine Anmerkung  
erlauben. Es ist doch ein  
Konkurrenzverhältnis zur örtlich  
ansässigen Wirtschaft vorhanden.  
Diese Bedenken wollte ich auch noch  
in diesem Gremium einbringen.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke. Wortmeldungen?

Unverständliche Zwischenrufe.

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Ich verzichte darauf!

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Was ist bitte?

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Bitte, da geht es nur um eines. Es ist  
ganz einfach aufzuklären. Es war  
sogar ich, der diesen Vermerk  
dazugemacht hat und zwar ist der  
Antrag ursprünglich so formuliert  
gewesen, daß aufgrund einer Zusage  
der zuständigen Magistratsabteilung  
die Mittel vom Sparkassenfonds  
bereitgestellt werden. Das war zu  
einem Zeitpunkt, wo das Sparkassen-  
gremium noch keinen Beschluß gefaßt  
hat. Inzwischen ist der Beschluß des  
Sparkassengremiums erfolgt und  
nachgeholt worden. Also stimmt das  
eigentlich doch wieder. Alles klar?

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Ist diese Antwort ausreichend?

Zwischenruf: Die Änderung, die heute aufgelegt wurde - Stadtsenat ...

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Ja, weil es in der Zwischenzeit vom Sparkassenfonds sanktioniert worden ist!

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Also, wir haben festgestellt, daß hier die Fristen ein Problem gewesen sind und daß hier die Sitzung des Sparkassenrates erst später getagt hat. Eine Wortmeldung dazu, Kollege Zagler. Er kann das vielleicht noch besser erklären.

STADTRAT  
DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:  
Nachdem sich der Kollege Eichhübl gerne selbst das Schlußwort erteilt hätte, dieses Thema aber noch nicht fertig behandelt ist, möchte auch ich noch einiges dazu sagen. Geschätzte Vorsitzende, liebe Kollegen! Erstens freut es mich wirklich, den Fortschritt beim Kommunalzentrumsumbau auch in der Einrichtung feststellen zu können. Es freut mich aber ein bißchen weniger, daß sehr oft Finanzierungen für die Stadtwerke aus dem Sparkassenfonds getätigt werden. Besonders dann, wenn man bedenkt, daß der Referent aus den Reihen der freiheitlichen Partei kommt, die immer sagt:

„Verschleudert keine Gelder für irgendwelche Detailinvestitionen!“ Es vergeht kaum eine Stadtsenatssitzung, ohne daß aus Deinem Amtsbereich Anträge gestellt werden. Es soll so sein, wir haben uns für das Kommunalzentrum entschieden. Was mich dazu veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist, daß auch bei Beachtung der örtlichen Wirtschaftslage und Konkurrenzverhältnisse der soziale Aspekt dieser Sache nicht vergessen werden darf. Die Arbeitnehmer, die im Rahmen der Geschützten Werkstätte arbeiten, bekommen die Chance, etwas zu tun. Dies ist ein großer Meilenstein unserer Sozialpolitik. Ich weiß schon, was Du im Schlußwort, wenn Du es bekommst, sagen willst: „Diese Möbel werden nicht in Steyr gebaut!“ Sie werden aber von einer Organisation, die landesweit arbeitet, hergestellt. Die Organisation nennt sich „Geschützte Werkstätte“. Diese Werkstätte beschäftigt Steyrer Mitbürger, die sonst keine Arbeit finden würden. Somit finden auch die Personen eine sinnvolle Beschäftigung. Es ist ja nicht so, daß die örtliche Wirtschaft dadurch ausgelöscht wird, sondern ich erachte das schon als sinnvolle Ergänzung. Ich bin froh, daß ein öffentlicher Auftraggeber wie hier die Stadtwerke auf solche Bezugsquellen zu- und zurückgreift und nicht irgendwo ausländische Zukäufe tätigt.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Doch! Entschuldigung Frau Kollegin Scheucher.

GEMEINDERÄTIN  
EVA SCHEUCHER:  
Nein, lassen wir es.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Sie ziehen zurück? Es geht aber ohne weiteres noch. Bitte sehr!

GEMEINDERÄTIN  
EVA SCHEUCHER:  
Ich glaube, ich bin mit dem Aufzeigen zu langsam. Ich wollte eigentlich nur einmal von Grüner Seite ein Lob anmerken. Wir haben das wirklich sehr positiv vermerkt, daß der Auftrag über diese Büromöbel an die „Geschützte Werkstätte“ gegangen ist. Du hast mir das im wesentlichen vorweggenommen. Also von uns aus ist das wirklich eine ausgesprochen positive Angelegenheit. Danke.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke, Schlußwort der Referent.

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Ja, der Kollege Zagler hat mir den selbst erteilten Verzicht auf ein Schlußwort weggenommen. Aber ich werde mich trotzdem relativ kurz halten. Nachdem er in seinen Ausführungen darauf eingegangen ist und den Vorwurf geäußert hat, daß es kaum eine Tagungsordnung

gibt, wo kein Antrag der Stadtwerke vermerkt ist, darf ich Ihm das zurückgeben und einige Worte dazu sagen: Zu diesem Faktum hat er in seiner Aufgabe als Finanzreferent sehr viel beigetragen. Wir werden heute noch einige Anträge behandeln, wo ähnlich vorgegangen wurde. Zum Beispiel im Bereich der Erdgasversorgung, wo bekanntlicherweise die Investitionssummen auf Null reduziert wurden. Daher, glaube ich, gibt es noch eine Gelegenheit, näher darauf einzugehen. Daher verzichte ich auf weitere Ausführungen.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nummer 18) bitte.

STADTRAT  
ROMAN EICHHÜBL:  
Ich richte es mir nur her, Herr Bürgermeister. Ich habe bereits den Anschluß wieder gefunden. Der Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, meine Damen und Herren, betrifft ..... Ich glaube, der Kollege Holub wollte etwas sagen, Herr Bürgermeister. Nein? Dann darf ich mit meiner Berichterstattung fortfahren. Meine Damen und Herren des GR, der nächste Antrag betrifft die Verlustsätze des Stadtbades und der Kunsteisbahn. Ich darf mich kurz fassen und lediglich auf den Antragstext eingehen. Es ergeht der

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

18) ÖAG-Stadtwerke-183/93  
Verlustersätze Stadtbad  
und Kunsteisbahn 1993;

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 20. Jänner 1994 wurde den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in Höhe von 80% d.s. S 6,4 Mio der von der Stadt Steyr voraussichtlich zu leistenden Verlustersätze für 1993 (Stadtbad und Kunsteisbahn) gewährt. Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 1. August 1994 wird nunmehr der Restbetrag des insgesamt für das Jahr 1993 resultierenden Verlustes des Stadtbaades und der Kunsteisbahn von S 9,620.735,35 in Höhe von S 3.222.752,35 den Stadtwerken ersetzt. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von S 2,2 Mio von der VAST. 1/8790/759200.5 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung von S 1,02 Mio. bei der gleichen VAST. bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Herr Bürgermeister, ich darf Sie bitten, die Diskussion zu eröffnen bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zum Wort gemeldet der Kollege Spöck. Ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT  
WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Kollege Eichhübl nach Anschlußfindung! Zum vorliegenden Antrag hätte ich zwei Fragen. Zunächst einmal zum Stadtbad. Ich hätte eine Frage zum vorliegenden Auszug der Gewinn- und Verlustrechnung. Mir ist aufgefallen, daß beim Personalaufwand eine Steigerung um fast S 1 Mio. zu erkennen ist. Ich ersuche um Aufklärung. Die zweite Frage betrifft die Kunsteisbahn. Im besonderen ist mir hier der Materialaufwand als besonderer Posten aufgefallen. Der Materialaufwand hat eine Steigerung von ca. S 400.000,--. Wenn man das schmunzelnd betrachtet, könnte man sich fragen, ob hier mit Speiseeis gearbeitet wurde. Ich ersuche um Aufklärung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Für das Protokoll: Ich habe den Vorsitz übernommen. Ich ersuche den Herrn Stadtrat um das Schlußwort. Zurück - Wortmeldung ist offen. Stadtrat Zagler.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bitte gerne, Du weißt doch, ich liebe es.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Man soll diese Punkte wie

Verlustersatz Stadtbad und Kunsteisbahn nicht ohne Kommentar vorübergehen lassen. Man muß die Aufwandssteigerung der Kunsteisbahn etwas näher betrachten. Aber es ist auch eine höchst erfreuliche Einnahmenentwicklung zu verzeichnen. Dies hat zwei Gründe, einer davon ist sicher die beschlossene Tarifierung. Aber der Hauptgrund ist der, daß die Attraktivität der Kunsteisbahn um ein Erhebliches gestiegen ist. Es sind mehr und besser genutzte Schleiftage eingetreten. Bei einem Vergleich der Saisonen 92/93 und 93/94 erkennt man eine deutliche Steigerung des Umsatzes. Man hat sich von S 600.000,- auf S 1,2 Mio. verbessert. Der Umsatz wurde fast verdoppelt! Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Wir waren gestern im Linzer Desing-Center, wo wir erfahren haben, daß die benötigte Milliarde des Desing-Centers von der Stadt Linz und auch vom Land finanziert wurde. Das ist so eine Sache. Wir auf der Kunsteisbahn haben - ohne Anrechnung der Investition - fast einen kostendeckenden Betrieb. Das ist eine durchaus erfreuliche Entwicklung. Ich möchte mich bedanken, vor allem bei denen, die diese Überdachung möglich gemacht haben.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Keine weitere Wortmeldung. Herr Stadtrat, bitte das Schlußwort.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Ich möchte vorerst auf die Fragen vom Kollegen Spöck eingehen. Er hat aufmerksam zugehört und bemerkt, daß ich den Anschluß wieder gefunden habe. Wir haben leider noch nicht über die öffentlichen Verkehrsmittel diskutiert, denn da hätte ich ihn womöglich wieder verloren. Zu diesem Thema würde man einiges berichten können, vor allem was den Verlust angeht. Die meisten Themen wurden vom Kollegen Zagler eingebracht. Aber um konkret zu werden, die Umsatzerlöse des Stadtbades für das Jahr 1993 enthalten folgende Posten: Die Tageseinnahmen des Freibades und des Hallenbades und der Sauna belaufen sich auf einen Gesamtbetrag von S 2.098.601,-. Die Einnahmen für den Verkauf von Saisonkarten betragen S 11.090,-. Pensionistenkarten wurde in einem Ausmaß von S 142.827,- verkauft. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten eine Teilauflösung der Abfertigungsrückstellung von S 140.736,-. Alle übrigen Posten sind Erträge unter S 100.000,-. Beim Materialaufwand - es ist noch immer das Stadtbad gemeint - schlagen sich die Reinigungs- und Desinfektionsmittelverbräuche zu Buche. Der Stromverbrauch für Frei- und Hallenbad beträgt S 818.857,-. Der Erdgas- und Wasserverbrauch ist mit S 856.974,- und S 336.180,- sicher erwähnenswert. Bei den anderen Aufwendungen sind die Instandhaltungskosten des Frei- und Hallenbades mit S 881.658,- enthalten. Ich habe die Posten bereits

personalmäßig aufgeschlüsselt, aber ich glaube, es ist wichtig, dem Gemeinderat das System grundsätzlich zu erklären. Diese Zahlen sind einer Steigerung des Berichtszeitraumes unterlegen. Die Kunsteisbahn - ich darf jetzt auf Deine Frage eingehen - hat als größten Aufwand den Materialaufwand zu verzeichnen. Ich will den Gemeinderat nicht zu lange damit beschäftigen, weil wir ja schon einmal darüber diskutiert haben. Der Materialaufwand beinhaltet den Stromverbrauch mit S 530.000,-- sowie den Wasserverbrauch mit S 494.690,--. Jetzt komme ich zu dem, was der Kollege Zagler in seinen Ausführungen angedeutet hat. Natürlich, meine Damen und Herren, möchte ich nicht hinterm Berg halten, daß die Überdachung der Kunsteisbahn eine höhere Besucherzahl gebracht hat, das ist richtig. Mit dieser Aussage hat der Kollege Zagler schon recht. Ich glaube, das kann man wertfrei sagen. Wir von der freiheitlichen Fraktion hätten allerdings eine andere Prioritätenreihung in der Gestaltung der Freizeitmöglichkeiten vorgenommen. Herr Kollege Zagler, was ich jetzt sage, ist gar nicht so lustig! Es dürfte Deiner Aufmerksamkeit entgangen sein, daß wir größere Probleme im Hallenbad haben. Es wäre unser Anliegen gewesen, daß man vorher das Hallenbad renoviert. Denn hier, meine Damen und Herren, verlieren wir täglich 20 m<sup>3</sup> Wasser. Ich brauche Ihnen sicher nicht näher erklären, was dies

bedeutet. Hier verlieren wir nicht nur normales Wasser, sondern aufbereitetes Wasser. Es ist auch die Temperatur des verlorenen Wassers ein großes Problem. Der Kollege Zagler hat auf die Zahlen der Saison 93/94 hingewiesen. Hier hat er bemerkt, daß die Schleiftage angezogen haben. Ja, die haben tatsächlich zugenommen. Es ist auch die Besucheranzahl 1993 im Vergleich zur Saison 1992 wesentlich angestiegen. Lieber Herr Kollege Zagler, man darf aber auch die Kosten der Errichtung nicht unberücksichtigt lassen. Diese Überdachung hat eine Menge Geld gekostet. Wenn man jetzt die erfreulichen Zahlen, die ich durchaus anerkenne, betrachtet, stellt man fest, daß es noch einige Zeit dauern wird, bis sich diese Geschichte amortisiert.

Unverständliche Zwischenrufe.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das habe ich ja gesagt! Das sind ja Rückstellungen, Lohnerhöhungen ....

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLIK:

Ist der Herr Stadtrat in der Lage, diese Frage zu beantworten. Ja oder nein?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bitte, ich habe das beantwortet, ich bin darauf eingegangen, daß auf personeller Ebene .....

Unverständliche Zwischenrufe.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Schlußwort bitte!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die Pensionistsätze habe ich erwähnt, die Lohnerhöhung habe ich auch angesprochen! Die Pensionistsätze habe ich sicherlich behandelt, das weiß ich! Wenn es dem Kollegen Spöck nicht ausreicht, bin ich gerne bereit, ihm eine genaue und detaillierte Auflistung zu übermitteln.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir kommen zur Abstimmung! Wer stimmt dem Antrag zu, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Der nächste Antrag betrifft das städtische Gaswerk. Nämlich die Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges im Bereich Ennser Straße zu den Gewerbeobjekten Gleink und die Vergabe der damit verbundenen Leistungen.

19) Stadtwerke-56/94

Städt. Gaswerk -Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges im Bereich Ennser Straße zu den Gewerbeobjekten Gleink; Vergabe der Leistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion vom 23. August 1994 wird im Zusammenhang mit der Neuverlegung eines Erdgasversorgungsstranges im Bereich Ennser Straße zu den Gewerbeobjekten Gleink nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

**1. Tiefbauarbeiten**

Firma Illma BaugesmbH, Steyr  
S 464.524,-- excl. USt.

**2. Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke**

Fa. Kontinentale HG, Wels  
S 191.643,-- excl. USt.

Die benötigten Mittel für die Verlegung eines Erdgasversorgungsstranges sollen vorerst über einen bei der Bank Austria - Länderbank laufenden Betriebsmittelkredit finanziert werden. Nach Vorlage der Endabrechnung für das Bauvorhaben sollen die getätigten Investitionen aus Mitteln des Sparkassenfons Steyr als zinsenloses Darlehen finanziert werden.

Wie es im Amtsbericht angeführt wird, geht es im besonderen um die Firma Wittner, die beabsichtigt, auf Erdgas umzustellen. Du hast etwas sehr Wichtiges angesprochen, nämlich den Umweltgedanken. Bei diesem Punkt gebe ich Dir vollkommen recht. Ich glaube - und da wird mir jeder beipflichten -, daß gerade dieser Bereich, der nicht ganz zu durchleuten ist, von besonderer Bedeutung ist. Daher kann man eine Rentabilitätsrechnung oder Amortisationsberechnung in Zahlen

nicht genau ausdrücken. Auf das hast Du hingewiesen. Wenn man nach dem gehen würde, Herr Kollege Zagler, dann dürfte man eigentlich die gleichen Anwendungen, die Du heute vorgebracht hast, auch im Bereiche der Stromversorgung vorbringen. Dann hätte niemand eine Chance, wenn er etwas außerhalb wohnt, an Strom zu kommen. So ungefähr verstehe ich das. Die Geschichte, die Du da über die WAG und die Verhandlungen über die Fernwärme vorgebracht hast, die liegt schon länger zurück. So weit ich informiert worden bin, ist das schon seit einigen Jahren von der WAG ausgesprochen worden, daß dort keine Fernwärme geliefert wird bzw. kein Fernheizwerk errichtet wird. Ich glaube, das sollte man der Korrektheit halber sagen. Aber Du, Kollege Zagler, bist ja selber in der Situation, daß Du viele Anfragen bezüglich eines Erdgasanschlusses bekommst und gleichzeitig schon viele Zusagen gemacht hast, wie zB bei der Waldrandsiedlung. Hier hast Du nicht nach der Rentabilität gefragt! Du hast sofort den Referenten bemüht! Selbstverständlich hast Du auch bei jeder Gelegenheit daraufhingewiesen, daß die Waldrandsiedlung mit einzubeziehen ist. Hier hast Du auch in mir einen Befürworter gefunden. Es ist die Aufgabe eines Erdgasversorgungsbetriebes, entsprechende Anschlüsse herzustellen. Wenn Du den Verbund ansprichst, lieber Kollege Zagler, dann gebe ich Dir schon recht, daß man deutlich sagen muß, daß in den

letzten Jahren Gewinne in der Höhe von S 20 bis 30 Mio. erwirtschaftet wurden. Andererseits muß man einmal klar und deutlich sagen, daß dieses Geld nicht dem Unternehmen - sprich dem Bürger - zugute kommt, sondern im gesamten betrachtet werden diese Gelder für Verlustausgleiche der Verkehrsbetriebe verwendet. Das muß man dem Bürger schon einmal klar sagen. Es muß dem Bürger klar werden, daß er mit seinen Beiträgen die Verluste der Verkehrsbetriebe deckt. So schaut es in Wahrheit aus! Wenn Du Dir jetzt Sorgen um die finanzielle Entwicklung machst, dann gebe ich Dir recht, lieber Kollege Zagler. Aber bitte sage einmal klar und deutlich als Finanzreferent dieser Stadt, was Dir der öffentliche Verkehr wert ist! Die Frage habe ich bei meinem Amtsantritt klar und deutlich in den Raum gestellt, aber sie ist mir noch immer nicht richtig beantwortet worden. Der Kollege Spöck hat reklamiert, daß ich eine Frage nicht beantwortet habe. Ich werde das sicher nachholen, aber ich glaube, das ist schon eine gravierende Sache und auch die Kollegen der Österreichischen Volkspartei erinnerten mich daran, als es darum ging, Tarife anzuheben. Bitte, man muß einmal klar und deutlich sagen, was der Gemeinde der öffentliche Verkehr wert ist und nicht die Rechnung umgekehrt rechnen und ständig einem gesunden Unternehmen die Substanz für weitere Aufschließungsmaßnahmen entziehen. Damit bin ich fertig.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLIK:

Aber die Lortzinggasse wird aufgeschlossen und darüber stimmen wir jetzt ab. Wer dafür ist, gibt ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke. Jetzt Herr Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT  
KARL HOLUB:

Manchmal, meine Damen und Herren, frage ich mich, was aus der Stimmung im Gemeinderat werden soll, wenn Herr Eichhübl und Herr Zagler sich verlieren. Es wird uns wirklich etwas abgehen. Ihr zwei schafft es wirklich tadellos, daß man bei einer Diskussion über ernsthafte Dinge nicht mehr zuhören kann. Das ist ein echter Jammer. Ich hoffe dennoch, daß der nächste Antrag die Zustimmung finden wird. Es handelt sich um eine Kreditübertragung von S 150.000,-- für den Bereich Alten- und Pflegeheim Steyr.

21) Fin-179/94

Kreditübertragung S 150.000,--  
von VASt. 1/4200/043000.9  
auf VASt. 1/4200/618000.4;

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der Leitung des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 26.7.1994 wird einer Kreditübertragung im Ausmaß von S 150.000,-- von der VASt. 1/4200/04300.9 auf die VASt. 1/4200/043000.4 zugestimmt. Die Deckung dieser Kreditübertragung

hat durch die VAST.  
1/4200/043000.9 zu erfolgen.

Diese Kreditübertragung rührt daher, daß man beim Budgetieren für das Jahr 1994 den Streichstift ansetzt hat. Es wurden deshalb Reparaturen nach hinten gesetzt. Man kann nicht so einfach ein Reparaturverbot verordnen! Daher ist der erwartete Reparaturbedarf gegenüber der Vorschau der Finanzplanung eingetreten. Es kommt uns sehr entgegen, daß die Kreditübertragung möglich ist. Es wurden bereits einige Investitionen vom Vorjahr schon aus vorhandenen Mitteln bezahlt. Ich darf Sie trotz meiner ursprünglichen Neigung ersuchen, dieser Kreditübertragung zuzustimmen. Obwohl ich Kreditübertragungen sicherlich für eine Vergewaltigung von Haushaltsvoranschlägen halte, bitte ich, dem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLIK:

Wortmeldungen? Keine. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke, Herr Stadtrat Holub. Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister. Nächster Bericht-erstatte ist Herr Stadtrat Schloßgangl.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, es sei Ihm das Wort erteilt.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um das Kommunalzentrum, I. Bauetappe, Adaptierung des Bürogebäudes. Der Antrag lautet:

22) Bau5-201-93

1. Bauetappe - Adaptierung des Bürogebäudes; Vergabe weiterer Arbeiten; Bewilligung einer Kreditüberschreitung.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 30.6.1994 wird der Vergabe der nachstehenden Arbeiten im Zusammenhang mit der Adaptierung des Bürogebäudes des Kommunalzentrums wie folgt zugestimmt:

A)P)1 Fliesenlegerarbeiten  
Fa. Oberlininger, Steyr  
netto S 193.064,15

B)P)1 Bodenlegerarbeiten  
Fa. Gschiel, Traun  
netto S 494.366,01

C)P)1 Baufeinreinigung  
Fa. Neu Raumpflege, Linz  
netto S 111.350,--

D)P)1 Trockenbauarbeiten  
Fa. Perchtold, Gmunden  
netto S 479.239,--

E) Telefonanlage  
netto S 56.163,20

F) Div. kleinere Arbeiten  
netto S 60.000,--

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 1,394.200,00 bei VAST. 5/0290/010100.2 durch Kreditüberschreitung bewilligt und freigegeben. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen. Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft den Fußgängerübergang Plenkberg.

23) Bau 3-7623/89

Fußgängerübergang Plenkberg;  
Grundeinlöse; Endvermessung;  
Bauaufsicht; Schlußrechnung,  
Antrag auf Mittelfreigabe und  
Kreditübertragung;

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA

Bauwirtschaft und Tiefbau vom 20. Juni 1994 werden für die Grundeinlösung zur Errichtung des Fußgängerüberganges Plenkberg an die WAG Linz S 159.000,- und für die Abwicklung der Schlußrechnung des Ziv. Ing. Büros Spirk, Salzburg, für die Bauaufsicht S 18.408,- bewilligt. Die erforderlichen Mittel in Höhe von zusammen S 178.000,- werden bei VAST. 5/6121/002000.5 in Form einer Kreditübertragung auf VAST. 5/6120/002350.6 (Straßenbau Kronbergweg) freigegeben. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr.

24) Bau 4-410/91

Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr; Mittelfreigabe 1994 für Planungsarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 4. August 1994 und des Vergabebeschlusses des Gemeinderates vom 4.

März 1993 wird der weiteren Mittelfreigabe für Teilrechnungen für Planungsarbeiten der „Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Steyr“ in Höhe von S 2,9 Mio. inkl. MWSt. bei VSt. 5/6120/002450.4 zugestimmt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Pfeil, ich erteile es Ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe heute unter dem Tagesordnungspunkt „Berichte des Herrn Bürgermeisters“ etwas gehört, was mich schon sehr erstaunt hat und deshalb müssen wir jetzt etwas darüber diskutieren. Es wurde anscheinend verabsäumt, in den Gremien zu diskutieren. Ich habe heute gehört - ich bitte Sie, mich zu korrigieren, wenn ich mich verhört haben sollte -, daß offensichtlich jetzt die Stadt Bauherr sein soll. Ist es jetzt wirklich so, daß wir einreichen müssen? Ich bitte Sie, mich zu korrigieren, wenn dies falsch ist. Das heißt, wir sollen Bauherr sein! Aber es wurde immer davon gesprochen, daß die ÖBB der Bauherr ist! So soll es - meiner Meinung nach - auch bleiben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

*Vielleicht ist es auch so. Aber wenn die ÖBB ein neues Schleppgleis errichten will, dann liegt es an ihr, Druck zu machen. Wenn sie interne Probleme haben, dann müssen die das auch selber ausbaden. Es sollen die Verkehrsprobleme in Steyr gelöst werden. Wenn schon der Baudirektor der österr. Bundesbahn persönlich in Steyr war, dann hätte ich mir vorgestellt, den Stadtrat für Bauangelegenheiten einzuladen. Ich weiß nicht, ob er dabei war, ich weiß aber, daß der Verkehrsreferent nicht eingeladen wurde. Vielleicht hätte dieser bei so einer Besprechung etwas zu sagen gehabt. Zu den Kosten möchte ich auch etwas sagen: Es wurden für diese Projekt S 80 Mio. geplant. Der Planer hat diesen Auftrag aufgrund seines Preises, seiner Schnelligkeit und seiner Durchführbarkeit entgegen der Meinung des Gestaltungsbeirates bekommen. Mittlerweile werden hier Kosten veranschlagt, die im Bereich von S 120 Mio liegen. Andere Bauleute sagen, das kostet noch wesentlich mehr. Ich frage Sie, Herr Bürgermeister, sagen Sie uns heute, wie weit die Kosten bereits vor dem ersten Spatenstich angestiegen sind. Das wäre ganz interessant. Wenn die S 120 Mio überschritten werden, könnte man schon über eine Tunnellösung reden. Dies wäre dann für das Stadtbild sicher eine verträglichere Lösung. Ich ersuche Sie, hier Auskunft zu geben. Wenn die Stadt nicht Bauherr sein sollte,*

*dann freut es mich. Denn wenn so eine Kostensteigerung zu erwarten ist, bin ich froh, daß die Stadt nicht Bauherr ist. Wer zahlt denn dann die Differenz? Denn zwischen S 80 Mio. und S 120 Mio ist eine hohe Differenz zu erkennen, wenn ich noch halbwegs rechnen kann. Danke.*

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

*Ich gebe den Vorsitz ab und werde mich kurz an der Diskussion beteiligen.*

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

*Ich übernehme den Vorsitz und erteile Dir das Wort.*

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

*Herr Dr. Pfeil, ich habe versucht, in meiner Berichterstattung auf das Problem hinzuweisen. Ich habe mich, so wie es aussieht, mißverständlich ausgedrückt. Wir sollen hier - um die bahnminternen Hürden zu umgehen - das Projekt einreichen. Das heißt, es ist dann ein bahnfremdes Projekt, so die Begriffsbestimmung der Bahnfachleute und des Baudirektors. Wenn hier ein bahnfremdes Projekt eingereicht wird, dann kann auch eine Ausschreibung erfolgen, die die echten Kosten aufzeigen kann. Wir kommen dadurch schneller zu unserem Ziel, nämlich hier das eisenbahnrechtliche Verfahren zur Abwicklung zu bringen. Das sind die Hintergründe. Ich habe schon gesagt, daß wir bei den ursprünglichen*

Gesprächen über Finanzvereinbarungen zw. dem Bund, Land und den Gemeinden von Kostenschätzungen ausgegangen sind, welche von der ÖBB-Planungsabteilung gekommen sind. Der Chefplaner der Bundesbahnen, der Dipl.-Ing. Herbaschek, hat hier diese Summe genannt und sie war Basis für die Verhandlungen mit dem damaligen Bundesminister Streicher sowie dem damaligen Generaldirektor der Bundesbahnen, Übleis, und dem Herrn Landeshauptmann. Wir haben nach vielen Anläufen erreicht, hier einen Betrag von etwas weniger als S 40 Mio von der Bahn über das Bundesbudget zu bekommen. Es ist uns - ich glaube im dritten oder vierten Anlauf gelungen - auch durch die Unterstützung des Herrn Landesrates Pühringer, daß wir beim Landeshauptmann den Durchbruch erreichten und eine Zusage von S 20 Mio erhielten. Der Rest hätte von der Stadt aufgebracht werden müssen. Im Zuge der ganzen weiteren Entwicklung, die wir gemeinsam durchgemacht haben, sind einige andere Projekte zur Debatte gestanden. Es hat hier das Projekt des Architekten Schmid vom Gesichtspunkt der Funktionalität und von der Kostenseite her den Zuschlag bekommen. Es entsprach nicht ganz den Vorstellungen des Gestaltungsbeirates, aber das ist uns bekannt. Wenn wir jetzt feststellen, daß sich nach einer intensiven Planungsphase und Detailplanung Kosten ergeben, die sich in der Gegend von S 120 Mio bewegen - dabei handelt es sich auch

um Kostenschätzungen, die allerdings auf einer Detailplanung beruhen -, dann finde ich das sehr hoch. Diese Entwicklung ist natürlich bedauerlich, wir müssen uns aber diesen Umständen stellen. Wir müssen auch überlegen, was in so einem Fall getan werden kann. Ich habe angeordnet, daß, wenn möglich, eine Abspeckung stattfinden soll. Vor allem muß eine genaue Zuordnung der Mehrkosten gemacht werden. Man kann schon, ohne daß man diese Analyse genau kennt, als Fachmann feststellen, daß da bahnhinterne Wünsche mit eingeflossen sind. Zum Beispiel eine eigene Abstiegsrampe bzw. Stiege zur Bahnmeisterei, verschiedene Arbeiten im Bereich der Schienen und vor allem eine Vergrößerung gewisser Flächen wie zB auf dem Parkdeck bei der Bahnhofüberbauung für die Bundesbusse. Es ist gleichgültig, ob das jetzt Bahn- oder Postbusse sind. Man hat sich hier eine räumliche Vergrößerung der Verhältnisse vorgestellt. Die Herrschaften haben zur Sprache gebracht, daß sie Wartebuchten für Busse benötigen. Jetzt, wo wir wissen, daß hier noch zwei Busse Platz finden sollen, sprechen wir von einem Straßenstück, das 30 m oder mehr breit ist. Das alles auf diesen Stützen und auf diesen Fundamenten usw.! Die Überlegung, das Schleppgleis für den Güterverkehr nach Münichholz zu verlegen, hat zu enormen Kostensteigerungen geführt. Wir vertreten die Meinung, daß hier die ÖBB für ihre bahneigenen

Überlegungen tiefer in die Tasche hineingreifen soll. Unsere Fachleute haben die bahninternen Aufwendungen, die für dieses Projekt erforderlich werden, zunächst einmal mit ca. S 17 Mio berechnet. Ich habe natürlich versucht, dem Herr Baudirektor die Situation, daß Mehrkosten von der Bahn zu tragen sind, näherzubringen. Es ist natürlich nicht nur bei der Stadt Steyr oder im Land OÖ. und beim Bund so, daß das Geld knapp ist, sondern auch bei der Bundesbahn. Die Investitionen fließen in viele Bereiche unserer Republik. Bei uns geht es darum, so schnell wie möglich zu diesem Projekt zu kommen. Durch die Wartezeit wird es auch nicht billiger. Alleine S 4,4 Mio werden aufgrund der Baukostensteigerung seit dieser S 80 Mio. Schätzung dazukommen. Wir müssen uns bemühen, das Projekt in eine möglichst kostensparsame Form zu bringen. Es darf aber die Funktionalität nicht darunter leiden. Wir machen dieses Projekt, das ist das eine und das andere ist, daß wir echte Kosten brauchen, d.h. Ausschreibung nur auf Basis der echten Kosten. Es muß über eine neue Kostenvereinbarung bzw. Finanzierungsvereinbarung mit dem Bund und mit dem Land verhandelt werden. Es wird sich natürlich auch der Teil, der uns betrifft, entsprechend erhöhen. Wenn wir uns überlegen, daß es sich dabei um das Schlüsselprojekt für die Umsetzung unseres Verkehrskonzeptes handelt, dann haben wir in Wirklichkeit keine Wahl. Wenn es nur darum gehen

würde, dort oben 200 Parkplätze zu errichten, dann wären diese Kosten ein Wahnsinn. Wenn es nur darum ginge, einen Busbahnhof zu errichten, wären diese Kosten auch nicht zu vertreten. Aber es geht in Wahrheit darum, hier wirklich einen Qualitätssprung durch diese Verknüpfung von Schienen- und Busverkehr zu erreichen, gleichzeitig aber auch Parkplätze für den ruhenden Verkehr zu errichten. Dies wird positive Auswirkungen auf Ennsdorf haben, aber auch gleichzeitig die Fußläufigkeit verbessern. Also, wenn ich darauf hinweisen darf, wir planen auch eine Überquerungsmöglichkeit der Schienen für die Ennsleitner. Die können dann auf kurzem Wege in die Stadt kommen. Daher unterbleibt auch ein gewisser Teil der Verkehrserregung. Das ist ein Projekt, das man in seiner Gesamtheit betrachten muß. Das heißt, wir können nicht unter diesem Aspekt, daß es nunmehr teurer wird, sagen, es tue uns leid und wir müßten uns trennen, sondern ich glaube, daß wir überhaupt keine Alternative haben. Und je länger wir es hinausschieben, umso schlechter wird die Situation. Das Geld wird auch für andere Dinge in unserem Land investiert. Wir sollten bei dieser Gelegenheit nicht die letzten sein. Wie wir alle wissen, beißen bekanntlich den letzten die Hunde. Ich hoffe, daß ich ein wenig zur Klärung dieser Probleme beitragen konnte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Nächster ist Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Das ist schon richtig, daß den letzten die Hunde beißen. Es ist höchste Zeit, endlich zu einem endgültigen Ergebnis mit den Bundesbahnen zu kommen. Ich bin ein Zeitzeuge, der die ganzen Verhandlungen, die sich mit der Bahn ergeben haben, miterlebt hat und sich noch sehr gut daran erinnern kann. Es wurde zB einmal von einer Dimension von 600 Fahrzeugen gesprochen, an das kann ich mich noch sehr gut erinnern. Der damalige Direktor für OÖ und Salzburg war der Herr Hammerschmid, heute ist er Vorsitzender der neuen Bahn und derjenige, der uns eine fast 90 %ige Finanzierung in Aussicht gestellt hat. Diese Vorstellung ist mit der Zeit immer weniger geworden, bis man nach einigen Vorsprachen bei der Landesregierung zur Kenntnis nehmen mußte, daß die Bundesbahn über keinen anderen Schlüssel mehr als 50/50 spricht. Das ist die Hergangsschilderung. Der Herr Bürgermeister hat das auch korrekt geschildert, aber er hat etwas nicht ausgedrückt, was er aber auch so empfindet. Es ist die Tatsache, daß uns die ÖBB mit schöner Regelmäßigkeit über den Tisch zieht. Zwar mit dem Faustrecht des

Stärkeren, aber trotzdem. Die ÖBB ist ein öffentlich-rechtlicher Körper, der sozusagen seine Dienstleistungen verteilt und überhaupt kein Marketing für die Region macht, sondern uns ganz einfach dumm sterben läßt. Dieses Projekt ist ein gutes Beispiel dafür. Kurz bevor der Fahrplanwechsel Winter/Sommer stattgefunden hat, haben einige Vertreter aus der Region zB die GAL und die ÖVP darauf aufmerksam gemacht, daß die Zugverbindungen verschlechtert werden. Es hat eine ganze Reihe von Vorsprachen bei den ÖBB gegeben. Die ganzen Verhandlungen wurden vor zwei Tagen beendet, nämlich mit dem Inkrafttreten des Sommerfahrplans. Wir waren mit einer Gruppe von Leuten und dem Vertreter der Bundesbahndirektion für OÖ. und Salzburg, die den Fahrplan macht, in Linz bei einem Mitglied der OÖ. Landesregierung. Wir haben dort unsere Besorgnis über die dauernde Verschlechterung der Fahrbahnsituation und die Folgen auf die Tourismuswirtschaft der Stadt ausgedrückt. Der Vertreter der Bundesbahn hat uns gesagt, es tritt keine Verschlechterung ein. Zwei Tage später habe ich den Fahrplan bekommen und da konnte man es auf einen Blick erkennen, daß alle schnellen Verbindungen wegfallen. Jeder der nach Linz pendeln muß, muß jetzt um 20 Minuten länger im Zug sitzen. So weit zur Ehrlichkeit der Gesprächspartner. Daher habe ich große Angst, daß diese Tradition weitergeht, daß Versprechungen

gemacht und nicht eingehalten werden. So zieht der Übleis eine Spur über die Verkehrsanschließung von Steyr, die sehr kläglich ist. Ich erinnere, daß das Parkdeck auch ein kleines Gegengewicht dafür war, daß die Sache Westbahn für Steyr entspannt wurde. Es war ein Gegengewicht, das die Bundesbahn glaubhaft versichert hat einhalten zu wollen. Wenn wir jetzt vom Bürgermeister hören müssen, daß die Bundesbahn Mätzchen macht und ihre eigenen Betriebsverbesserungen jetzt der Stadt zur Last legt und die Stadt sozusagen veranlassen will, ein von der Bundesbahn an die Stadt herangetragen Projekt plötzlich als fremdes Projekt einzureichen, damit die Stadt die gesamte Verantwortung für die Umsetzung hat, dann muß ich sagen, daß von einer Ehrlichkeit der Gesprächspartner nichts zu erkennen ist. Wir müssen darauf achten, daß die Bundesbahnen ihre Betriebsverbesserungen nicht auf unserem Rücken austragen. Es kann nicht sein, daß das Parkdeck jetzt teurer wird als sie ursprünglich dachten, nur weil sie plötzlich bemerken, daß Autobusse 12 m lang sind. Diese Länge haben sie vorher auch schon gehabt! Ich kann mir vorstellen, wenn hier solche Verteuerungen auftreten, die die Stadt bezahlen soll, daß es auch Dir, lieber Bürgermeister, dabei Sorgenfalten aufzieht. Dagegen sollten wir uns als Gemeinderat kooperativ wehren! Wir sollten meiner Meinung nach an die ÖBB eine Resolution verfassen, in der steht, daß sie endlich mit diesem

Kuhhandel aufhören sollen. Sie sollen endlich diesem Projekt zustimmen. Es tut mir leid, daß von der Öffentlichkeit bis auf zwei Gäste niemand mehr da ist. Es kann dieser Aufruf an die Öffentlichkeit leider durch die Presse nicht verbreitet werden. Meine Damen und Herren des Steyrer Gemeinderates! Ich glaube, wir dürfen uns doch auf lange Sicht nicht alles bieten lassen, was uns von den Vertretern der ÖBB geboten wird. Denn auch die werden von öffentlichen Geldern finanziert. Es ist ja nicht so, daß die Herren Generaldirektoren und Abschnitts- und Bereichschefs usw. ihr eigenes Geld verteilen. Es ist das Geld der Steuerzahler, auch der Hunderttausend, die hier in der Region Steyr mit der Bahn bedient werden müssen. Wenn man darüber diskutiert, ob die Verbindung von Wels nach München nicht doch verbessert werden sollte, die Steyrer dabei als blöd hinstellt werden, nur weil sie sagen, „was wird aus uns?“, dann platzt mir beinahe der Kragen. Ich glaube, es wäre Zeit, daß alle Parteien gemeinsam auftreten und sagen: „Wir Steyrer lassen uns das auf die Dauer nicht gefallen. Wofür haltet ihr uns denn?“ Wer in Linz bei dem Landtagshearing war, der hat den ganzen Zynismus der Vertreter der Bundesbahn gehört. Die haben immer nur die jüngste Vergangenheit gezeigt und die vergangenen Zusagen, die ja als verbindlich galten, vergessen. Das ist einfach ungeheuer! Ein Aufschrei gegen die ÖBB wäre das Gebot der Stunde. Es ist klar, daß

der Herr Bürgermeister nichts anderes tun kann, als das Projekt zu beschleunigen, da man es unseren Bürgern versprochen hat. Ich glaube nur, wir brauchen mehr Selbstbewußtsein, damit wir es beschleunigen. Der Weg wird noch bitter werden, aber auch für die anderen und das sollen die auch wissen!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte die letzte Wortmeldung vom Herrn Stadtrat Holub voll unterstreichen. Ich möchte aber zur Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters noch einiges ergänzen bzw. auch meine Sicht schildern. Ich war seit dem Hearing am 22. Juni im Landtag auch nicht untätig. Ich habe sehr viele Gespräche mit Landes- und auch mit Bundesbahnpolitikern geführt. Ich habe ihnen in schriftlicher Form vorgehalten, daß sie Versprechungen machen und nicht einhalten. Was ich in meiner kurzen Amtszeit - in den letzten 3 Jahren - an schriftlichen Versprechungen vom Generaldirektor Übleis und vom Minister Streicher bekommen habe, ist nicht zu wenig. Jetzt wird wieder gesagt, daß Steyr keinen übergeordneten Westbahnanschluß braucht, sondern es wird die Strecke Steyr - St. Valentin verbessert und - wenn möglich - zweigleisig ausgebaut. Es wird auch jetzt schon wieder davon gesprochen,

daß die Strecke dort, wo es notwendig ist, nicht ausgebaut werden kann. Es handelt sich hierbei um die Strecke Ernsthofen - St. Valentin. Hier spießt es sich immer bei den Anschlüssen, da die „Loderleithe“ im Weg ist. Eine Überquerung der Enns in diesem Bereich ist aus naturtechnischen Gründen nicht möglich. Quer durch den Berg ist es aus technischen und finanziellen Gründen nicht möglich. Also, jetzt sind wir dort, wo wir vor 15 od. 20 Jahren waren. Nämlich dort, daß in Steyr nichts passiert. Wenn es den Bundesbahnen einfällt, jetzt Änderungen von ihrer Seite einzubauen, dann halte ich das für eine Verzögerungstaktik. Was soll das sonst sein, wenn die ÖBB jetzt überlegt, einen Abstieg zur Bahnmeisterei zu bauen? Vor zwei Jahren hat man ihn noch nicht gebraucht, genauso wie die Plätze für die Busse. Man möchte jetzt statt zwei Bussen fünf abstellen. Mir fehlt dafür jegliches Verständnis. Zum Schleppgleis: Ich erinnere mich an eine Diskussion, die wir hier in diesem Raum vor ca. drei Jahren geführt haben. Bei diesem Gespräch habe ich gesagt, daß der Güterbahnhof und das Schleppgleis ins Münichholz gelegt werden sollen. Damals haben die Verantwortlichen der Bundesbahn gesagt: „Das geht nicht, das wollen wir nicht!“ Plötzlich - nach drei Jahren - schlagen sie es selber vor. Ich verstehe die Welt nicht mehr! Wir müssen sogar einen Teil davon selber bezahlen. Ich sage das hier und jetzt: Sollte die Stadt das Projekt übernehmen, werde ich das

ganz genau prüfen! Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich dem irgendwie zustimmen werde. Die Verantwortung dafür kenne ich. Aber man kann nie wissen, wie sie das Projekt noch verhindern möchten, nur um Kosten zu sparen. Die Finanzlage der ÖBB ist auch sehr angespannt und die sparen natürlich auch an jedem Eck. Ein Eck ist nun Steyr. Die ÖBB ist nicht daran interessiert, den Anschluß nach Steyr zu verbessern. Sie möchten es weder durch eine besondere Kundenfreundlichkeit noch durch einen geplanten Ausbau der Strecke. Dieser Eindruck hat sich in den letzten Wochen durch persönliche Erlebnisse verstärkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Stadtrat Holub ein zweites Mal, bitte sehr!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Herr Dr. Pfeil, es wäre jetzt für die ÖBB das richtige, wenn sie die Mitteilung aus dem Steyrer Gemeinderat bekommen würde, daß der Vizebürgermeister gegen das Projekt stimmt! Wir müssen darauf achten, daß diese Aussage in dieser Form, wie sie jetzt ausgesprochen wurde, nicht bis zu den ÖBB vordringt! Wir müssen wirklich alles daran setzen, daß wir die Verhandler aus der Stadt Steyr mit der Solitarität aller Gemeinderäte ausstatten. Es geht jetzt überhaupt nicht mehr um ein parteipolitisches Spektakel, das wir irgend jemanden bieten, sondern

es geht darum, daß die Gemeindevertretung der Stadt Steyr einstimmig sagt: „Jetzt langt es uns, jetzt wollen wir Taten sehen!“ Bitte zeigen wir denen außerhalb unserer Stadt einmal, daß wir eine Gemeindevertretung sind, die weiß, was sie will! Wir möchten dieses Parkdeck zu den verhandelten Bedingungen und somit Ende! Wir brauchen niemandem sagen, daß wir nicht zustimmen, sondern es wäre an der Zeit, daß wir einen Akt der Solitarität mit den Verhandlern der Stadt setzen. Darum bitte ich Sie.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke für den Beitrag. Sind keine weiteren Wortmeldungen mehr? Nein. Das Schlußwort bitte, Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Eine heiße Diskussion um das Bahnhofsparkdeck. Ich glaube, die Situation wurde auch von den Planern etwas unterschätzt, aber von den Planern der Bundesbahn, möchte ich sagen. Man sagte, wenn die Planung fertig sei, dann gehe alles zügig voran und man brauche dann das Projekt nur mehr einzureichen. Das Projekt ist fertig geplant, das hat bereits die Stadt fertig gemacht. Auch die Ausschreibung liegt fertig da. Das wurde an die Bundesdirektion nach Linz abgeschickt, ich glaube es war im April oder so. Es wurde ersucht, die Weiterleitung an das Ministerium zu veranlassen. Die haben das erst

liegen gelassen und dann an die Generaldirektion nach Wien geschickt. Das ist die Kalamität und da hat alles begonnen. Plötzlich hat man gesagt: „Was wollen die dort bauen?“ Es hat sich die Revisionsabteilung eingeschaltet, die anscheinend bei der Bundesbahn sehr viel zu reden hat. Die hat dann gesagt, bevor es keine genauen Kosten und keinen Vertrag gibt, könnte sie das nicht weiter behandeln. Vertrag gibt es keinen, weil es keine Kosten gibt und Kosten gibt es keine, weil es nicht ausgeschrieben wurde. Deshalb ist man seitens der Stadt zu dieser Überlegung gekommen, daß die Stadt das Projekt einreicht. Das heißt aber nicht, daß die Stadt als Bauherr auftritt. Als Bauherr wird in jedem Fall die Bundesbahn auftreten, weil es steuertechnisch, aber auch von der ganzen Abwicklung her so gewünscht wurde. Es wäre ein Versuch gewesen, die Hürde der eisenbahnrechtlichen und der straßenrechtlichen Genehmigungen und Verfahren schneller zu überwinden. Um auf die Kosten, die sich durch verschiedene Umplanungen ergeben haben, zurückzukommen: Wir müssen dahinter sein, daß das nicht auf dem Rücken der Stadt ausgetragen wird. Es könnten uns zB die Kosten der zusätzlichen Busspuren und -plätze bzw. des zusätzlichen Abgangs treffen. Ich muß dazu sagen, der Abgang von der Ennsleite war in den Schätzkosten auch noch nicht enthalten. Es können die internen Kosten nicht auf die Stadt aufgeteilt werden. Die müssen von denen

herausgerechnet und übernommen werden. Wir müssen einigermaßen bei den geplanten Kosten bleiben. Daß es teurer wird, davon bin ich überzeugt. Der Bürgermeister hat es schon erwähnt, die Teuerungsrate macht seit der Planung schon S 4,5 Mio. aus. Es werden auch andere Maßnahmen wesentlich teurer. Ich glaube, wir sollten mit Nachdruck mit der Bundesbahn verhandeln, auch mit den entsprechenden politischen Vertretern. Wir müssen gemeinsam und mit Nachdruck verlangen, daß sich hier etwas bewegen muß. Wir haben es gehört und es wurde auch sehr klar aufgezeigt, daß in diesem Fall ein kleiner oder größerer Beamter sehr viel Macht hat und somit das Projekt derart verzögern kann. Da - glaube ich - müßten wir schauen, daß wir auf höchster Ebene etwas erreichen. Das wäre es. Ich bitte um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wir stimmen darüber ab. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Stimmenthaltungen? Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:  
Für die Instandhaltung der KFZ der städt. Elektriker soll eine Kreditüberschreitung genehmigt werden. Der Antrag lautet:

25) En-27/94

*Instandhaltung der KFZ der städt. Elektriker; Antrag auf Genehmigung einer Kreditübertragung.*

*Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III wird für die Instandhaltung der KFZ der städt. Elektriker eine Kreditübertragung in Höhe von S 30.000,— von VASSt. 1/8160/043000.1 auf VASSt. 1/8160/617000.7 zugestimmt.*

*Ich bitte um Ihre Zustimmung.*

**VIZEBÜRERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

*Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.*

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

*Ich übernehme den Vorsitz und frage, ob jemand das Wort wünscht. Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag, oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.*

**STADTRAT**

**ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

*Der nächste Antrag betrifft den Ausbau der Feldstraße und die Asphaltierung bei den Krenngründen:*

26) Bau 3-6720/90

Bau 3-301/91

Ausbau Feldstraße und

*Asphaltierung Krenngründe, Vergabe der Arbeiten und Mittelfreigabe;*

*Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA f. Tiefbau vom 9. August 1994 wird dem Ausbau der Feldstraße und der Asphaltierung der Aufschließungsstraßen der Krenngründe zugestimmt und der Antrag zur Durchführung der hierfür erforderlichen Arbeiten an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 3,465.352,30 incl. MWSt. übertragen. Zum genannten Zweck werden als 1. Baurate für 1994 Mittel in Höhe von S 700.000,— inkl. Ust. bei VASSt. 5/6120/002780.4 (Feldstraße) und S 700.000,— inkl. Ust. bei VASSt. 5/6120/002440.5 (Krenngründe) freigegeben.*

*Ich bitte um Ihre Zustimmung.*

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

*Wer wünscht das Wort? Niemand, daher auch hier sofort die Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.*

**STADTRAT**

**ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

*Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches III / FA f. Tiefbau vom 11. Aug. 1994 ist zu sagen:*

27) Baustr.-396/94  
Ausbau der Gußwerkstraße BA  
III vom Gußwerk II bis zur  
Mannlicherstraße; Vergabe der  
Arbeiten und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des Amtsberichtes des GB  
III / FA f. Tiefbau vom 11. August  
1994 wird dem weiteren Ausbau der  
Gußwerkstraße BA III, vom  
Parkplatz Gußwerk II bis zur  
Mannlicherstraße, zugestimmt und  
der Auftrag zur Durchführung der  
hierfür erforderlichen Arbeiten an die  
ARGE Hinterberg (Zwettler,  
Hamberger, Mayr-Bau, Negrelli,  
Traunfellner) zu Gesamtkosten in  
Höhe von S 4.502.121,71 inkl. Ust.  
übertragen. Zum genannten Zweck  
werden als 1. Baurate für 1994 Mittel  
in Höhe von S 500.000,-- bei VAST.  
5/6120/002030.4 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Ihre  
Zustimmung.

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr. Wird hiezu das Wort  
gewünscht? Nicht der Fall. Wir  
kommen zur Abstimmung. Wer für  
den Antrag ist, den bitte ich um ein  
Zeichen. Danke sehr. Ist jemand  
gegen den Antrag, übt jemand  
Stimmenthaltung? Das ist nicht der  
Fall. Der Antrag ist einstimmig  
angenommen.

STADTRAT  
ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:  
Der nächste Antrag betrifft  
Baumaßnahmen in Steyrdorf 3. Teil.

28) Bau 6-6672/92  
Bau 3-7370/92  
Baumaßnahmen Steyrdorf  
3. Teil, zusätzliche Straßenbau-  
und Pflasterungsarbeiten  
Schnallenberg; Antrag auf  
Vergabe und Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Die Bürgermeisterverfügung vom 15.  
Juli 1994, mit der wegen  
Dringlichkeit gemäß § 49, Abs. 7. des  
Statutes für die Stadt Steyr  
nachstehendes angeordnet wurde,  
wird hiermit genehmigt:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB  
III vom 14. Juli 1994 werden im  
Zusammenhang mit den  
Pflasterungen in der Fußgängerzone  
Steyrdorf folgende Zusatzaufträge  
zur Gestaltung der Gehflächen  
Schnallenberg an nachstehende  
Firmen vergeben:

1) ARGE Fa. LSH Fischer-Zwettler,  
4400 Steyr, Porschestraße 7, über  
Pflasterarbeiten in Höhe von  
S 480.000,-- inkl. Ust.

2) Fa. Appinger GesmbH, 2552  
Hirtenberg, NÖ, über die Lieferung  
der erforderlichen Steine für die  
Gehsteige und Parkflächen in Höhe  
von

S 260.000,-- inkl. Ust.

Zum genannten Zweck werden  
Mittel in Höhe von S 620.000,-- mit  
einer Kreditübertragung von VAST.  
5/8110/050560.0 (Kanalsammler  
FIII) auf die VAST. 5/6120/002490.0  
(Kirchen- und Gleinkergasse)  
freigegeben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag kommt vom Finanz- und Rechtsausschuß.

29) Ges-14/94

Straßenbenennung  
„Krenn-Gründe“.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Baurechtsangelegenheiten vom 9. August 1994 erhalten die Straßenzüge im Bereich der „Krenn-Gründe“ die Bezeichnungen Ketteringstraße, Eisenerzstraße, Plauenstraße.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Straßenbenennung, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die meisten von Ihnen bzw. die FR-Obmänner haben in den letzten Tagen eine Nachricht bekommen, daß

die zukünftigen Bewohner dieser Straßenzüge andere Namen wünschen. Mir ist es leider nicht möglich gewesen, mit diesen Herrschaften Kontakt aufzunehmen, da ich das Schreiben erst gestern bekommen habe. Dies ist ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses. Ich möchte Sie bitten, daß wir diesen Antrag bis zur nächsten Gemeinderatssitzung zurückstellen. Die Leute wollen die Straßen anders nennen, nämlich Birkenweg, Erlenweg, Buchenweg, oder Weizenstraße, Roggenstraße öä., weil es zu diesem Ort besser paßt. Ich darf das Fax vorlesen, da ich darum gebeten wurde: „Als zukünftiger Bewohner der og. Siedlung ersuche ich - auch nach Gesprächen mit meinen zukünftigen Nachbarn -, die dortigen Straßen nicht nach den Partnerstädten der Stadt Steyr zu benennen. Folgende Vorschläge wären - bedingt durch die Lage der Siedlung und die angrenzende Feldstraße - sicherlich besser geeignet: ...“, eben die vorgetragenen. Weiter heißt es: „Ich ersuche Sie höflichst, diese Vorschläge in der morgigen Gemeinderatssitzung vorzubringen. Unterzeichnet: Klaus Rockenschaub. Es ist mir noch nicht gelungen, mit Herrn Rockenschaub Kontakt aufzunehmen. Ich stelle hiermit den Antrag nach § 8 der Geschäftsordnung, daß wir diesen Punkt zur neuerlichen Beratung zurückstellen, in den Gremien nochmals die Gründe dafür bereden und diesen Antrag dann in der nächsten Sitzung beschließen.“

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es kann einigermaßen problematisch werden, wenn man das dazu hernimmt, um das sozusagen von der Tagesordnung abzusetzen. Ich möchte doch zu bedenken geben, daß der Namensgebung von Straßen, Plätzen und Gassen eine eingehende Betrachtung vorausgeht. Auch eingehende Beratungen müssen vorausgehen. Die Baurechtsabteilung muß die Situation überprüfen, auch das Kulturamt wird damit beschäftigt. Es sind dies Vorschläge, die sich nicht jemand zum Spaß aus den Fingern gezogen hat, sondern diese Vorschläge sind aus Tatsachen entstanden, wie zB die lange Partnerschaft zu diesen Städten. Dazu gibt es auch einen einstimmigen Beschluß des Finanz- und Rechtsausschusses. Es kommt noch dazu, daß es diese Art von Straßenbezeichnungen in fast jedem Ort gibt. Man kann so keine besondere Originalität erkennen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es in der Nachbargemeinde St. Ulrich einen Birkenweg gibt, der auch noch mit derselben Postleitzahl beginnt. Ich befürchte, daß es da viele Verwechslungen geben könnte. Persönlich bin ich nicht dafür, aber der Antrag des Kollegen Dr. Pfeil, steht natürlich zur Debatte. Erste Wortmeldung, Herr Stadtrat Holub. In Vorbereitung GR. Strasser, GR. Spöck. Danke für den Hinweis, Herr Kollege, da bin ich wieder zu demokratisch, das ist mein Problem. Zur Geschäftsordnung: Jeder

Fraktion steht eine Wortmeldung zu. Danke dem Juristen.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Man muß das in zwei Etappen abhandeln. Das eine ist der Vorschlag des Herrn Vbgm. Dr. Pfeil, der um Vertagung der Entscheidung bittet. Dazu würde ich dem Gemeinderat die Empfehlung abgeben, dies nicht zu tun. Das zweite ist die Würdigung der internationalen Partnerschaften durch Straßenbenennungen. Ich glaube, die Stadt Steyr ist über viele Jahre Vorreiter bei internationalen Partnerschaften gewesen. In Summe hatte diese Partnerschaft für jeden ihr Gutes. Ein Teil der Welt hat durch uns die Demokratie kennengelernt, einem anderen Teil der Welt konnten wir sogar über den Ozean etwas näher kommen. Es gibt wirtschaftliche Beziehungen und sogar die Solidarität mit einer wirtschaftlich notleidenden Region. Ich glaube, die Idee der Städtepartnerschaften soll nicht dadurch abgewürdigt werden, daß der Geist, der in dem ganzen wohnt, durch Linden und Erlen - ich will das jetzt nicht lächerlich machen - ersetzt wird. Das Unverwechselbare in unseren gemeinsamen Bemühungen für ein gemeinsames Europa war und ist die Städtepartnerschaft und so soll es auch bleiben. Darum wäre ich sehr glücklich, wenn der Gemeinderat zu der Entscheidung käme, daß er zwar dankbar ist für die Anregung, die Straßen nach Bäumen und Blumen zu benennen, aber die Straßen

trotzdem nach besonders erwähnenswerten Beziehungen benennt. Das Unverwechselbare sollte das Bezeichnende für Straßenbezeichnungen sein, so steht es im Gesetz geschrieben. Wir sind auch stolz darauf, daß wir mit unseren internationalen Partnerschaften unverwechselbar sind. Ich darf Sie bitten, meinem Ersuchen zu folgen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Andere Fraktionen melden sich nicht mehr zu Wort? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Gemeinderäte! Die Benennung der Straßen nach Städtepartnerschaften gefällt mir nicht, aber auch die Benennung nach Bäumen bzw. Blumen gefällt mir nicht besonders. Ich kann mit dem auch sehr wenig anfangen. Außerdem ist die Begründung des Herrn Dr. Pfeil, den Antrag aufgrund eines Briefes, der erst kurz vor der Gemeinderatsitzung einlangte, zurückzustellen, auch etwas dünn. Auf der anderen Seite sollten wir die Bürger, die dort in Zukunft wohnen, auch anhören. Sie müssen sich mit ihrem Lebensraum identifizieren. Ich kann mir vorstellen, diesem Antrag zuzustimmen, da ich der Meinung bin, daß die Leute, die in diesem Gebiet in Zukunft wohnen werden, auch über die zukünftigen Straßennamen mitbestimmen sollen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Es steht der Antrag des Herrn Dr. Pfeil auf Zurückstellung und Behandlung in den entsprechenden Ausschüssen zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Dr. Pfeil ist, den bitte ich, ein Zeichen zu setzen. 10 Stimmen dafür (8 FP, 2 GAL), danke sehr. Wer ist gegen diesen Antrag? Der Rest, das ist die Mehrheit. Der Antrag des Herrn Dr. Pfeil ist damit abgelehnt. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Hauptantrag. Moment, Entschuldigung! Offensichtlich besteht noch Diskussionsbedarf. Okay, dafür ist immer Zeit. Es steht der Hauptantrag noch einmal zur Diskussion. Wer wünscht dazu das Wort? Herr Dr. Schwager, bitte sehr.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN SCHWAGER:

Es scheint, als hätte ich mir mit diesem Einwurf zur Geschäftsordnung selber den Rot-Schwarz-Blauen-Peter zugespielt. Denn jetzt mache ich die einzige Wortmeldung zur Sache selbst. Die Sache ist bekannt und es ist ja aus dem Vortrag hervorgegangen, daß es sich hier um einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses handelt, in welchem diese Namensbezeichnungen einstimmig beschlossen wurden. Wir haben uns gedacht, daß hier auf die Bürger Rücksicht genommen werden sollte. Bitte, wenn wir zur Sache selber sprechen, dann stehe ich

natürlich auch zu dem, was ich im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt habe, nämlich, daß wir das nicht zurückstellen und daß wir dafür sind.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Keine weitere Wortmeldung mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Zwei Stimmenthaltungen (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke sehr.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag handelt es sich auch um eine Straßenbenennung. Es ist auch ein Antrag des Finanz- und Rechtsausschuß an den Gemeinderat:

30) Ges-15/94

Straßenbenennung  
„Auer-Gründe“.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten vom 9. August 1994 erhält die Zufahrtsstraße zu den „Auer-Gründen“ die Bezeichnung „Johann Mayrhofer-Straße“. Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Dazu eine Wortmeldung? Keine Wortmeldung.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Kollegen Schloßgangl. Ich darf jetzt den Kollegen Tatzreiter bitten, seine Anträge vorzubringen.

BERICHTERSTATTER

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung eines Parkdecks im Bereich des Bahnhofs und dabei den Ankauf der dafür notwendigen Grundstücksteile von den Ehegatten Muigg:

31) Bau2-2430/92

Errichtung eines Parkdeckes im Bereich des Bahnhofes Steyr; Ankauf der hiezu notwendigen notwendigen Grundstücksteile von den Ehegatten Dr. Ernst und Gertraud Muigg.

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten vom 12. August 1994 wird die in der Enteignungsverhandlung vom 12. Juli 1994 mit den Ehegatten Dr. Ernst und Gertraud Muigg, Steyr, Promenade 29, abgeschlossene Enteignungsvereinbarung entsprechend dem vorstehenden Amtsbericht nachträglich genehmigt. Zur Zahlung des Kaufpreises und der zu

erwartenden Grunderwerbssteuer sowie der Wertsicherung wird bei der VAST. 5/6120/002450.4 ein Betrag von S 8,110.000,-- als Kreditüberschreitung genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wie im Amtsbericht dargestellt, geht es um ein weiteres Grundstück bzw. um weitere Grundstücke in diesem Zusammenhang. Ich darf hier auf den gesamten Amtsbericht verzichten. Dennoch möchte ich auf die Größenordnung des Grundstückes hinweisen. Ich möchte auf die 1869 m<sup>2</sup> des Grundstücks der Teile 111/4, 164/5 und 162/1 verweisen. In dieser Größenordnung wurde der Quadratmeter mit S 3.200,-- festgelegt. Das sind in Summe S 5.980.800,--. Der Gebäudesachwert der Fa. Singer beläuft sich auf S 703.000,-- und die Anschlußgebühren der Liegenschaft Singer mit S 50.000,-- sowie die Wertverminderung der bleibenden Restgrundstücke mit S 963.600,-- zuzüglich Ersatzbeschaffungskosten S 328.944,--, das sind S 7,756.344,--. Wie aus dem Amtsbericht hervorgeht, hat es ein Enteignungsverfahren gegeben, bei dem ein Gutachten vorgelegen ist. In diesem Zusammenhang darf festgestellt werden, daß nach schwierigen und langen Verhandlungen, die der Bürgermeister geführt hat, ein Übereinkommen erzielt wurde. Das heißt, es wurde dieser Preis festgelegt und ein Übereinkommen bzgl. der Promenade

29 erzielt. Das ist eine Grundfläche, die nicht direkt etwas mit dem Grundverkauf zu tun hat, aber auch gleich mitverhandelt wurde, um einen Abschluß zu finden. Der Kaufpreis mit der zu erwartenden Grunderwerbssteuer sowie der Wertsicherung soll bei der VAST. 5/6120/002450.4 im Ausmaß von S 8,110.000,-- als Kreditüberschreitung genehmigt werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung bzw. um die Diskussion.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben vorher bewußt nicht gestört, weil wir laufende Verhandlungen nicht stören wollten. Wir haben aber immer gesagt und in die Verhandlungen eingeworfen, Nebenabsprachen sollen bekanntgegeben bzw. in schriftlicher Form festgehalten werden. Es sind bei diesem Vertrag einige Nebenabsprachen zustande gekommen. Es geht sogar soweit, daß die Stadt Steyr für ein Grundstück, das den Verkäufern im Gegenzug verkauft wird, auch noch Pflastersteine mitliefert. Hier verkaufen wir ein Grundstück in einer extrem guten Lage. Auf der Promenade wird das Grundstück um S 1.000,--/m<sup>2</sup> verkauft und dort kaufen wir ein Grundstück an einem

Ort, der nicht so bedeutend ist, um ca. 4.000,-/m<sup>2</sup>. Hier muß man zwar das Projekt sehen, aber trotzdem ist hier eine Diskrepanz, die durch nichts zu erklären ist, vorhanden. Zudem ist die finanztechnische Abwicklung mittels einer Kreditüberschreitung auch durch nichts zu erklären. Wir haben auch diesen Posten im letzten Jahr schon gewußt. Dazu hat es in der letzten Woche zwei Ereignisse gegeben, das erste war eine Pressemeldung vom Montag, nein, Entschuldigung, vom Dienstag, wo die ganze Diskussion um diese Tankstelle auch medial erörtert worden ist. Der Bauausschuß hat sich - da es ein Ansuchen gab - schon vorher darüber Gedanken gemacht, ob wir diesen Antrag „Tankstelle“ in die Gestaltungsbeiratssitzung aufnehmen. Der Bauausschuß hat nach langer und ehrlicher Diskussion gesagt: „Wir wollen dort keine Tankstelle! Es ist egal, wie sie aussieht, wir brauchen keine! Wir brauchen den Antrag nicht in den Gestaltungsbeirat geben, da wir grundsätzlich der Meinung sind, daß wir dort keine Tankstelle haben möchten. Wir möchten an dieser Stelle keinen weiteren Verkehrserreger. Eine Tankstelle hat dort nichts verloren!“ Okay, ein einstimmiger Beschluß, der nach einer langen und ehrlichen Diskussion entstand. Dann kommt es zu einer Pressemeldung, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte. Ich zitiere wörtlich aus den OÖN: „Die Frage, ob eine Tankstelle direkt gegenüber der Steyrer Altstadt gebaut werden

soll, war von jeher umstritten. Von der Bezirksverwaltung lag ursprünglich eine negative Stellungnahme vor, die nach einer Weisung von oben korrigiert wurde.“ Das bezieht sich auf den Ausländergrunderwerb, das muß man zur Verständigung ergänzen. Ursprünglich gab es eine negative Stellungnahme des Amtes für den Ausländergrunderwerb, weil hinter diesem Projekt eine ausländische Mineralölfirma steht. Plötzlich hat man diese Stellungnahme positiv ausgedrückt und in den Stadtsenat zur Behandlung gegeben. Gleichzeitig kam es auf die Tagesordnung des Bauausschusses. Diese „zufällig“ aufeinandertreffenden Ereignisse lassen mich die Frage an den Herrn Bürgermeister richten, ob es hier noch weitere Nebenabsprachen gibt bzw. gegeben hat. „Der Bauausschuß“ ich zitiere weiter, „sprach sich gegen die Errichtung einer Tankstelle an dieser Stelle aus, weil dadurch das Stadtbild negativ beeinflusst würde. Aus diesem Grund wurde beschlossen, dieses Projekt dem Gestaltungsbeirat nicht mehr vorzulegen.“ Nun kommt es: „Für den Herrn Bürgermeister Leithenmayr ist der negative Beschluß des Bauausschusses eine Hürde, die aber zu überspringen ist. Der Ausschuß muß diesen Fall einfach noch einmal behandeln.“ Wir wollen die Vereinbarungen einhalten, ich frage Sie, welche Vereinbarungen? Außerdem muß die Rampe, die zur Stadt zeigt, ohnehin abgedeckt werden. Da frage ich mich schon, was hat die Altstadterhaltung

mit der Abdeckung einer Tankstelle zu tun? Ich bitte um Aufklärung, da ich sonst diesem Kaufvertrag nicht zustimmen kann. Es müssen auch die Nebenabsprachen offen dargelegt werden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gebe den Vorsitz ab. Ich möchte mich an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Ich übernehme den Vorsitz. Zu Wort gemeldet sind Herr Bürgermeister Leithenmayr und Herr Stadtrat Eichhübl. Wer wünscht noch das Wort? Herr Stadtrat Schloßgangl und Herr Stadtrat Zagler.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbstverständlich ist es Ihr gutes Recht, diese Auskünfte einzuholen. Es wurde vom Referenten berichtet, daß es sehr lange und schwierige Verhandlungen gegeben hat. Es ist auch bekannt, daß mit dem Verhandlungspartner nicht sehr leicht zu verhandeln ist. Wenn wir uns zurückerinnern - manche können sich weiter zurück erinnern, manche weniger weit -, dann darf ich Sie daran erinnern, daß wir vor ca. 3 Jahren - es ist eigentlich schon länger her, denn es war noch in der Amtszeit meines Vorgängers - die Idee gehabt haben, daß wir für den ruhenden Verkehr aus Ennsdorf eine

Abhilfe schaffen müssen. Hiezu bot sich das brachliegende Grundstück, das damals schon dem Herrn Dr. Muigg gehört hat, sehr gut an. Er hatte das Grundstück von der Steyr-Daimler-Puch-AG gekauft. Vorher war dort ein Automarkt plaziert, nämlich der Automarkt Aschauer. Da kam die Idee, daß wir dieses Grundstück befestigen und für den ruhenden Verkehr nützen. Ich darf wiederum erinnern, daß diese Idee von den Kaufleuten aus Ennsdorf gefördert wurde, da es dort ein großes Parkplatzproblem gab. Wir haben uns in einem Gespräch geeinigt, bei dem der damalige Bürgermeister Schwarz, der damalige Verkehrsreferent StR. Zagler und ich dabei waren. Es waren auch der Baudirektor und der damalige MD Dr. Knapp dabei. Es wurde vereinbart, daß wir dieses Grundstück des Dr. Muigg als Parkplatz verwenden können, und zwar solange wir möchten und ohne dafür zu bezahlen. Wir waren uns damals eigentlich einig. Er hatte allerdings noch einige andere Vorstellungen, die eine andere Liegenschaft betroffen haben. Wir hätten aber keine Kosten aufwenden müssen - Pachtschilling oder Miete etc. -, wir haben damals nur eine Absichtserklärung abgegeben, daß wir grundsätzlich eine zustimmende Haltung gegenüber einer Tankstelle einnehmen, vorausgesetzt, das Parkdeck ist errichtet und eröffnet. Wir haben daran zwei Bedingungen geknüpft. Die eine Bedingung war - das war vor Ihrer Zeit, so ist das Leben, Sie müssen sich schon einiges

erzählen lassen, Sie können nicht alles ungeschehen machen, was vorher schon passiert ist -, daß die Behördenverfahren abgewickelt werden und die zweite, daß dieses Projekt „Tankstelle“ in das Parkdeckprojekt eingebunden wird und ist. Die dritte Forderung war, daß die Gestaltung der Tankstelle dem Gestaltungsbeirat überlassen wird bzw. unterworfen ist. Das war eine Absprache, die so weit ausuferte, daß wir sie auf die Tagesordnung der Stadtsenatssitzung gegeben haben. Eine halbe Stunde vor der damaligen STS-Sitzung wurde dieser Punkt abgesetzt, weil der Herr Dr. Muigg einen Brief nachgeschickt hat, in dem er noch weitere Vorstellungen beschrieben hat. Daher ist die Sache damals nicht durchgeführt worden. Die Geschichte über die Tankstelle ist bereits sehr alt. Er hat bis jetzt diese Möglichkeit, dort eine Tankstelle zu errichten, noch nicht aus den Augen gelassen. Daher ist es auch dazu gekommen, daß er angesucht hat, diesen Teil des Grundstückes zu verkaufen, um so eine Tankstelle errichten lassen zu können. Wir, das ist auch kein Zufall, haben gesagt, wir werden einem Verkauf natürlich nicht zustimmen, solange wir nicht sein Einverständnis haben und uns auf einen Grundstückspreis einigen können. Wir benötigen dieses Grundstück, um diese Bahnhofsüberbauung, die von allen befürwortet wird, errichten zu können. Es ist kein Zufall, daß wir das nicht behandelt haben. Wir mußten die Chance ergreifen und ihn

daran hindern, dieses Grundstück zu verkaufen, da wir es für die Bahnhofsüberbauung benötigen. Wir haben unsere Probleme mit unserem Verhandlungspartner noch immer nicht erledigt. Als wir in diesen Verhandlungen nicht weitergekommen sind, haben wir das letzte Mittel, das die Stadt in diesem Falle noch hatte, hervorgeholt: Wir haben ein Enteignungsverfahren eingeleitet. Es ist erst bei der zweiten Sitzung zu einer Übereinkunft gekommen. Ich darf Ihnen sagen, unser eigenes Schätzgutachten hätte einen Preis von S 3.000,-/m<sup>2</sup> ergeben, tatsächlich haben wir S 3.200,-/m<sup>2</sup> bezahlt. Natürlich kann man sagen, das ist ein schlechtes Verhandlungsergebnis.. Ich muß Ihnen dazu sagen, wir hätten natürlich auch das Enteignungsverfahren abwarten können, das wäre eine Möglichkeit gewesen. Aber nur, wenn man es nicht so eilig hat und die Meinung vertritt, daß das Parkdeck für die Stadt nicht so wichtig ist, dann könnte man das tun. Wir haben dafür einen Preis zahlen müssen, der zwar hoch war, aber doch noch in der Nähe des Preises unseres Gutachtens lag. So, Herr Dr. Pfeil, das ist die ganze Vorgangsweise. Wir können heute darauf verweisen, und nach Abschluß dieses Vertrages, der heute beschlossen werden muß, können wir wirklich zur ÖBB und zu den Ministern hingehen und sagen, wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt. Wir haben die Grundstücksvoraussetzungen für die Erbauung eines Bahnhofsdecks

geschaffen. Hätten wir das nicht getan, dann hätten die sagen können, daß sie dieses Bauvorhaben nicht durchführen können, weil wir die Grundvoraussetzung noch nicht geklärt haben. Es waren aber auch die Gespräche mit den anderen Grundstücksbesitzern nicht sehr einfach. Hier hat es eine gewisse Übereinstimmung der Interessenslage gegeben. Es war ein sehr teures und mühseliges Unterfangen. Es war aber die einzige Chance, dieses Bauvorhaben durchzuziehen. Dieses Bauvorhaben dient der ganzen Stadt. So stehen die Dinge, da wurde nichts verheimlicht! Ich möchte auch sagen, daß es mir persönlich sehr leid tut, daß ich an dieser Bauausschußsitzung nicht teilnehmen konnte. Ich hatte zur gleichen Zeit einen Termin mit Herrn Landesrat Leitl. Wir sprachen über die Errichtung der Fachhochschule in Steyr. Es war auch in dieser Sitzung eine Situation, bei der es darum gegangen ist, ob wir als Stadt Steyr eine Fachhochschule bekommen oder nicht. Wir möchten dieses Projekt noch heuer einreichen. Die Einreichung dieses Projektes muß bis Dezember erfolgen. Die Entscheidung darüber ist in dieser Sitzung gefallen. Es war ein mühseliger Kampf. Es wird uns der OÖ. Trägerverein in dieser Sache unterstützen. Daher war ich nicht da und konnte über gewisse Details der Verhandlungen nicht Auskunft geben. Das tut mir sehr leid. Ich bin aber überzeugt, hätte der Bauausschuß die volle Information gehabt, wäre die Entscheidung vielleicht

anders ausgefallen. Das muß man in diesem Zusammenhang noch erwähnen. Auch wenn man 10 Stunden verhandelt, kann man nicht jedes Detail erwähnen. Unsere Fraktion war darauf eingestimmt, daß wir die Amtsvorschläge unterstützen werden. Ich meine, daß hier der Amtsvorschlag so gelautet hat, daß der Antrag „Tankstelle“ auf die Tagesordnung gesetzt wird. Es ist im Zuge der Diskussion anders gekommen. Jetzt hätten alle Beteiligten die volle Information, und ich muß sagen, wenn Ergebnisse erzielt werden, müssen sie von allen eingehalten werden. Ich bitte die Damen und Herren des Gemeinderates, darauf Bezug zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke. Zum Wort gemeldet sind Stadtrat Eichhübl, Stadtrat Schloßgangl, Stadtrat Zagler und am Schluß Herr Vbgm. Dr. Pfeil.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte diesen Antrag zum Anlaß nehmen, um einige Anmerkungen zu tätigen. Vor allem möchte ich deshalb Anmerkungen machen, weil ich an der Diskussion im Stadtsenat beteiligt war. Dort hatte ich verlangt, daß man mit dem Bauausschuß ein Einvernehmen herstellen soll. Dieser hat einige Tage später einen Beschluß

gefaßt, der sicherlich als Empfehlung, wenn man die Statuten genau betrachtet, aufzufassen ist. Es soll dort keine Tankstelle errichtet werden. Ich habe in diesem Zusammenhang angeregt, diese Sache vorerst zurückzustellen. Dem war nicht so. Es erfolgte eine Abstimmung. Es gab für diesen Ausländergrunderwerb einen Mehrheitsbeschluß. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht den Herrn Zagler wiederholen, ich möchte nicht seine Wort verwenden, aber ich bin mir sicher, daß gerade der Herr Kollege Zagler heute andere Worte finden wird. Aber vielleicht kannst Du uns Deine Stellungnahme selber mitteilen. Meine Damen und Herren, ich habe genauso wie Sie vom Herrn Bürgermeister erfahren, daß er mit dem Bürgermeister von Linz gesprochen hat, welcher sich darüber beklagt hat, daß er bereits um S 1.500,- pro m<sup>2</sup> Grundstücke ankaufen muß. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, was kostet dieses Grundstück? Ich sage es Ihnen, S 4.200,- pro m<sup>2</sup>! Aber es dürfen die ganzen Zugeständnisse in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Was mich sehr erstaunt, ist die Tatsache, daß man bereits ein Zahlungsziel vereinbart hat. Man hat den 22.9.1994 vereinbart. Wenn ich mich richtig erinnere, ist heute der 15.9.1994. Diese Dinge müßten ins rechte Licht gerückt werden. Aber unabhängig davon, daß sich der Herr Bürgermeister sicherlich bemüht hat, muß ich noch einmal sagen, daß ich bei der Zuteilung der Planung eine

andere Auffassung vertreten habe. Wir sind natürlich im großen und ganzen für die Errichtung eines Parkdecks. Ich werde so wie der Herr Dr. Pfeil der Meinung sein, daß, wenn hier nicht eine entsprechende Aufklärung stattfindet, wir uns der Stimme enthalten werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Nächster Redner ist Herr Stadtrat Schloßgangl.

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir haben schon sehr viel über das Parkdeck diskutiert. Ich glaube, es steht außer Zweifel, daß wir dieses Grundstück dazu benötigen. Das Parkdeck soll so schnell wie möglich gebaut werden, auch wenn es zur Zeit sehr große Schwierigkeiten diesbezüglich gibt. Zum Preis möchte ich sagen, daß er sicherlich hoch ist. Er entspricht allerdings dem Schätzgutachten. Ich kann eines sagen, daß vor mehr als 20 Jahren in Ennsdorf bereits ca. S 4.000,- pro m<sup>2</sup> bezahlt wurden. Das waren keine Wucherpreise. Die Preise haben sich mit der Zeit so ergeben.

ZWISCHENRUF VON

VBGM. DR. LEOPOLD PFEIL:

Um wieviel hat es der Herr Dr. Muigg von den Steyrer-Werken gekauft?

STADTRAT

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr billig! Ich weiß es nicht genau. Aber es war vielleicht damals ein Fehler der Stadt, dieses Grundstück nicht zu kaufen. Darüber möchte ich jetzt aber nicht diskutieren. Tatsache ist, daß der Herr Muigg mit dem Parkdeck spekuliert hat und daß er damit recht hatte. Wenn dieses Grundstück benötigt wird, dann bestimmt die Dringlichkeit den Preis. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht sehr viel zu diskutieren. Was mich bei der ganzen Vorgangsweise stört, ist, daß wir nicht gewußt haben, daß es diese Absprache gibt. Dieses Faktum wurde uns nicht mitgeteilt, auch nicht dem Bauausschuß. Es soll laut Bürgermeister der Baudirektor alles gewußt haben. Wenn das der Fall gewesen wäre, wäre diese Entscheidung - glaube ich - anders ausgefallen. Ich möchte aber auch noch etwas über den Bauausschuß sagen. Es war ein sehr emotioneller Bauausschuß. Die Stimmung wurde aus mehreren Gründen sehr hoch getrieben. Ich war auch selber dafür, erstens weil ich mich etwas darüber geärgert habe, daß uns der Herr Muigg so unter Druck gesetzt hat, und zweitens, weil man gesagt hat, daß man dort keine Tankstelle bauen möchte. Ob die Entscheidung, diese Planung nicht dem Gestaltungsbeirat vorzulegen, gut war, wage ich heute wie damals zu bezweifeln. Aber ich habe trotzdem zugestimmt. Meine Gründe waren folgende: Was passiert? Das Projekt wird wieder

eingereicht und muß dann noch einmal behandelt werden. Der Denkmalschutzbeauftragte hat nach Befragungen erklärt, er kann aus Ortsbild- und Denkmalgründen diese Tankstelle an dieser Stelle nicht ablehnen. Es stellt sich die Frage, ob dort eine Tankstelle hingehört. Es kamen dann noch Begründungen wie das erhöhte Verkehrsaufkommen udgl. mehr. So kam es zu dieser emotionalen Stimmung, zu diesem Beschluß. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen, auch ich stimmte zu. Bei der folgenden Stadtsenatssitzung habe ich vom Bürgermeister erfahren, daß es hier Absprachen gibt, daß dieser Antrag dem Gestaltungsbeirat vorgelegt werden soll. Das war eigentlich der zweite Grund, das habe ich vorher vergessen. Warum ich hier Kritik anmerke? Diese Planung und Einreichung wurde zurückgehalten, ich habe sie im letzten Moment zu Gesicht bekommen. Aufgrund dieser Feststellung, daß hier Absprachen existieren, war es für mich klar, daß dies ein mündlicher Vertrag ist, man muß diesen Vertrag akzeptieren. So muß dem Grundverkauf an einen Ausländer zugestimmt werden. Daher habe ich auch im Stadtsenat eine positive Stellungnahme abgegeben. In der Zeitung konnte man dann lesen, die Mitglieder, die im Bauausschuß gegen die Tankstelle stimmten, stimmten im Stadtsenat dafür. Das stimmt, aber ich glaube, die Situation und die Fakten waren vorher nicht ganz bekannt. Ich stehe dazu und glaube, daß uns jetzt nur

mehr zwei Entscheidungen offen bleiben. Sollte die Einreichung kommen, wird sie von den Fachbeamten beurteilt. Es wird empfohlen, sie dem Bauausschuß vorzulegen. Dieser wird wieder vorschlagen, sie dem Gestaltungsbeirat weiterzuleiten. Sollte das nicht der Fall sein, dann muß es vom Amt trotzdem behandelt werden. Wenn der Denkmalreferent nichts dazu sagt, dann steht einer Genehmigung nichts im Wege. Das wollte ich sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der nächste bitte, Herr Stadtrat Zagler.

STADTRAT

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:  
Sehr geehrte Damen und Herren, meine Herren Bürgermeister! Ziehen wir heute einen Schlußstrich unter ein ganz finsternes Grundstücksgeschäft mit hochspekulativem Charakter. Vor Jahren hätte die Stadt Steyr die Möglichkeit gehabt, diese Grundflächen zu erwerben. Es wurde damals lang und breit diskutiert, ob man diese Flächen ankaufen soll. Damals wurde einstimmig entschieden, daß diese Grundstücke nicht angekauft werden. Heute stellt sich heraus, daß das ein grober Fehler war. Es hat dieser Nichtkauf einem Privaten einen sehr großen, steuerfreien Gewinn gebracht. Das tut mir persönlich sehr weh, wenn ich dem Antrag zustimmen werde. Mich würden die Nebenabsprachen nicht so schrecken wie zB die Möglichkeit, daß

die Fa. Muigg mit einem Dritten eine Tankstelle errichten könnte. Aber wenn man mit einem sehr streitbaren Rechtsanwalt - daß er das ist, hat er ja im Enteignungsverfahren gezeigt - solche Geschäfte macht, ist es - glaube ich - nicht so einfach für den Denkmalschützer der Behörde, Ablehnungen zu erteilen. Ich möchte noch eines sagen: Wie ich unseren Geschäftspartner einschätze, werden es keine leichten Verhandlungen werden. Daß die Bescheide nicht leicht in Rechtskraft erwachsen werden, wenn sie negativ ausfallen, ist klar. In diesem Licht sollte man diese Situation auch sehen. Sollte es wegen Gewerbeberechtigungs- oder Ortsbildgründen usw. zu Ablehnungen kommen, ist es die Aufgabe, daß wir über unseren inneren Dienst die Verträge prüfen lassen. Zum Einwand, die Kreditüberschreitung sei hier wieder notwendig gewesen, möchte ich auch noch etwas sagen: Keinem von uns war es klar bzw. bekannt, wann hier ein Ankauf stattfindet. Wie schnell in dieser Sache eine Einigung erzielt wird und wie hoch der Preis ist, wußte man also noch nicht. Aber nur auf Verdacht hier Beträge zu schreiben, wäre auch der falsche Weg gewesen. Diese Beträge sind natürlich über Darlehensfinanzierungen zu tätigen. Was wir uns aus dieser Sache merken sollten, ist: Sollten wir Gelegenheit haben, ein Grundstück, das wir für unser Stadt benötigen, kaufen zu können, sollten wir es sofort kaufen. Wir haben schon viel gelernt, wenn ich nur an den

Stadtgutankauf oder den Kommunalzentrumsankauf denke. Wir sollten auch zu Preisen kaufen, die sich nicht wie auf einem Monopolmarkt entwickelt haben. Und wir sollten nicht darauf warten, daß der Verkäufer dann verkauft, wenn der Preis am höchsten ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Noch einmal zum - wie Herr Stadtrat Zagler sagt - finsternen Grundstücksgeschäft. Zur Kreditüberschreitung darf ich sagen, daß es schon geplant war, daß im Herbst 1994 mit dem Bau begonnen werden soll. Man kann halt nicht auf einem fremden Grund bauen, also hätte man das durchaus berücksichtigen können. Das möchte ich schon noch einmal sagen. Dann zum Herrn Bürgermeister. Herr Bürgermeister, Sie haben mir keine vollständige Auskunft gegeben! Wir haben immer gesagt: „Den Vertrag ja, aber wir wollen auch alle Nebenabsprachen kennen, und zwar schriftlich!“

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bei mir nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, hier an dieser Stelle. Ich habe einmal gesagt, daß ich zur Sache

selber nichts sagen werde, da laufende Verhandlungen sind. Ich habe eines immer gefordert, daß mir alle Nebenabsprachen bekannt sind. Sie haben gesagt, Sie waren damals mit Herrn Bürgermeister Schwarz in den Verhandlungen, also waren Sie damals dabei. Aber dann wird der Antrag eine halbe Stunde vor der Stadtsenatssitzung abgeblockt. Ich meine, dann könnten Sie auch sagen: „Wir sind nicht an die Absprachen gebunden. Aus heutiger Sicht bin ich nicht mehr verpflichtet, mich an die Abmachungen des Herrn Schwarz zu halten.“ Ich möchte heute wissen, wer gesagt hat: „Wenn Sie, Herr Muigg das Grundstück verkaufen, dann dürfen Sie die Tankstelle errichten.“ Wer hat das wann gesagt? In welcher Rechtsform wurde das beschlossen, mündlich, schriftlich oder mit einem Vertrag? Das ist mir persönlich noch nicht ausreichend beantwortet worden. Zum Thema Bauausschuß muß ich schon noch einiges sagen. Auch hier war die Eile geboten, sie kam nicht von Dir, sondern vom Herrn Baudirektor, der die Themen für den nächsten Gestaltungsbeirat vorgestellt hat. Es wurde nach einigen Befragungen vom Baurechtsamt bestätigt, daß kein Bauansuchen vorliegt. Also hat man voreilig einen Entwurf zu den Akten des Gestaltungsbeirates dazugegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Parkdeck, Herr Dr. Pfeil!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Du hast Dich sicherlich versprochen. Aber Du hast in Deiner Wortmeldung mehrmals gesagt, daß ein Bauansuchen vorliegt. Ja, das ist schon richtig, aber das ist ein altes Bauansuchen, das nicht behandelt wurde. Aber für diese Tankstelle liegt kein Bauansuchen vor! Da hast Du gesagt, es liegt eines vor. Bis Donnerstag ist keines vorgelegen. Also, wenn man den Punkt über die Nebenabsprachen noch klären kann, dann bin ich gerne bereit, darüber zu diskutieren. Aber solange das nicht aufgeklärt ist, kann ich dem Antrag nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, hohes Präsidium! Mit Ehrlichkeit hätte man hier einige Unannehmlichkeiten sparen können. Mit Ehrlichkeit hätte man die Diskussion auch verhindern können. Ich habe in diesem Bauausschuß viermal nachgefragt, ob es irgendwelche Zusagen von jemandem gibt, die Grund dafür sind, daß diese Tankstelle errichtet wird, obwohl der Planungsausschuß schon einmal einem Tankstellenprojekt vor vielen Jahren sehr skeptisch gegenüberstand, obwohl die Beamenschaft, das muß ich sagen, von den Gesprächen des Herrn Bürgermeister wußte. Herr

Magistratsdirektor, ich muß Dich bitten, daß Du Deine führenden Beamten - der Herr Baudirektor ist ein Beamter der Dienstklasse IX - zur Wahrung der Pflichten des inneren Dienstes aufforderst. Sie müssen bei der Aufbereitung der Anträge sorgfältiger sein. Du mußt rügend tätig werden. Ich sage das deshalb, weil ich in der Stimmung des Ausschusses gegen die Tankstelle durchaus ein Rädelsführer war. Ich bin auch überzeugt, daß ich nach meiner Wahrnehmung des Stadtbildes recht habe, wenn ich sage, daß dort eine Tankstelle nicht wünschenswert ist. Ich hätte aber sicherlich den Ausschuß intensiver dazu angehalten, zunächst noch einmal in Beratung zu gehen, das habe ich in der Diskussion mehrmals anklingen lassen, wenn nicht der Baudirektor wiederholt bestätigt hätte, daß es keine Nebenabsprachen gibt. Dann ist die Stimmung im Ausschuß hochgegangen und man sagte, Absprachen gäbe es keine. Also wozu dann das ganze Theater? Ich bitte Dich wirklich, auf die Beamenschaft dahingehend einzuwirken, daß die Liberalität im inneren Dienst nicht mißbraucht wird. Ich habe hohen Respekt vor dem unabhängigen Beamtentum, aber es kann nicht so sein, daß der Gemeinderat der Befehlsempfänger von Wahrheit oder nicht ganz Wahrheit ist. Ich sage ausdrücklich nicht ganz Wahrheit, weil die Auskunft, es gäbe keine Absprachen, falsch war. Es kann nicht so sein, daß die Kollegen über unwahre Auskünfte

verfügen und danach ihr Entscheidungsbild formen. Wir haben in einer Klausursitzung über Verwaltungsökonomie am Jahresanfang gesagt, daß die Politik die Rahmenbedingungen festlegt und die Verwaltung innerhalb des Rahmens arbeitet. Ein guter und richtiger Satz, über den es im weiteren Sinne auch zum Verwaltungscontrolling gekommen ist. Wenn es aber so ist, daß durch Desinformation von Beamten das Meinungsbild der Politiker verfälscht wird, dann kommt es an das Ende des Systems. Das kränkt mich sehr, da ich glaube, daß man so miteinander nicht umgehen darf. Trotz mehrmaliger Frage, trotz mehrmaliger dezimierter Frage, wurde die Unwahrheit gesagt! Jetzt sitzen wir auf dem Scherbenhaufen, und dann muß natürlich noch einer zur Zeitung gehen und sagen, der Bürgermeister hat.... usw. Das ist ein logischer Ablauf. Dann diskutiert man über völlig falsche Dinge. Man geht sich wegen dem Druck des Grundankaufes auf einer Nebenfront wie zB Grundpreis oder Ersatzgrundstück an die Gurgel, nur weil man noch etwas sagen muß. Es hat sich außer mir noch nie jemand getraut, etwas zu den anderen zu sagen. Liebe Beamte, behandelt uns doch so, wie wir Euch behandeln! In dieser Art und Weise geht das doch nicht weiter! Was soll denn der Bürger dieser Stadt von unserer Administration denken?!? Die Administration ist die Summe der Verwaltungsbeamten und der

Politiker. Was sollen die Bürger von uns denken, wenn wir uns schon im engsten Kreis nicht mehr die Wahrheit sagen? Am Antrag selber kritisiere ich die Errichtung eines Parkdeckes mit den Kompensationsgründen. Hier geht nicht hervor, wie groß das Grundstück ist, das auf der Promenade gekauft werden soll. Daß man hier Nebengeschäfte machen muß, um überhaupt die Grundtransaktion ermöglichen zu können, stimmt mich traurig. Aber das ist die Wahrheit. Ein Handelsgeschäft resultiert daraus, wie hoch das Angebot und die Nachfrage ist. Die Nachfrage ist da, aber ein Ersatzgrundstück gibt es nicht. Es war also notwendig, etwas zu tun, und wir sollten dazu stehen. Es soll einem möglich gemacht werden, solidarisch zu sein. Wäre ich im Stadtsenat gewesen - ich war beruflich verhindert -, so wäre ich zornig über die Desinformation geworden und hätte mich der Stimme enthalten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich mir das als Stadtrat der Stadt Steyr auf die Dauer gefallen lasse. Wenn es auch nur eine einmalige Entgleisung ist, rechtfertigt der Zweck diese Mittel nicht. Es mag sein, daß es der Herr Baudirektor gut gemeint hat. Aber vielleicht hatte er auch Angst gehabt zuzugeben, daß es Nebenabsprachen gab. Ich weiß nicht, vor wem er sich gefürchtet hat, ein hoher Beamter der Dienstklasse IX, der gleichzeitig auch Sektionschef ist. Ich verstehe es nicht, was ihn dazu veranlaßt hat. Ich verstehe es nicht, warum von den

sonst noch anwesenden Beamten, die ja davon wissen mußten - das war ja nicht nur der Baudirektor alleine, da war ja eine ganze Gruppe beisammen - es kein einziger der Mühe wert gefunden hat, uns aufzuklären. Nein, im Gegenteil, es ist Desinformation im klassischen Sinn geübt worden! Dagegen wehre ich mich, so kann das nicht weitergehen! Ich glaube, daß der Gemeinderat dem Verkauf des Grundstückes der Ehegatten Muigg an die Stadt Steyr zustimmen sollte, weil das Grundstück benötigt wird, wenn wir dieses Verkehrsbauwerk dort errichten wollen. Zur Neuorganisation des Verkehrs ist es eine logische Voraussetzung, daß dieses Grundstück angekauft wird. Wir sollten die Diskussion über das, was uns an dieser Sache ärgert, nicht auf dem momentanen Vorwand führen, sondern über den tatsächlichen Hintergrund, nämlich die Desinformation und die halbherzige Information. Rückblickend auf die Geschichte - nur weil dies erwähnt wurde - muß ich sagen, eines gibt das andere. Es wurde seinerzeit eine große Diskussion über die City-Bus-Linie Steyrdorf-Bahnhof-Steyrdorf entfacht, weil damals Parkplätze geändert werden mußten. Es war auch damals eine gewisse Zeit bis zur Wahl, aber auch damals konnte man schon nicht miteinander reden, auch da hat man verstecken gespielt. Die Nebenabrede für das Grundstück als Cityparkplatz war den anderen Parteien nicht kenntlich. Aus der Stimmung in dieser Zeit verständlich, aber nicht erklärbar und

auch nicht verzeihbar! Solche Dinge müßten eigentlich bekannt sein. Ich war damals Vizebürgermeister der Stadt Steyr und habe es nicht erfahren! Es mag schon sein, daß das in der sozialistischen Fraktion bekannt war, aber die Transparenz den anderen Fraktionen gegenüber war damals schon nicht gegeben. Weil das damals nicht so war, kettet sich dadurch eines zwanghaft an das andere, was wiederum zum logischen Schluß meiner Ausführungen führt: Ehrlichkeit hätte hier viel Kummer vermieden! Aber ich würde jetzt die Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die stimmberechtigt sind, ersuchen, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen und den Magistratsdirektor und den Bürgermeister bitten, in Zukunft solche Desinformationen aktiv zu verhindern.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Herr Bürgermeister Leithenmayr, dann Dr. Schwager zu Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte zum Punkt Ehrlichkeit sagen, daß ich mir nicht der kleinsten Unehrllichkeit bewußt bin. Diese Anschuldigung weise ich weit von mir. Ich muß sagen, ich alleine habe schon 10 Stunden verhandelt. Da rede ich noch nicht von den unzähligen Gesprächen, die auf Beamtenebene ergebnislos geführt wurden! Ich habe nicht unbedingt den Ehrgeiz, solche Verhandlungen

selber zu führen. Das wäre ja auch nicht gerade meine Aufgabe. Aber wenn ich sehe, daß über so lange Zeiträume, nämlich schon über Monate kein Ergebnis zustande kommt und wir im Herbst 1994 mit dem Bau beginnen wollten, mußte ich handeln und das Grundstücksproblem lösen. Ich habe mich selber sehr intensiv mit dieser Thematik auseinandergesetzt, aber ich habe kein einziges Mal unter vier Augen mit dem Herrn Dr. Muigg verhandelt, es waren mindestens die FA-Leiter dabei. Nämlich der für Privatrecht und der für Tiefbau, der auch Projektleiter für dieses Projekt ist. Die waren ständig dabei, der Herr Baudirektor war teilweise dabei. Ich erinnere mich nicht ganz genau, da gibt es sicherlich irgendwo Notizen, ob er bei all diesen Gesprächen dabei war oder nur teilweise. Aber einmal war er sicher nicht dabei. Ich weiß nicht genau, ob da über dieses Thema gesprochen wurde, wir haben aber mehrmals darüber gesprochen. Ich habe nicht die leiseste Absicht, so etwas mit Absicht nicht zu erzählen. Dies wäre äußerst unintelligent. Wir wissen, daß man über diese Tankstelle unterschiedliche Meinungen haben kann. Die wurden aber auch schon in der Vergangenheit geäußert. Ich möchte sagen, Herr Dr. Pfeil, natürlich ist niemand dem Herrn Dr. Muigg zu diesem Zeitpunkt im Wort gewesen, nach dem Gespräch, das wir abgebrochen hatten, bevor der Antrag abgesetzt wurde, weil er Zusatzforderungen gestellt hat. Das war eine Vorbesprechung zum

Stadtsenat, der Kollege Holub war dabei. Wir hatten einvernehmlich beschlossen, daß dieses Thema nicht behandelt wird, da dies aufgrund der Zusatzforderungen nicht akzeptabel ist. Da werden wir das gar nicht beschließen, haben wir gesagt. Wir hatten keine Veranlassung gesehen, bei irgendeinem Wort zu bleiben. Ich habe auch nie gesagt, daß wir mit jemandem im Wort sind. Ich habe gesagt, die Geschichte ist sehr alt, sie stammt aus dem Jahr 1990 oder 1991. Die Jahreszahlen können wir ganz genau ausheben, da gibt es eine Tagesordnung, wo diese Punkte schon behandelt wurden. Also, ich habe nur gesagt, die Geschichte ist alt. Ich bin erst seit Jänner 1990 in der Funktion als Bürgermeister tätig, daher kann es nur 1990 oder 1991 gewesen sein. Ich weiß, daß der Bürgermeister Schwarz im Urlaub war und ich ihn vertreten und die STS-Sitzung geleitet habe. Wir haben doch etwas Gutes tun wollen, 80 Parkplätze sind ja nicht wenig! Es hätte dort eine große Entlastung stattgefunden. Genau das haben wir vereinbart. Wir hatten auch damals nur eine Absichtserklärung abgegeben, daß wir uns als Stadt vorstellen könnten, daß dort eine Tankstelle zu diesen Bedingungen errichtet wird. Der Herr Dr. Muigg hat von diesen Überlegungen niemals Abstand genommen, dies spiegelt auch die Tatsache wieder, daß er den Vorschlag an uns herangetragen hat und somit dieses Projekt zur Behandlung steht. Gestaltungsbeirat ja oder nein. Da hat der Kollege

Schloßgangl vollkommen recht, das muß von der Behörde behandelt werden. Natürlich stimmt es, es ist in den Verhandlungen mit Herrn Dr. Muigg angesprochen worden, wie wir zu dieser Tankstelle stehen. Ich habe diese Tankstelle nicht erfunden und auch die Begeisterung darüber hält sich in Grenzen. Es ist folgende Situation: Es werden dort 200 Parkplätze geschaffen und es fahren auch sehr viele Autos vorbei. Darum haben die Tankstellenerrichter und der Herr Dr. Muigg sich dort ein Geschäft gesehen. Wir haben gesagt, wenn die behördlichen Verfahren abgewickelt werden können, wobei die Behörde nach dem Fachgutachten entscheiden muß, wenn hier das Projekt integrierbar ist und der Gestaltungsbeirat das positiv beurteilt, dann ist das aus unserer Sicht möglich. Das habe ich dort im Beisein der zuständigen Fachabteilungsleiter vorgebracht. Das können wir hin und her wenden, ich habe es niemanden verheimlicht. Mir war damals schon klar, daß uns dieses Thema in den Ausschüssen noch einmal beschäftigen wird, darum wäre es von mir unsinnig gewesen, da geheime Absprachen zu tätigen. Es gibt überhaupt keine Geheimnisse. Ich werde mich auch hüten, bei solchen Dingen Geheimnisse zu haben. Sie wissen, Herr Dr. Pfeil, alles was über S 10.000,-- kostet, wird im Stadtsenat behandelt. Daher gibt es keine Geheimabsprachen. Gläserne Akten, meine Herrschaften!

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT  
DR. TILMAN SCHWAGER:  
Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Selbst wenn ich mich mit diesem vorliegenden Amtsbericht anfreunden könnte, müßte ich mich aus Standesgründen der Stimme enthalten. Es ist einfach eine Vorgabe, die mir in dieser Form hilft. Ich muß offen sagen, wenn ich die Tatsache abstrahiere, daß einer der Verkäufer die Berufsbezeichnung Rechtsanwalt hat, dann muß ich schon Bedenken an der Vorgangsweise anmelden. Das Faktum, das der Herr Stadtrat Holub in einer fast ungewohnt zurückhaltenden Diktion als Desinformation bezeichnete, wäre meiner Meinung nach eine klare Irreführung. Man kann das Kind ruhig beim Namen nennen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man sich als irreführter Politiker dazu bestimmen lassen soll, eine - wie es im Strafrecht so schön heißt - Willenserklärung abzugeben, die man bei wahren Wissen des Sachverhaltes eben nicht abgegeben hätte. Die vorliegende Vereinbarung ist ja - sonst würden wir heute nicht darüber sprechen - noch nicht rechtswirksam. Das Parkhaus gefällt mir sehr gut, das gehört so zu meinem Spruch, den ich, wie mir bereits schon einmal mitgeteilt wurde, in dieser Art schon einmal eingebracht habe. Meine

Damen und Herren, wozu haben wir den das Kollegialorgan des Stadtsenates, das Kollegialorgan des Gemeinderates? Es sollen ja so bestimmte Verträge erst durch deren Zustimmung rechtswirksam werden das heißt, der Herr Bürgermeister ist nicht durch ein von ihm gegebenes Wort gebunden, solange wir hier dem Antrag nicht zustimmen, und es ist der Herr StR. Schloßgangl nicht an eine Zusage gebunden, solange nicht der Stadtsenat in diesem Bereich zustimmt. Wie zB der Ausländergrundverkehr. Ich habe es jetzt leicht, ich kann mich der Stimme enthalten. Müßte ich jetzt abstimmen, könnte ich nicht zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Sind weitere Wortmeldungen? Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich kann mich meinem Vorredner nur anschließen. Ich habe es leichter wie er, ich kann abstimmen und werde dagegen stimmen, weil ich heute zum ersten Mal gehört habe, daß es auch Absichtserklärungen gibt bzw. gegeben hat. Ich hoffe, es gibt keine weiteren mehr. Es ist im Juni etwas vorgegeben worden, worüber heute abgestimmt werden soll. Das paßt irgendwo nicht so zusammen. Ich habe da auch im demokratischen Sinne Probleme, daß ich hier abstimmen soll, wenn Sie vor vier Jahren eine Absichtserklärung

gegeben haben. Das paßt für mich einfach nicht zusammen. Die Sache, die der Stadtrat Holub angeschnitten hat, die muß der Herr Magistratsdirektor - glaube ich - auch einmal bereinigen. Es darf nicht mehr vorkommen, daß der Stadtsenat so behandelt wird.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Stadtrat Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich möchte, werte Kolleginnen und Kollegen, einen Appell an Euch richten. Wir brauchen dieses Grundstück! Wir brauchen es wirklich, auch wenn uns die Begleitmusik nicht gefällt. Was mir daran nicht gefällt, habe ich bereits schon sehr ausführlich und unmißverständlich mitgeteilt. Es liegt an Euch, ob Ihr dieses Unbehagen mit mir teilt oder nicht. Das geben wir jetzt an die richtigen Adressen weiter, und dann treffen wir eine Entscheidung im Interesse unserer Stadt, das heißt, wir stimmen diesem Antrag zu. Das wäre mein Vorschlag an Euch und möge allen Beteiligten als Beispiel dienen, daß es in Zukunft nicht mehr so geht. Was die Möglichkeiten des Bürgermeisters zum Verhandeln betrifft, so muß ich schon sagen, wenn er die Chance im Rahmen der gesetzlichen Bedingungen nicht hat, weil der StS noch nicht zugestimmt hat, ist dieses Verhandlungsergebnis nicht bindend. Logisch, oder? Aber wie soll ein

Mensch unsere Behörde ernst nehmen, wenn wir den Bürgermeister bei einer Entscheidung im Regen stehen lassen? Und noch dazu bei einer Entscheidung, die für die Stadt sehr wichtig ist. Dieses Grundstück hat eine Schlüsselfunktion für die weitere Entwicklung. Ich glaube Dir, Herr Bürgermeister, daß Du uns hier nicht hinter das Licht führen wolltest, ich glaube Dir das! Denn wenn nicht, würde ich hier anders sprechen, das glaubst Du mir, oder?

BÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Ja, sicherlich.

STADTRAT  
KARL HOLUB:  
Ich appelliere wirklich an die Gemeindevertretung, fällen wir einen Entschluß! Bitte erinnert Euch daran, was ich über die Bundesbahn gesagt habe, die Ankündigungsminister der Vergangenheit, Generaldirektoren usw. werden sich vor lauter Lachen auf den Bauch werfen, wenn die Stadt Steyr die logische Voraussetzung dafür nicht bringen kann, nämlich das Grundstück. Zuerst habe ich Euch gebeten, eine Resolution zu beschließen, leider wird es dazu nicht kommen, weil wir Sie nicht formuliert haben. Aber schön wäre es, wenn wir es täten. Ich bitte Euch, stimmt diesem Ankauf zu und lernen wir aus den Nebentönen, daß ein ganzes Orchester harmonischer und besser klingt.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:  
Herr Gemeinderat Apfelthaler.

GEMEINDERAT  
KURT APFELTHALER:  
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Mittlerweile wohnen jetzt schon mehr als zwei Seelen in meiner Brust. Ich muß schon sagen, während der Diskussion bin ich einmal auf dieser und einmal auf der anderen Seite gewesen. Ich muß sagen, Herr Bürgermeister, Sie haben es mir nicht leicht gemacht und am wenigsten der Herr Str. Holub. Auf der einen Seite müssen wir sagen, wir brauchen unbedingt dieses Parkdeck, auf der anderen Seite habe ich demokratiepolitisch schwere Bedenken. Wenn das so weiter geht, wenn Absprachen, ob sie jetzt vorher oder nachher oder während der Verhandlungen getroffen werden, erst dann zur Sprache kommen, wenn man kurz vor der Entscheidung steht, ist das bitter. Das heißt, wir müssen die Kröte jetzt schlucken. Aber von diesen Kröten gibt es ja mehr. Nach oben hin gibt es - wie man sieht - keine Grenzen. Diese Situation, mit der wir uns jetzt abfinden müssen und die wir auch mitentscheiden müssen, die kommt vielleicht in ein, zwei Jahren wieder oder sogar schon in ein oder zwei Monaten. Es wird immer wieder so sein, es kommen da Sachen auf uns zu, wo Ergebnisse von Verhandlungen daherkommen. Nachdem ja unsere Fraktion nicht im Stadtssenat sitzt, bin ich erschüttert,

wenn ich höre, was da alles los ist. Als der Bauausschuß war, war ich in Urlaub. Jetzt, muß ich sagen, ist mir leid darum, aber es war mein einziger Urlaub. Ich muß jetzt noch einmal sagen - wenn ich mich jetzt auch als Kontraredner des Herrn Stadtrat Holub sehe -, wenn wir uns diese Vorgangsweisen in Zukunft weiter gefallen lassen, dann werden wir irgendwann einmal dastehen und die Leute werden auf uns Politiker zeigen. Wir Politiker stehen ja sowieso in einem eigenartigen Licht. Wenn wir uns das auch in Zukunft gefallen lassen, dann werden sie uns irgendwann einmal fragen, was das ganze soll. Am Ende sieht es so aus: Wir haben zwar das Parkdeck, aber die Tankstelle ebenso. Dann kommt noch etwas und noch etwas usw. Wenn Sie heute auf die Straße gehen und diesen Vertrag vorzeigen, werden sich manche Leute an den Kopf fassen und sagen: „Ein Wahnsinn, was da passiert!“ Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Danke, keine weiteren Wortmeldungen? Das Schlußwort bitte.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Es ist schon lange genug darüber gesprochen worden, meine werten Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der Stadtrat Holub hat sehr vieles gesagt, das wir bis jetzt in dieser Art und Weise empfunden haben. Ich bin persönlich der Auffassung, hätten wir

bei dieser wichtigen Bauausschußsitzung diese Fakten gewußt, dann hätten wir unter Umständen eine andere Entscheidung getroffen, und wir hätten diese Diskussion jetzt nicht. Ich meine in der Form, wie es abgelaufen ist. Dieser Herr Dr. Muigg ist eben ein schwieriger Fall. Seine Person und seine Art ist etwas schwierig, darauf möchte ich verweisen. Auch wenn man sich über gewisse Dinge erst jetzt richtig klar wird, erkennt man den Bedarf und die Notwendigkeit. Deswegen rufe ich Sie auf, jetzt die richtige Entscheidung zu treffen. Ich möchte darum bitten, in der Form, wie es jetzt schon öfter angesprochen wurde, dieses wichtige Projekt zu realisieren und den Grundankauf durchzuführen bzw. die nebenstehende Forderung des Herrn Muigg zu respektieren. In diesem Zusammenhang bitte ich um Ihre Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Dem Antrag folgend lasse ich jetzt abstimmen. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Stimmenthaltungen (7 FP, 2 GAL). Wer stimmt dagegen? Einer (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Danke. Ich übergeben den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Ich bin froh, daß die Abstimmung in dieser

Art und Weise erfolgt ist. Ich bin leider nicht in der komfortablen Situation, mich der Stimme zu enthalten. Der Herr Stadtrat Holub hat das schön auf den Punkt gebracht: Wenn das die Meinung der Mehrheit gewesen wäre, dann hätten wir das Parkdeck in den Kamin schreiben können. Jeder, der schon Verhandlungen geführt hat, weiß, daß solche Ergebnisse zustandekommen können, wenn der andere eine Position ausspielt, die unumgänglich ist, die eben so aussieht. Amen. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es ebenfalls um sehr viel Geld, und zwar um die zweite Zahlung der Kaufpreisrate für die Hauptrepa. Es hat sich ohnehin verzögert. Steyr-Daimler-Puch ist erst jetzt teilweise ausgezogen bzw. wird noch ausziehen, nun wird die zweite Kaufpreisrate fällig. In diesem Zusammenhang bitte ich um die Zustimmung zum folgenden Antrag:

32) ÖAG-1873/90

Hauptreparaturwerkstätte Steyr;

Zahlung der zweiten

Kaufpreisrate;

Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten vom 25. August 1994 wird zur Bezahlung der zweiten Kaufpreisrate für die Hauptreparaturwerkstätte Steyr sowie des zur Vorschreibung gelangten Anliegerbeitrages ein Betrag von S

33,922.400,-- bei der VAST. 5/0290/010200.0 als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wortmeldungen? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, meine Damen und Herren. Jetzt ist der Stadtrat Zagler leider wieder nicht da, aber ich muß es leider sagen. Ich komme mir vor wie eine tibetanische Gebetsmühle. Auch hier, auf Seite 3 der Satz: „Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.“ Also ist auch hier wieder eine große Kreditüberschreitung zu sehen. Hierbei handelt es sich wiederum um eine Kreditüberschreitung, die wirklich planbar gewesen wäre. Es war nicht ganz überraschend, daß wir die zweite Teilrate begleichen müssen. Genauso wäre der letzte Antrag planbar gewesen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, Herr Kollege Stadtrat Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Man könnte sich jetzt darauf hinausreden,

daß man sagt, daß das Gebäude noch nicht frei gewesen sei. Es war also nicht ganz klar, wann die nächste Rate fällig wird. Wenn es um die dritte Rate gegangen wäre, hätte man das nicht mehr sagen können. Wir waren schon um eine Rate hinten. Es ist eine mangelhafte Budgeterstellung. Es handelt sich nicht um eine Kleinigkeit von S 100,—, die sich auf die Budgetsituation nicht auswirkt. Nein, es sind schon Beträge, bei denen es sich lohnt, wenn sie vorher geplant werden. Bei aller Genauigkeit der Leute, aber die Kleinigkeit von S 33 Mio. wurde vorher nicht geplant. Da ist die „kleine“ Kredit-Kosmetik völlig unverständlich. Es hat keinen Sinn, Ausgaben, die wahrscheinlich sind, zu verschweigen und dann, wenn man sie braucht, zu sagen: „Wir werden das Geld schon bekommen.“ Diese Logik verstehe ich nicht. Schade, daß der Helmut nicht da ist, aber er kann es dann im Protokoll nachlesen und ich bin mir sicher, Ihr erzählt es ihm. Da hört bei mir das kaufmännische Verstehen auf. Der Antrag selber ist natürlich mit ja zu beantworten. Es ist notwendig, daß man die Verträge einhält, auch mit Verspätung. Ich hoffe, daß diese Scherzchen, zu erwartende Kosten im Budget nicht zu erwähnen, in Zukunft nicht mehr zu sehen sind. Ich möchte zum vorhergehenden Punkt noch eines sagen: Das „Amen“ des Bürgermeisters hat das sehr treffend beendet, aber, Herr Magistratsdirektor, die Sache mit der Desinformation haben wir noch

immer nicht ganz vom Tisch. Es ist leider nicht so, daß ich die FPÖ und die GAL überzeugen konnte, daß wir hier solidarisch sein müssen. Damit kann diese Einstellung „Wir werden Ihnen schon alles erzählen, wenn wir wollen,“ weitergehen. Aber so ist das nicht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Keine. Ich möchte nur eines noch bemerken. Wir haben schon einmal über Kreditüberschreitungen gesprochen. Es ist in Wirklichkeit aber so, daß die Steyr-Daimler-Puch AG noch den Vertrag hatte und den Platz hätte räumen müssen. Wir haben den Vertrag geändert. Wir haben festgestellt, daß im Herbst letzten Jahres noch nicht einmal die Baueinreichung für den Ersatzbau stattgefunden hatte. Jedenfalls nicht für diesen Ersatzbau, der dann tatsächlich gebaut wurde. Man sieht daraus, daß die Absichten nicht ganz die gleichen waren. Jetzt baut auf einmal ein gewisser Herr Bulla eine Werkstätte hin, die ursprünglich Steyr-Daimler-Puch bauen wollte. Das ist eine unerfreuliche Entwicklung. Es wäre für uns als Stadt überhaupt kein Problem, auf die gesamte Räumung zu warten und dann erst den Betrag zu bezahlen. Wir verschwenden damit aber wertvolle Zeit. Ich habe große Vorwürfe erhoben, daß sie den Vertrag nicht einhalten und gefordert, daß sie wenigstens die Büroräume räumen. Es hat sich

herausgestellt, daß die falsche Seite des Hauses ausgeräumt wurde. Die Herrschaften sagten, daß sie schon 70 % des Hauses geräumt hätten. Das konnten wir nicht feststellen. Darum habe ich dann gesagt: „Ihr bekommt keinen Schilling zu sehen, es ist mir egal, ob Ihr dabei schwarz werdet! Wenn wir das Gebäude nicht nützen können, dann bekommt Ihr auch kein Geld!“ Es war die Grundsatzüberlegung dahingehend, daß wir das Gebäude kaufen und gleich nützen können. Dann wurde das Gebäude geräumt und wir haben begonnen zu renovieren. Aus diesem Grund ist diese Rate jetzt fällig geworden. Also, so absehbar war es nicht. Es war eher so einzuschätzen, daß wir das Gebäude im heurigen Jahr noch nicht renovieren können. Es ist sehr schwierig, wenn man Gas und Bremse gleichzeitig tritt. Das ist meistens nicht gut für einen ungehinderten Ablauf. Ich stimme Ihnen zu, wenn sich der Betrag als Kreditüberschreitung zu Buche schlägt, ist das sehr viel. Noch eine Wortmeldung? Keine. Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen. Ich ersuche nur mehr um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort. Wir stimmen daher ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der

Zustimmung. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um die zweite Kaufpreisrate der Zahlung für das angekaufte Stadtgut.

33) ÖAG-28/93

Stadtgut Steyr; Zahlung  
der zweiten Kaufpreisrate;

Der Gemeinderat möge beschließen:  
Aufgrund des vorstehenden  
Amtsberichtes der Fachabteilung für  
Privatrechtsangelegenheiten vom 25.  
August 1994 wird zur Bezahlung der  
zweiten Kaufpreisrate für das  
Stadtgut Steyr samt der vereinbarten  
Verzinsung und der zu erwartenden  
Eintragungsgebühr ein Betrag von  
insgesamt S 17,375.700,-- bei der  
VSt. 5/8400/001000.2 freigegeben.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, der Antrag steht zur  
Diskussion. Wünscht jemand das  
Wort? Nicht der Fall, wir kommen  
daher zur Abstimmung. Wer für den  
Antrag stimmt, den bitte ich um ein  
Zeichen. Danke sehr. Ist jemand  
gegen den Antrag, oder übt jemand  
Stimmenthaltung? Das ist nicht der  
Fall, der Antrag ist einstimmig  
angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

*Im nächsten Antrag geht es um die Änderung eines Baurechtsvertrages mit dem FAZAT-Steyr.*

34) Bau2-6446/86

*Änderung des Baurechtsvertrages mit dem Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik-FAZAT:*

*Der Gemeinderat möge beschließen:*

*Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. August 1994 wird der Änderung des mit dem Verein „Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik - FAZAT“ abgeschlossenen Baurechtsvertrages vom 20.2.1992 in der Form zugestimmt, daß die ins Baurecht gegebenen Grundstücke in die Abschnitte FAZAT I und FAZAT II geteilt werden und für beide Bauabschnitte eigene Grundbucheinlagen und damit verbundene selbständige Baurechtseinlagen errichtet werden können. Der vereinbarte Bauzins von S 10.000,-- monatlich zerfällt aufgrund der Flächenaufteilung in der Form, daß das FAZAT für den Bauabschnitt I S 1.000,-- monatlich und das FAZAT gemeinsam mit dem BFI für Bauabschnitt II S 9.000,-- monatlich, jeweils wertgesichert nach dem Verbraucherpreisindex 1986, an die Stadt zu entrichten haben. Die übrigen Bestimmungen des ursprünglichen Baurechtsvertrages vom 20.2.1992 bleiben von dieser*

*Änderung unberührt. Ich bitte Sie hier, Ihre Zustimmung zu geben.*

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

*Ich habe den Vorsitz übernommen. Wer wünscht das Wort? Niemand. Dann stimmen wir ab. Wer stimmt für den Antrag? Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt.*

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

*Im letzten Antrag geht es um einen Annuitätenzuschuß für das Sonderwohnbauprogramm im Resthof:*

35) Fin-201/94

*GWG der Stadt Steyr;  
Errichtung von 56 Wohnungen im Sonderwohnbauprogramm, Zusicherung eines Annuitätenzuschusses nach der OÖ.  
Sonderwohnbauförderung;*

*Der Gemeinderat möge beschließen: Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes der FA f. Privatrechtsangelegenheiten vom 26. August 1994 wird die Stadt Steyr die Errichtung von weiteren 56 Wohnungen im Rahmen des Bauvorhabens Resthof III D/2, Objekte N 13 bis N 17, samt ebenso vielen Tiefgaragenplätzen in der Form fördern, daß im Rahmen des Sonderwohnbauprogrammes Annuitätenzuschüsse zu einem Hypothekendarlehen in Höhe von S 17,560.500,-- entsprechend der OÖ.*

Sonderwohnbauverordnung geleistet werden.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort? Nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt für den Antrag? Danke sehr. Wer stimmt gegen den Antrag. Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Somit ist die reguläre Tagesordnung erschöpft und ich frage, ob es Beiträge für die Aktuelle Stunde gibt. Von Seiten der SPÖ darf ich sagen, daß es keine Beiträge gibt. ÖVP? Herr GR Lengauer...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Vizebürgermeister, die FPÖ ist vorher!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Bitte um Entschuldigung, das war ein Rückfall. Die Frage nach der FPÖ erübrigt sich, denn der Redner steht schon bereit.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Außerdem habe ich es schon vorher angemeldet. Leider ist meine Ansprechperson wieder nicht im Raum, der Herr Bürgermeister als Sportreferent.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Dann lassen Sie halt die ÖVP vorher sprechen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, warum nicht. Aber er braucht ihn auch, so ein Pech!

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Dann schicken Sie einen Boten zu den Toilettenanlagen. Dort ist er nämlich.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn Ruhe eingekehrt ist, darf ich mit dem Vortrag beginnen.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Dann machen wir halt zwei Minuten Pause.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, ich möchte mit meinem Vortrag beginnen. Es macht nichts, wir reden ja auch über den Stadtrat Zagler, wenn er nicht anwesend ist. Also bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der Kollege Tatzreiter ist bereits hinausgegangen. Ich erteile jetzt ganz formell dem Vbgm. Dr. Pfeil das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Bitte sorgen Sie für Ruhe. Dann kann ich beginnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ist der Gemeinderat nicht funktionsfähig?

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Doch, aber beide Themen der Aktuellen Stunde benötigen den Bürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich möchte die Aktuelle Stunde dafür benützen, über die Sportstadt Steyr zu sprechen. Ich bin bestrebt, daß der Herr Bürgermeister als Sportreferent an der Aktuellen Stunde teilnimmt. Wir haben in Steyr einen ASKÖ-Basketballverein, der sehr erfolgreich ist und sehr viel spielt. Er ist derzeit in der 2. Bundesliga vertreten. Dieser Verein bekommt im Jahr eine Subvention von S 16.000,--. Davon werden S 4.000,-- zur Förderung der Jugend verwendet, dh. es bleibt am Ende eine Subvention von S 12.000,--. Dem gegenüber steht eine Mietforderung für die Benützung der Halle in der Höhe von S 35.000,--. Es handelt sich hierbei um die Sporthalle am Tabor. Diese Sportler sind also mit S 23.000,-- Sponsoren der Stadt Steyr (Nettozahler). Jetzt kommt es: Die Sportler dürfen in den Sommermonaten diese Halle nicht benützen, um zu trainieren, weil der

Hallenwart in dieser Zeit seine Überstunden abbaut. Diese Sportler wären bereit, die Verantwortung für den Schlüssel zu übernehmen. Sie würden auch das Putzen und Reinigen der Halle in dieser Zeit übernehmen. Diese Sportler haben über den Sportbeamten, Herrn Aigner, versucht, einen Termin mit dem Herrn Bürgermeister zu bekommen, da dies schon länger so geht. Es war aber leider nicht möglich, einen Termin beim Herrn Bürgermeister zu bekommen. Aber diese Sportler haben noch ein Problem. Es gibt dort Seitenkörbe, die einmal von den Erwachsenen beschädigt wurden. Seit diesem Zeitpunkt sind diese Seitenkörbe für die Erwachsenen gesperrt, obwohl sie den Schaden repariert haben. Dieser Seitenkörbeerlaß wurde, wie mir mitgeteilt wurde, mit dem heutigen Datum aufgehoben. Jetzt dürfen sie die Seitenkörbe wieder benützen. Wenn man so etwas hört, fragt man sich, ob die Stadt Steyr keine Sportler fördern möchte. Es sollen nicht immer die Großvereine, sondern auch einmal so ein kleiner Verein unterstützt werden. Die Handballmannschaft von Steyr wurde bereits umgebracht, die gibt es in Steyr nicht mehr. Die war auch mit vielen Problemen dieser Art beschäftigt, ua. auch mit finanziellen Problemen. Es heißt, man soll nicht immer auf andere Städte schauen. Aber wie sieht es in Wels und Linz am Sektor Sport aus? In Linz bezahlen die Sportler keine Hallenmiete! Dafür machen sie mit

ihren T-Shirts Werbung für Linz. „Linz lebt auf“. Über so eine Variante könnten wir auch diskutieren. Das tragen sie und dafür bezahlen sie keine Hallenmiete. Das wäre ja ein Ansatz. Aber auch Wels verlangt von den Sportlern keine Hallenmiete. Ich möchte daher dringend an den Herrn Bürgermeister als Sportreferenten appellieren, hier diese Umstände abzuschaffen. Er soll mit den Leuten reden, ihnen einen Termin geben und gemeinsam mit dem Sportbeamten darüber diskutieren und eine Lösung finden. Aber es ist noch nicht Schluß, es kommt noch etwas dazu. In der Weihnachtszeit möchten sich die Sportler für die mittlere Play-off-Runde vorbereiten. Dies ist eine Möglichkeit, in die 1. Bundesliga zu gelangen. Aber Weihnachten ist die Halle wieder gesperrt. Jetzt müssen die Sportler in eine externe Halle ausweichen, damit sie trainieren können. Dort müssen sie wieder Miete für die Halle bezahlen. Dann kommen sie verständlicherweise mit einem Subventionsansuchen für diese Reise. Egal, ob diese Reise zu einer Halle nach Bad Hall oder ins Ausland geht. Sie wären aber Weihnachten viel lieber bei ihren Familien zu Hause. Also, ich ersuche Sie noch einmal, diesen Umstand abzuschaffen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist halt schwierig, nur weil ein Askö-Verein jemanden kennt, die Saalmiete zu erlassen. Gemäß der

Beschlüsse hat dies zu geschehen. Wenn Sie, Herr Dr. Pfeil, jetzt dem Sport mehr grünes Licht geben wollen, dann laufen Sie bei mir offene Türen ein. Es kostet schon Geld, das kann man ja ganz genau ausweisen. Ich kann Ihnen nur sagen, es ist auch nicht zutreffend, daß die SportlerInnen keine Trainingsmöglichkeiten gehabt haben. Es wurde ihnen als Alternative immer die Wehrgrabenschule für Trainingszwecke angeboten. Dieses Angebot wurde auch in der Vergangenheit genützt. Nur heuer haben sie dieses Angebot nicht angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Weil dort falsche Körbe sind!

Ich weiß nicht, ob das wirklich so ist. Aber das hat mir bisher noch niemand mitgeteilt. Ich kann Ihnen nur sagen, daß diese Körbe in der Vergangenheit kein Problem waren. Möglich ist es, aber es hat kein Mensch etwas darüber gesagt. Wir haben die Sportler im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützt. Wir haben auch zusätzlich Subventionen im Rahmen des bescheidenen Budgets dem Verein zukommen lassen. Nämlich aus dem Budget, das von Ihnen und Ihrer Fraktion immer kritisiert wurde. Wenn wir dem Sport mehr Unterstützung geben müssen, dann müssen wir - so wie in den Nachbarstädten Linz und Wels - das Sportbudget aufstocken. Für solche

Maßnahmen werden Sie in mir immer einen Gesprächspartner finden, das kann ich Ihnen versprechen. Ich möchte noch eines sagen: Die FPÖ hat jetzt nach drei Jahren mitbekommen, daß der Sport eine sehr wichtige Funktion hat. Er ist eine sehr sinnvolle Freizeitbeschäftigung. Das haben Sie, Herr Dr. Pfeil, in dieser Art vor drei Jahren noch nicht erkannt.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

Der Herr Bürgermeister hat jetzt in seiner Funktion als Stadtsenatsmitglied gesprochen. Es steht ihm aber auch als Bürgermeister zu, noch einmal darüber zu sprechen. Es steht auch jeder Fraktion zu, zu diesem Thema zu sprechen. Ich frage die einzelnen Fraktionen, ob sie zu diesem Thema noch sprechen möchten? Herr Kollege Gollatsch.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist ein sehr interessantes Faktum eingetreten. Dieser ASKÖ-Sportverein, der überall seine Gönner und Sponsoren sitzen hat, ist, glaube ich, in dieser Sache an alle herangetreten. Offensichtlich an alle Parteien, bis auf die Fraktion, die ihm nahe steht. Es freut mich, daß der Sport endlich entpolitisiert wird und übergreifend gemacht wird. Man gibt dem ASKÖ-Sportverein aber dadurch eines nicht in die Hand: Herr Vizebürgermeister

Dr. Pfeil hat gesagt, die Sportler möchten sich für die Aufstiegsrunde vorbereiten. Trainieren kann ich nur auf der Anlage, die auch gleichzeitig meine Halle ist. Wenn das nicht funktionieren, wird alles, was wir beschließen, umsonst sein. Ich möchte noch eines sagen: Ich habe den Sportlern schon mitgeteilt, sie sollen ganz einfach um eine Mietsubvention ansuchen. Wenn diese Subvention im Ausschuß für Schule und Sport, der normal nur Beschlüsse zur Kenntnis nimmt, kommt, stimme ich gerne für die Erhöhung der Subvention.

VIZEBÜRGERMEISTER

ERICH SABLİK:

GAL, keinen Beitrag. Somit ist dieses Thema abgeschlossen. Herr Kollege Lengauer bitte zum Pult. Hat die GAL ein eigenes Thema? Nicht der Fall.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich hoffe, Sie gestatten mir trotz der fortgeschrittenen Zeit einen Beitrag vorzubringen. Ich werde mich bemühen, in ganz kurzen Worten zu sprechen. Aber ich habe eine Not vorzubringen. Der Herr Bürgermeister als Schulerhalter weiß von dieser Not. Er wird von dieser Not auch geplagt. Diese Not hat ihm sicher auch schon schlaflose Nächte bereitet. Vielleicht finden wir im Gemeinderat ein Lösung. Es geht nämlich um die Not der Steyrer

Pflichtschuldirektoren. Ich spreche nicht für mich, denn ich bin in keiner öffentlichen Schule, ich bin einer Privatschule. Es geht um folgendes Problem: Der Landesschulrat hat uns mit 1. September vorgeschrieben, alle Abrechnungen wie Gehalt, Fehlstunden, Ersatzstunden, Mehrleistungen udgl. mit dem PC zu machen. PC's sollen segensvolle Einrichtungen sein. Zur Verwaltungsvereinfachung hat der Magistrat schon viele PC's angekauft. In den Schulen werden sie jetzt verpflichtend vorgeschrieben. Aber dabei gibt es eine große Schwierigkeit. Jeder Leiter, der keinen PC hat, ist nun verpflichtet, alle Listen, Berechnungen udgl., die sonst der PC macht, selber händisch, mittels eines Formulars monatlich zu schreiben. Das ist eine unzumutbare Sache. Daher bitte ich, daß man versucht, eine Möglichkeit im Budget zu finden, PC's anzukaufen. Vielleicht gelingt es, ich muß sagen, ich kenne mich dabei zu wenig aus. Man könnte sich mit den Firmen absprechen, daß man die Geräte erst 1995 bezahlt. Vielleicht könnte man auch Leasing-Varianten vorschlagen. Die Not der Pflichtschullehrer ist groß. Sie müssen sich vorstellen, jetzt müssen alle Rechnungen und Formulare händisch eingetragen werden! Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden und die Fraktionen, dem Bürgermeister zu helfen, diese Not zu lösen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER  
ERICH SABLİK:

Wünscht jemand das Wort? Der zuständige Referent. Ich erteile Ihm das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrter Herr Kollege Lengauer, meine Damen und Herren! Das Problem ist uns natürlich bekannt. Wir haben uns auch damit beschäftigt. Es ist halt wieder einmal so, daß der hohe Landesrat etwas verordnet und beschließt, was dann andere bezahlen müssen. Er hat nicht gefragt, ob sich die anderen das leisten können. Ich muß Ihnen sagen, wir würden 13 solcher PC's benötigen, einer davon kostet ca. S 30.000,--. Das heißt, wir würden S 500.000,-- benötigen. Ich darf auch mitteilen, daß wir uns ausführlich über die Positionen der Schulen in Linz und Wels informiert haben. Wir haben dann festgestellt, daß es auch in diesen Städten nicht sehr einfach ist, PC's anzukaufen. Man sollte gemeinsam an das Land herantreten, um entsprechende Beiträge zu bekommen. Es ist zu beachten, daß die Landesumlage steigt und daß wir für die Landeskrankenhäuser mehr bezahlen müssen. Gleichzeitig werden dann noch Gesetze beschlossen, die von uns mehr Mittel verlangen. Es ist besonders in unserer Region der Fall, daß die Einnahmen weit hinter den Erwartungen zurückstehen. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, wenn ich sage, daß die kommende Budgetverhandlung sehr hart wird. Alles, was wir bereits auf der Beamtenebene signalisiert bekamen,

zeigt, daß es unmöglich ist, das Budget auszugleichen. Es ist in diesem Jahr nicht gelungen und es zeigt sich auch, daß uns ein Rest bleibt. Es schrumpfen uns auch die letzten Rücklagen weg. Es wird sehr schwierig sein, das kommende Budget zustande zu bringen. Ich verstehe es auch. Die Direktoren haben bei unserem letzten Treffen aufgezeigt, daß sie in eine mißliche Lage kommen. Diese Verordnung dürfte nicht ganz durchdacht sein. Abgesprochen ist es sowieso nicht. Es wird sich auch zeigen, wie sich die Bemühungen der drei Städte auswirken. Wir haben uns auch Teillösungen überlegt. Das wird bei den Budgetverhandlungen ein Teil des Gespräches werden.

**VIZEBÜRGERMEISTER**

**ERICH SABLİK:**

Möchten sich die anderen Fraktionen an der Diskussion beteiligen? Gibt es weitere Beiträge zu diesem Thema. Das ist nicht der Fall. Somit ist die Sitzung geschlossen.

**BÜRGERMEISTER**

**HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Alles erledigt. Ich schliesse die Sitzung.

**ENDE DER SITZUNG:**

**20.12 UHR.**

**DER VORSITZENDE:**

*Bgm. Hermann Leithenmayr eh.*

**DIE PROTOKOLLFÜHRER:**

*OAR Anton Obrist eh.*

*Garstenauer Andrea eh.*

**DIE PROTOKOLLPRÜFER:**

*GR. Hans Payrleithner eh.*

*GR. Wilhelm Spöck eh.*

